Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (29.04.2015)

Sand im Getriebe 115

PDF-Version: http://www.attac.de/bildungsangebot/sig Online Fassung: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Griechenland: Schuldenstreichung!





Jubilee Debt: „Brecht die Ketten der griechischen Schulden!“--- „Schickt uns nicht weg – schützt uns!“ Solidaritätsaktion in Belgien, April 2015

Bauen wir ein solidarisches Europa auf!

1. Mai / Solidaritätswoche im Juni

Weltsozialforum (Hugo Braun ; Judith Dellheim: Viel mehr als „mal wieder ein WSF“; Hinweise)	3
Massengrab Mittelmeer (Alexis Tsipras; IMI; H. Prantl; Medico, Pro Asyl; Brot für die Welt)	6
Tunesien: Fathi Chamkhi (attac) : Volksfront gegen die neue Regierung / Khadija Cherif, eine engagierte Frau, durfte nicht Ministerin werden	9
Noam Chomsky: Jeden Zipfel Hoffnung ergreifen!	11
Lateinamerika: ein widersprenstiger Kontinent (CELAC, UNASUR, Amerika-Gipfel)	12
Eduardo Galeano: Das Theater des Guten und des Bösen	13
David Harvey: 17 Widersprüche und das Ende des Kapitalismus	15
Kampagne gegen **TTIP, CETA, TiSA (und EPAs!)**	17
Griechenland	
Aufruf: Bauen wir ein anderes Europa - höchste Zeit zu handeln!	18
Hinweise auf weitere Veröffentlichungen /Filme	18
Griechische Staatsschulden: Übersicht / IWF macht 2,5 Mrd. Profit	19
Zoe Konstantopoulou, Parlamentspräsidentin: **Wahrheitskommission über die Staatsschulden**	20
Michel Husson: Die griechischen Staatsschulden vor der Krise	21
Eric Toussaint: Die griechischen Staatsschulden vor dem Eingreifen der Troika	25
Gegenstimmen (**Krugman; G.Brzoska**)	26
Arbeitskreis Distomo: **Deutschland ist der größte Schuldner Europas**	27
Vielfältige Kämpfe gegen Austeritätspolitik und Privatisierungen (Wasser) in Europa (Spanien, Italien, Frankreich, Irland)	28
Pablo Iglesias: Podemos wird die **EZB** zum Einlenken bringen und aus der **NATO** austreten	29
Günter Grass / Büchel atomwaffenfrei! Kriegstrommeln in Europa /	32
Kai Ehlers: Vortrag auf dem Frühjahrsratschlag von Attac Deutschland	33
Antifaschistischer Krieg in den 30er und 40er Jahren	35
8. Mai 2015 – 70 Jahre „Tag der Befreiung“	36

Vorwort

Auf dem diesjährigen **Weltsozialforum** in Tunis wurde – u. a. - zur *„Solidarität mit der griechischen Bevölkerung, die gegen die Austeritätspolitik kämpft und sich für Demokratie, soziale Veränderungen und ein anderes Europa einsetzt“*, aufgerufen; eine Reihe von Aktivitäten wurden beschlossen, u.a. eine Solidaritätswoche im Juni. Es war in Tunis viel mehr als „mal wieder ein WSF“: wichtig war, *„sich Offenheit zu erarbeiten und zu bewahren, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse veränderbar und die Geschichte offen ist. Immanuel Wallerstein sieht das A+O für die Zukunft der Sozialforumsprozesse und der emanzipativ- solidarischen Kräfte im verstehen-Wollen, im lernen-Wollen und im lernen- Können*.“ (Judith Dellheim)

Ein paar Kilometer nördlich hat der **Massentod von Flüchtlingen** aus dem Norden Afrikas die Welt erschüttert. Krokodilstränen vergießen ausgerechnet die Politiker der NATO, die mit der Bombardierung Lybiens, der Zerstörung des dortigen Sozial- und Entwicklungsstaates und der Ermordung Gaddafis das Chaos in diesem Land verursacht haben. Auf die strukturellen Ursachen für die Fluchtbewegung weist **Heribert Prantl** (SZ) hin: *„Solange der Norden Afrika ausplündert, wird es Flüchtlinge geben…Solange die westlichen Flotten vor den Küsten Afrikas alles leer fischen, solange in Niger das einheimische Geflügel erheblich teurer ist als das (von der EU subventionierte) Geflügel aus Frankreich, solange die (von der EU subventionierte) europäische Butter in Marokko viel billiger ist als die einheimische, braucht man sich über die Not in diesen Ländern nicht zu wundern.*» Mit den geplanten und ausgearbeiteten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) wird diese Fehlentwicklung fortgeführt und verschärft.
Der griechische Ministerpräsident **Alexis Tsipras** betont zur Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer: *„Das Mittelmeer darf nicht länger Seefriedhof, die Länder Südeuropas nicht länger Abstelllager menschlicher Schicksale sein. Die Mittelmeerregion war einst die Wiege der europäischen Zivilisation, des Handels, des Austausches und der Menschlichkeit und muss es endlich wieder werden.“* Was für ein Kontrast: Frau Merkel schweigt lautstark, wenn gleichzeitig ihre Panzer-Freunde, die Scheichs von Saudi-Arabien, den Jemen bombardieren und damit die Bedingungen für eine weitere Flüchtlingswelle erzeugen. – und der Westen pflegt seine Öl-Konnektion im Dienste „demokratischen Werte“ oder seiner Rüstungsindustrie...

Es gibt vielfältige **Kämpfe gegen Austeritätspolitik und Privatisierungen** in Europa.
Griechenland kämpft gegen den erzwungenen Schuldendienst und die dadurch verursachte Verarmungspolitik. **Toussaint** und **Husson** sind beide Mitglieder der *„Wahrheitskommission über die griechischen Staatsschulden“*. **Pablo Iglesias** (Spanien) plant den Aufbau einer Allianz des europäischen Südens *„Podemos wird die EZB zum Einlenken bringen und aus der NATO austreten“* Überall entwickeln sich Streiks und Widerstandsbewegungen.

In **Lateinamerika** hat die Veränderung der politischen Landschaft zu einer Verschiebung geführt, die den US-amerikanischen Präsidenten dazu zwang, auf den kubanischen Präsidenten **Raul Castro** zuzugehen und wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Indirekt ist das auch ein Verdienst des gerade verstorbenen **Eduardo Galeano**, der mit seinem Buch „*Die offenen Adern Lateinamerikas*“ das ideologische Feld für die Emanzipation des Kontinents bereitet hatte.

70 Jahre nach dem Ende des *„ersten gerechten Krieges von globalen Ausmaßen in der Geschichte der Menschheit“* steigen wieder die Kriegsgefahren in Europa, meint **Kai Ehlers.** Die Dämonen schlafen nur. Die befreiten Antifaschisten des KZ Buchenwald hatten geschworen: "*Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.*" Darum werden Menschen am 8.Mai und auch am 10.Mai demonstrieren:
„**Nein zu Krieg und Faschismus – Für eine Politik der Verständigung und friedlichen Konfliktlösung**.“



Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.
Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! **www.coorditrad.attac.org**
Gedruckte Exemplare *von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung** in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft* ***(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 99: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.***

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung.
ViSPR: Peter Strotmann

*In eigener Sache: Seit Anfang des Jahres gibt es unsere **„SiG-Werkstatt“**: Hier erscheinen Zusatzmaterialien zu den SiG-Themen, aktuelle Meldungen und Artikel, die später in SiG veröffentlicht werden.*

Weltsozialforum in Tunis, 24.-28.März 2015

Hugo Braun

50.000 Menschen aus 121 Ländern

31.03.2015

Mit einer bunten Demonstration durch die Innenstadt von Tunis ist am 28.März 2015 das 12. Weltsozialforum zu Ende gegangen. Vier Tage lang hatten nahezu 50.000 Menschen aus 121 Ländern in mehr als tausend Seminaren, Workshops und Konferenzen Erfahrungen in ihrem Widerstand gegen die neoliberale Weltordnung ausgetauscht und Alternativen diskutiert.

Mit intensiven Begegnungen von politisch aktiven Menschen aus aller Welt und ihren Verabredungen zu gemeinsamen Aktivitäten für eine bessere Welt hat das Weltsozialforum seine Berechtigung und seine Überlebensfähigkeit erneut bewiesen. Jetzt kommt es darauf an, die Erfahrungen und Verabredungen in praktisches Handeln umzusetzen.

Schwerpunkte der Debatten waren neben der von kriegerischen Auseinandersetzungen erschütterten Nahostregion vor allem die erpresserische Handelspolitik der EU und der USA in Form des geplanten transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP sowie der sogenannten Economic Partnership Agreements (EPAs).

Weitere zentrale Themen waren Migration und die Solidarität mit dem Widerstand gegen die Austeritätspolitik in der Europäischen Union insbesondere in Südeuropa.



Eine Konvergenzversammlung beschloss eine umfassende Kampagne zur Unterstützung des Widerstands in Griechenland und Spanien, zu der eine Aktionswoche im Juni und eine Großveranstaltung im Herbst in Athen gehören.

Mit zahlreichen Veranstaltungen zum Widerstand gegen die Austeritätspolitik, gegen TTIP und für mehr Klimagerechtigkeit leistete das Europäische Attac-Netzwerk einen aktiven Beitrag zu diesem Sozialforum. Aus Deutschland nahmen rund 200 Menschen aus Gewerkschaften, Jugendorganisationen und entwicklungspolitischen Initiativen in Tunis teil. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung waren jeweils mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm beteiligt.

Am Rande des Weltsozialforums traf sich in Tunis auch das globale Attac-Netzwerk, mit Vertreterinnen und Vertretern von Attac-Gruppen von Japan bis Kanada und von Oslo bis Lomé.

Das nächste Weltsozialforum wird im Sommer 2016 in Montreal (Kanada) stattfinden.

24. März: Trauermarsch zum Bardo-Museum gegen Terror und Unterdrückung,
Video über den Marsch

Attac Frankreich Solidaritätsadresse nach dem Anschlag vom 18.März in Tunis.

Seite des Weltsozialforums: https://fsm2015.org



Neben den vielen Informations-, Austausch- und Debattenmöglichkeiten haben diesmal um die 30 **Vernetzungsversammlungen** zu verschiedenen Themen stattgefunden (u.a. zu den gewerkschaftlichen Rechten, Lage der Frauen, Ernährung, Freihandelsabkommen, zum Klima, Migration, Gesundheit u.v.m.). Damit entwickelt sich das Weltsozialforum zu einem Ort, wo auch dringend notwendige Vereinbarungen von gemeinsamen Aktivitäten stattfinden.
Ergebnisse: https://fsm2015.org/dossier/2015/04/08/resultats-des-assemblees-de-convergences
Gesundheitswesen: http://cadtm.org/Contre-les-menaces-sur-la-sante-et

Umfangreiche Berichte auf Deutsch**:**
aus der Schweiz (http://www.alliancesud.ch/de/infodoc/e-dossiers/weltsozialforum/wsf2015),
Brot für die Welt (https://info.brot-fuer-die-welt.de/event/weltsozialforum **),**
Rosa-Luxemburg-Stiftung (http://wsf.blog.rosalux.de/)
andere Sprachen: http://cadtm.org/Social-Forum?lang=en

Interview von **Samir Amin** *“World Social Forum, Globalization & the Barbarism of Capitalism“*
http://www.democracynow.org/2015/3/27/african_economist_samir_amin_on_the

Parlamentarier haben sich in mehreren Sitzungen außerhalb des offiziellen Rahmens des WSF getroffen, die Ergebnisse sind u. a. hier dokumentiert:
http://cadtm.org/Le-Forum-parlementaire-mondial
http://cadtm.org/Dettes-Transnationales-Migrations



Zu den früheren Weltsozialforen:
Übersicht in SiG 100 , Artikel in SiG 102

Über Tunesien / Maghreb, Mashrek:
Übersicht in SiG 100

Judith Dellheim

Viel mehr als „mal wieder ein WSF“

Das Weltsozialforum (WSF) als globaler **Kommunikations- und Kooperationsort** ist aus der globalisierungskritischen Bewegung hervorgegangen. Es hat den Sinn und Zweck, neue Möglichkeiten dafür zu erschließen, dass die Linken stärker und politikwirksamer werden. „Die Linken“ meint jene in der globalen Region, in der das Forum stattfindet, und weltweit. Der Erfolg eines Sozialforums besteht also im Ermöglichen. Er zeigt sich zum einen in der aktuellen politischen Intervention, zum anderen und letztendlich aber immer erst später.

Was das Eingreifen in den Alltag und die Arbeit der Linken vor Ort anbelangt, ist aller Probleme zum Trotz das WSF von Tunis (24.-28.3.2015) den Intentionen der „WSF-Erfinder_innen“ sehr nahe gekommen. Nach dem Terroranschlag am Bardo-Museum konnte es keine bessere Entscheidung als „Nun erst recht!“ geben. (…) Schließlich haben die lokalen und globalen Aktivist_innen es nicht zugelassen, dass die Regierenden die Proteste gegen den Terror vereinnahmen und für ihren „Krieg gegen den Terror“ instrumentalisieren. Sie haben gegen Terror und alle Formen von Diskriminierung und Unterdrückung protestiert und sie haben intensiv für gesellschaftspolitische Alternativen gearbeitet. Mehr als auf den Foren zuvor, wurde über die Funktionen des WSF und seine Zukunft beraten.

Gründe und Probleme von Tunis II

Seit dem ersten WSF im brasilianischen **Porto Alegre 2001** haben sich in Lateinamerika mehrere **Regierungswechsel zu Gunsten der Linken** vollzogen. Damit wurden soziale und demokratische Fortschritte erstritten und Illusionen zerstört ... Dabei konnten die Linken Vieles – auch sehr Problematisches wie die Widersprüche und Grenzen von gut gemeintem Regierungshandeln – lernen.

Dem „Arabischen Frühling“ gingen mehrere Sozialforen im Maghreb voraus. Seit dem Januar 2011 wurden in Tunesien etwa 20.000 neue zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse gegründet. Nach dem Weltsozialforum von Tunis 2013 haben Menschen im Maghreb ca. 40 thematische Sozialforen veranstaltet.

In **Tunesien** und vor allem in dessen Hauptstadt haben sich nach WSF-Prinzipien arbeitende Jugendgruppen gebildet, die erfolgreich in den Verfassungsprozess intervenierten. Allerdings sind im Land gravierende Probleme geblieben bzw. gewachsen. So war z. B. beim thematischen WSF zu öffentlicher Gesundheit und sozialer Sicherung die Rede davon, dass Fortschritte im Gesundheitswesen insbesondere den Reicheren dank privat erbrachter Leistungen zu Gute kommen. Oder: (..) Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 31%. Bei den jungen Hochschulabsolventen schnellte die Zahl auf 45% hoch. Bei der Vergabe staatlicher Stellen ist oft Korruption im Spiel. Öffentliche Beschäftigungsförderung im Privatsektor erweist sich häufig als zweckentfremdete Unternehmensförderung (...). Das alles verstärkt die Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit unter Jugendlichen, was die Terror-Organisatoren ausnutzen. Deren Gegner bauen nicht zuletzt nationale Jugendbewegungen auf, die **„Rühr mir mein Tunesien nicht an!“** rufen.

Wo ist hier die Grenze zum Nationalismus, wo ist das Emanzipatorische, das gestärkt und mit Solidarität verbunden werden kann? Viele jener, die sich vor Ort mit derartigen Fragen auseinandersetzen, hatten dann um die Möglichkeit gebeten, über ein WSF Tunis 2015 hoffnungsvolle Ansätze zu konsolidieren. (…)

Allerdings hat der **Internationale Rat** bei seiner Entscheidung zu Tunis II völlig unzulänglich erörtert, wie mit den Widersprüchen des WSF 2013 (1) umzugehen und einem Attraktivitätsverlust entgegen zu treten wäre. Schließlich ist ein wiederholter Veranstaltungsort im Allgemeinen problematisch, aber schwerwiegender sind eben die gesellschaftspolitische Entwicklung im arabischen Raum und die schon beim Forum 2013 aufgetretenen Probleme. Das waren nicht vor allem die organisatorischen bzw. sprachlichen, sondern, dass am WSF Interessierte aus Israel wegen Sicherheitsbedenken nicht teilnehmen konnten, dass die aggressive israelische Politik mit dem Judentum gleichgesetzt wurde, dass der marokkanische Staat Störer entsandte. Diese wurden sogar handgreiflich, als es um die Rechte der Sahrauis ging. Ferner gab es zahlreiche aus ehemaligen Kolonialmächten Angereiste, die lieber belehren als anderen zuhören und gemeinsam lernen wollten ...

Ende März 2015 ist es bei drastisch gesunkenen WSF-Teilnahmezahlen, die sicher auch mit der Witterung und dem Terroranschlag zu tun hatten, zur Wiederholung hässlicher Ereignisse gekommen. Mehr noch: Neben den marokkanischen Störern sorgten nun auch noch ca. 1500 Gesandte des algerischen Staates für aggressive Reibungen. Die technischen Möglichkeiten von „WSFextended“ wurden nicht entsprechend genutzt, um Linke in Israel wenigstens virtuell am Forum partizipieren zu lassen.

Den überforderten freundlichen Organisatoren und Helfer_innen des Gastgebers für all dies die Verantwortung zuzuschieben, würde an den gravierenden Problemen „vorbeigehen“.

Dennoch war Tunis II erfolgreich

Wie anfangs schon indirekt geschehen, soll hier solchen Einschätzungen wie die Hässlichkeiten hätten das WSF dominiert, „es war ein verlorenes Forum“, „es war kein WSF, sondern ein regionales nordafrikanisches Sozialforum“ vehement widersprochen werden: Am 2. Tuniser WSF waren insbesondere die regionalen demokratischen Frauenorganisationen und ca. 4000 Zusammenschlüsse aus aller Welt, zwischen 20.000 und 30.000 Menschen, darunter etwa 500 Palästinenserinnen und Palästinenser, beteiligt. Sie haben ca. 1000 Forums-Aktivitäten veranstaltet. Das ist mindestens das Doppelte des WSF 2007 von Nairobi.

Für das WSF hochrelevant waren die fortgesetzten, nun schon über die Jahre hinweg entwickelten **Kooperationen zu den Commons**. Dafür ein Beispiel: beim WSF 2011 in Dakar, wo im vergangenen Jahr das Afrikanische Sozialforum stattfand, kamen erstmalig die globalen Netzwerke von einerseits um das Menschenrecht auf Wasser Kämpfenden und von andererseits für das Menschenrecht auf Land Eintretenden zusammen. Das konnte nicht zuletzt deshalb gelingen, weil auf dem WSF 2009 von Belem eine Vernetzung von Bewegungen gegen Großstaudämme und „Flusskorrekturen“ mit Bewegungen für ausreichend sauberes Trink- wie Nutzwasser und hygienische Abwasserentsorgung erfolgte. In Tunis 2013 hat man gemeinsame Positionen fortgeschrieben und Aktionen vereinbart. Beim jüngsten WSF wurde die Arbeit weitergeführt und es hat sich gezeigt: Die fortschreitende Vernetzung der Aktiven hat die komplexe Behandlung von Zusammenhängen qualifiziert – zum einen der Kontexte von Wasser, Fischerei, Saatgut, Ernährungssouveränität und Land, von Klima und Biodiversität, zum anderen von Geschlechterverhältnissen und Menschenrechten, von Flucht/erzwungener Migration, sozialer Ausgrenzung und Kriminalisierung von Widerständigen. Die Kooperierenden haben die Hauptverursacher der Probleme wie ihre Praktiken analysiert und das Zusammenspiel der Mächtigsten, insbesondere der global Herrschenden mit ihren Privatisierungs-, Freihandels-, Megaprojekt- und „Klima/Naturschutz“strategien offengelegt. Die WSF-Akteure haben ihre Vorstellungen von einem Leben in Würde, Solidarität und Einklang mit der Natur weiter ausgeführt und oftmals mit UNO-Deklarationen legitimiert. Sie haben praktische Absprachen zur gegenseitigen Information und Unterstützung bei lokalen Kämpfen, bei politischer Bildung, lokaler Verwaltung und zu globalen Aktionstagen getroffen.

Andere Bewegungen zu Commons wie zu Gesundheit und sozialer Sicherung, zu Information und Medien, zu Wissenschaft und Demokratie verbinden ebenfalls zunehmend die Vernetzung mit Analyse, inhalt-

lich-konzeptioneller Arbeit, praktischen Vereinbarungen und Aktionsplanung. Die Wissensproduktion – nun auch durch eine auf dem WSF gegründete Global University for Sustainability unterstützt –, die Schaffung von gemeinsamen Ressourcen und die Ausprägung von nachhaltig wirkenden Praktiken sind zu würdigende und zu mehrende Produkte insbesondere der Sozialforumsprozesse.

Wiederum hat sich das beim WSF 2013 gebildete **climate space** als innovativ erwiesen. Hier trifft man sich, weil letztendlich alle Menschenrechte und Commons mit dem Klima und der Biodiversität, daher mit Lebens- und Produktionsweisen zu tun haben und weil man zu breiten globalen Aktionen und politischen Strategien „von unten“ kommen will. Da wird nach dem-alle-Einenden und dennoch nach radikaler Auseinandersetzung mit den Ursachen und Verursachern von Gewalt gegen die Menschen und gegen die Natur gefragt. Nun wurde herausgearbeitet, dass **der degrowth-Diskurs** für Viele in den globalen Industrie- und Finanzzentren zur Infrage- Stellung von Produktions- und Konsumtionsstrukturen orientierend wie vernetzendwirken kann. Aber es wurden auch seine Grenzen für die globale Vernetzung „von unten“ und im Kontrast dazu die Vorzüge von Diskursen zu den Commons, zu den Menschenrechten, zu Buen vivir, Swaraj und auch zum Leben mit der „Mutter Erde“ aufgezeigt. Indem zuerst die Kleinbauernbewegung La Via Campesina, der Weltfrauenmarsch und Friends of the Earth International ihre gemeinsamen Positionen ausgelotet hatten und dann im climate space gemeinsam mit all den Anderen das verbindende Fazit aus ca. 80 thematischen Aktivitäten herausarbeiteten, wurde der WSF-Klima-Diskurs wirklich „dekolonialisiert“ (Wallerstein). Hier gibt es keine Meinungsführerschaft jener aus dem globalen Norden (mehr).

Fazit und Blick nach vorn

Originäre WSF-Kultur hat sicher entscheidenden Anteil daran, dass das Abschluss-Papier der Versammlung der sozialen Bewegungen zwar noch abstrakt eine „Aktionswoche gegen den Kapitalismus“ enthält, aber vor allem sehr konkret den Globalen Aktionstag gegen Freihandel am 18.4., die Unterstützung des 4. Weltfrauenmarsches von März bis Oktober und die Mobilisierung zur COP (UN- Klimakonferenz) im Dezember als gemeinsame Schwerpunkte benennt. Wegen der vom marokkanischen Staat Geschickten muss hervorgehoben werden, dass das Papier der Versammlung gegen den Willen der Störer die Solidarität mit den Sahrauis artikuliert.

Hervorgehoben werden soll auch, dass in Tunis gelang, (...) sich auf konkrete Solidaritätsabsprachen für die Menschen in **Griechenland** (2) zu verständigen. (…)
Derartige Vorschläge wurden über Wochen hinweg immer wieder gepostet, aber verschwanden im Web bzw. wurden aus Ohnmacht immer wieder weggedrückt. Das hat sicher nicht zuletzt damit zu tun, dass es seit Jahren keine europäische Sozialforumsbewegung mehr gibt. Das norwegische Sozialforum, das im Herbst 2014 wieder ein Magnet für zahlreiche Aktive war, bildet eine Ausnahme. In Norwegen sind linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wesentlich ausgeprägter an Sozialforumsprozessen interessiert als in Deutschland. Unter den etwa 200 WSF-Teilnehmer_innen aus der Bundesrepublik waren gerade einmal eine kleine GEW- und DGB-Jugenddelegation.
Auch in Kanada und in den USA können die Anhängerinnen und Anhänger der Sozialforumsidee auf bemerkenswerte Aktivitäten und konkrete Pläne verweisen: 2014 fand das erste Pankanadische Sozialforum statt. In den USA werden im Juni wieder Zehntausende zum Sozialforum erwartet. (…)
Der US-amerikanische Wissenschaftler und WSF-Aktivist Immanuel Wallerstein hat jüngst die Sozialforen als widersprüchliche, kollektive systemische Kritik an der Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise erklärt: die einen setzen sich mit dieser staatsfixiert, die anderen staatsablehnend auseinander; die einen kritisieren vor allem die patriarchalen Strukturen und erklären Naturzerstörung mit diesen, die anderen sehen diese mit Kapitalverhältnissen verwoben; die einen opponieren gegen die globale Rolle der USA, weil diese ihren Ländern diktiert, die anderen, weil die USA eine imperiale globale Großmacht ist ... Soll das aus verschiedenen emanzipativen Gründen gegen „diese gesellschaftliche Realität“ vielfältig Seiende solidarisch gesellschaftsverändernd wirksam werden, muss Gemeinsamkeit gefunden und politikwirksam werden. Darin liegt nach **Wallerstein** die große Kraft der Sozialforen. Diese sollten die universelle Realisierung liberaler Rechte einfordern und so libertäre Forderungen erheben, an einem alternativen politischen Programm und entsprechenden politischen Strategien arbeiten.
Wallerstein gibt **sieben Empfehlungen**

- Das Spirituelle von Porto Alegre ausbauen, d. h. die nichthierarchische systemische Gesellschaftskritik, das Ringen um intellektuelle Klarsicht, militante Aktion und die Orientierung auf länger- und langfristige tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen.
- Wahlen und das parlamentarische System nutzen, aber nicht darauf setzen; es geht um seine Kontrolle und die Erschließung von Handlungsmöglichkeiten, aber keineswegs um die Illusion, vor allem über Wahlen und den Parlamentarismus eine Gesellschaftstransformation realisieren zu können
- Konsequent auf Demokratisierung gerichtet Politik betreiben
- Liberale Rechte universell durchsetzen wollen (siehe oben)
- Antirassismus zu einem Maßstab für Demokratisierung machen
- Um Entkommodifizierung des gesellschaftlichen Lebens ringen, d. h. jede und jede sollen gleichgestellt an den Commons partizipieren können
- Sich Offenheit erarbeiten und bewahren, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse veränderbar und die Geschichte offen ist.

Wallerstein sieht das A+O für die Zukunft der Sozialforumsprozesse und der emanzipativ-solidarischen Kräfte im verstehen-Wollen, im lernen-Wollen und im lernen-Können.
Das Weltsozialforum 2015 von Tunis hat hier Schritte nach vorn ermöglicht. (...) Das nächste Sozialforum muss mehr Raum für Konvergenzprozesse, also für die gemeinsame Arbeit von verschiedenen Bewegungen und Netzwerken bieten. Die Kultur des climate space verdient Verallgemeinerung. Dafür muss ein WSF für alle, die seine Charta akzeptieren, maximal offen und durchlässig sein. Deshalb muss endlich ein solidarischer Finanzierungsmechanismus gefunden und praktiziert werden, der den global Armen eine größere Teilnahme ermöglicht.
Dass jedoch das WSF 2016 trotz der restriktiven kanadischen Einreisepolitik in Montreal stattfinden soll und der Vorschlag Athen vom Tisch gewischt wurde, wirft noch dringlicher die Frage nach der Zukunft von Sozialforen auf. Ihr folgenschweres Sterben in Europa hatte auch und insbesondere mit Demokratieverlusten und fehlender Solidarität zur Überwindung von ökonomischen Spaltungen unter den Linken zu tun.
An einem Sozialforum sollte teilnehmen können, wer dem hier exemplarisch von Wallerstein skizzierten Herangehen folgt und so transformative Politik entwickeln und wirksamer machen will; wer sich daher mit Praktiken im WSF-Prozess auseinandersetzt, die transformatives Potenzial – Möglichkeiten (…) untergraben. Diese Kritik muss mit der Umsetzung der vereinbarten globalen Aktionen einhergehen. Machen wir uns also an die Arbeit!

Die Autorin dankt Andrea Plöger für Hinweise und Kritik.

(1)Die Autorin hatte damals ihren Beitrag „WSF in Tunis – Forum der Widersprüche“ getitelt.
(2) *Anm. der SiG-Redaktion:* Die Ergebnisse der Vernetzungsversammlung sind in dieser Nummer veröffentlicht (Seite 18)

http://wsf.blog.rosalux.de/2015/04/12/viel-mehr-als-mal-wieder-ein-wsf/

Massengrab Mittelmeer

In der Nacht zum 19. April 2015 sind mindestens 650 Bootsflüchtlinge ca. 73 Seemeilen nördlich der libyschen Küste auf dem Weg nach Italien ertrunken. Sie waren an Bord eines 30 Meter langen Kutters, der kenterte, als sich das Frachtschiff King Jacob näherte, um Hilfe zu leisten.
Es ist die größte Flüchtlings-Schiffskatastrophe in der neueren Geschichte des Mittelmeers.

Erklärung des Ministerpräsidenten Alexis Tsipras zur Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer

20. April 2015

Die jüngste menschliche Katstrophe mit hunderten Toten im Meer vor Lampedusa erfüllt uns mit Trauer und Sorge. Man darf nicht untätig dabei zusehen wie das Leben hunderter Menschen auf Ihrer Flucht vor Krieg und Armut im Mittelmeer erlischt. Europa kann sich nicht einerseits auf das menschliche Leben als höchstes Gut beziehen und dabei nichts unternehmen, um dieser anhaltenden Tragödie ein Ende zu setzen.

Das Mittelmeer darf nicht länger Seefriedhof, die Länder Südeuropas nicht länger Abstelllager menschlicher Schicksale sein. Die Mittelmeerregion war einst die Wiege der europäischen Zivilisation, des Handels, des Austausches und der Menschlichkeit und muss es endlich wieder werden.

Dafür bedarf es eines Drei-Stufen-Plans:

1. Aufwertung der mit Migrationsfragen betrauten Institutionen, Verbesserung der Such- und der Seerettungseinsätze im Mittelmeer
2. Unterstützung der EU-Mittelmeerstaaten, die mit Migrations- und Flüchtlingsströmen umgehen müssen, die ihre Kapazitäten weit übersteigen. Es braucht eine gerechte Verteilung der Lasten, sowohl hinsichtlich der finanziellen Kosten als auch in Bezug auf die Anzahl der Menschen die aufgenommen werden.
3. Diplomatische Initiativen zur friedlichen Lösung der Konflikte in Syrien, im Irak, in Libyen sowie zur effektiven Eindämmung des Jihadismus.

Ich habe telefonischen Kontakt zum italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi aufgenommen, um ihm mein Beileid für die vielen Opfer dieses tragischen Vorfalls auszudrücken und ihm meine Unterstützung seines Vorschlages, umgehend eine Sondersitzung des Europäischen Rates zur Flüchtlings- und Migrationsproblematik im Mittelmeerraum abzuhalten, zugesichert.

Darüber hinaus habe ich erneut vorgeschlagen, eine Konferenz der Regierungschefs der EU-Mittelmeerstaaten zur verbesserten Koordination der unmittelbar konfrontierten Staaten sowie der effektiveren Thematisierung der Situation auf europäischer Ebene, abzuhalten

Es ist keine Zeit zu verlieren. Jede Verzögerung kostet Menschenleben.

http://www.transform-network.net/de/blog/blog-2015/news/detail/Blog/-85edfe5607.html

IMI: Der Zehn-Punkte-Plan der EU-Kommission ist ***gegen*** die Flüchtlinge gerichtet

21. April 2015

Der Zehn-Punkte-Plan der Kommission, dem die EU-Innen- und Außenminister am Montag nach der Katastrophe grundsätzlich zustimmten, stellt entsprechend nichts anderes dar, als die erneute Instrumentalisierung der Flüchtlingskatastrophe für die Zwecke der Sicherheitspolitiker.

Unter Punkt “1. Mehr Seenothilfe” sollen die Mittel für die Grenzüberwachungsprojekte “Triton” und “Poseidon” erhöht und das überwachte Gebiet ausgeweitet werden.

Die Ermittlungsbehörden Europol und Eurojust sowie Frontex sollen gestärkt, Asylanträge an den Grenzen schneller bearbeitet und “illegale Einwanderer” schneller abgeschoben werden können.

Demgegenüber befassen sich zwei Punkte eher vage mit neuen Mechanismen zur “Verteilung” anerkannter und zuvor geretteter Flüchtlinge.

Zuletzt sollen die Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Staaten verbessert, Boote von Schleppern beschlagnahmt und zerstört und in wichtigen Drittstaaten “Verbindungsbeamte für Immigrationsfragen eingesetzt werden, die zum Beispiel Informationen zu Flüchtlingsbewegungen sammeln.”(1)

Insbesondere die letzten Punkte verstärken genau die Gründe, warum es für viele lebensgefährlich ist und sein muss, nach Europa einzureisen. Die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten illegalisiert bereits die Ausreise und verstellt den Weg zu legalen Einreisepapieren. Verbindungsbeamte – eine besondere deutsche Spezialität – stellen nicht nur Verstöße gegen diese Zusammenarbeit fest, sondern unterrichten auch Grenzbeamte und das Personal von Transportunternehmen darin, keine Menschen ohne gültige Papiere durchzulassen oder mitzunehmen.(2) Dabei handelt es sich im Zusammenspiel mit den sogenannten Carrier Sanctions – Sanktionen gegen Unternehmen, die Menschen ohne entsprechende Visa mitnehmen – um den effektivsten Weg der Illegalisierung. Die nun anvisierte Beschlagnahmung und Zerstörung von “Schleuser-Booten” stellt dabei nur eine Exterritorialisierung einer an Südeuropas Küsten längst gängigen Praxis dar, die diese Sanktionen auf die Spitze treibt – und wesentlich dazu beiträgt, Migrant_innen auf seeuntüchtige Boote ohne Besatzung zu zwingen.

Keine Utopie!

Ohne die genannten Maßnahmen, die – ebenso wie die militärisch-aufklärungstechnische Aufrüstung des Mittelmeers – stets auch von Italien aufgegriffen und forciert wurden, könnten Flüchtlinge und Migrant_innen auf sicherem (und deutlich günstigerem) Wege einreisen und den skrupellosen Schlepperbanden – de facto Spiegelbilder der Sicherheitspolitiker, die Aufrüstung und Illegalisierung vorantreiben – wäre die Geschäftsgrundlage entzogen. Die Migrant_innen wären dann auch nicht in die diskursiv und normativ überfrachtete (und überregelte) Figur des Flüchtlings gezwungen und viele würden – wenn es die Umstände zulassen, nach getaner Arbeit oder Desillusionierung – bald wieder weiter- oder zurückziehen (was ihnen im Asylverfahren oft verwehrt ist).

Das Ergebnis wäre keine Flut, wie häufig und seit der Katastrophe wieder verstärkt durch grob irreführende Schaubilder von Migrationsrouten – die zum Beispiel westliche, “legale” und erwünschte Migration vollkommen ausblenden – suggeriert wird, sondern ein Austausch. Ein solche Bewegungsfreiheit wurde beispielsweise im Schengenraum mit der Osterweiterung für Millionen Menschen ohne die stets implizit prognostizierten negative Folgen möglich und wird von vielen Menschen in Europa als selbstverständlich angenommen. Die Möglichkeit einer visafreien Einreise für Millionen Menschen aus Lateinamerika stellt ein weiteres Beispiel dar.

Utopisch wirken solche Vorstellungen nur aus dem einen Grund, weil damit nicht nur die Organisierte Kriminalität, sondern auch Rüstungsunternehmen und Sicherheitspolitiker einen wesentlichen Teil ihrer Spielräume und Geschäftsgrundlage verlieren würden, die leider das Gefüge der Europäischen Union deutlich stärker prägen, als ihre vermeintlichen Werte und Legitimationsprobleme. Dass in der aktuellen Diskussion angesichts des Dramas im Mittelmeer solche Positionen jedoch kaum zu finden sind, liegt auch an der vorschnellen Idealisierung der Operation Mare Nostrum als “Seenotrettung”. Dass Menschen ihr Leben

riskieren müssen, um Europa zu erreichen, kann nicht hingenommen werden.

(1) Die Zusammenfassung der zehn Punkte wurde einem "Hintergrund" der Seite Tagesschau.der entnommen. Es handelt sich dabei nicht um die ursprüngliche Formulierung der Kommission.

(2) Christoph Marischka: Frontex – Das nachrichtendienstliche Vorfeld, in: IMI (Hrsg.): Widersprüche im erweiterten Grenzraum, Materialien gegen den Krieg, Repression und für andere Verhältnisse Nr. 7

http://www.imi-online.de/2015/04/21/seenotrettung-als-teil-des-problems-dass-menschen-ihr-leben-riskieren-muessen/

EU-Flüchtlingspolitik: Ein lächerlicher Katalog, **Von Heribert Prantl** (Video-Beitrag, SZ, 4 Min.) - Ein Zehn-Punkte-Plan soll die politische Antwort auf das Massensterben im Mittelmeer sein. Doch dieser Plan ist schlichtweg erbärmlich.

Pro Asyl: Wie viele Tote noch? – Seenotrettung jetzt!

Appell an das Europaparlament und seinen Präsidenten Martin Schulz

Sehr geehrter Herr Präsident,
„Wir können nicht zulassen, dass noch mehr Menschen sterben. Lampedusa muss ein Wendepunkt für die europäische Flüchtlingspolitik sein."
Dies waren Ihre Worte angesichts der 366 Flüchtlinge, die am 3. Oktober 2013 vor Lampedusa ums Leben kamen. Aber auch heute gibt es keinen sicheren Zugang für die Schutzsuchenden.
Die EU muss das Sterben an ihren Außengrenzen beenden und legale, gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge öffnen. Eine zivile europäische Seenotrettung muss aufgebaut werden. Das EU-Parlament muss sofort die benötigten finanziellen Mittel bereitstellen. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dieses Ziel zum Schutz der Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen zu erreichen.
Vielen Dank. Mit freundlichen Grüßen
https://www.proasyl.de/de/home/seenotrettung-jetzt/

17.Oktober 2014: Europas Schande: „Triton" und „Mare Nostrum" im Vergleich: (…) Durch die italienische Operation **Mare Nostrum** konnten seit Oktober 2013 bereits über 130.000 Flüchtlinge im zentralen Mittelmeer gerettet werden. Trotzdem starben seit Jahresbeginn mehr als 3.000 Menschen bei dem Versuch Europa zu erreichen. 2.500 Menschen waren es alleine in den letzten vier Monaten. Den dramatischen Todeszahlen zum Trotz wird die Rettungsoperation nicht ausgeweitet, sondern eingestellt. (…) Die europäischen Regierungen hatten sich strikt geweigert, Mittel zur Verfügung zu stellen, um Mare Nostrum in eine europäische Seenotrettung zu überführen und Italien finanziell zu entlasten. Nun soll eine Operation der EU-Grenzschutzagentur Frontex mit Namen Triton, zeitweise auch Frontex Plus genannt, als Ersatz eingesetzt werden. (…)
Mehr: http://www.proasyl.de/en/news/news-english/news/europas_schande_triton_und_mare_nostrum_im_vergleich/

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex kündigte im Dezember 2014 an, dass Bootsflüchtlinge im zentralen Mittelmeer nur noch gerettet werden sollen, wenn sie die 30-Meilen-Zone erreichen. Damit nimmt die EU billigend in Kauf, dass noch mehr Menschen auf der Flucht nach Europa sterben. 23.Dezember 2014
http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/europa_laesst_weiter_sterben/,

Medico: Die unmittelbare Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer hat Priorität. Um weitere Tote zu vermeiden, müssen aber legale Einreisemöglichkeiten in die EU her.

20. April 2015 (…) Ousmane Diarra von der medico-Partnerorganisation AME (Association Malienne des Expulsés) in Mali erklärt: *„Seit dem Sturz Gaddafis herrscht Chaos in Libyen. Die Situation für die dort lebenden Migranten und Migrantinnen ist sehr schwierig geworden."* Außerdem versuchen viele Menschen aufgrund des aktuellen Geschehens in Herkunftsländern wie Syrien, Eritrea oder Somalia über Libyen nach Europa zu gelangen.
Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach der Wiederaufnahme des Seenotrettungsprogramms „Mare Nostrum", das bis vergangenen Herbst von Italien finanziert und durchgeführt wurde und dass die EU nicht übernehmen wollte, richtig. „Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass auch unter Mare Nostrum tausende Flüchtlinge ihr Leben verloren", mahnt Hagen Kopp vom Alarmtelefon Watch the Med, das von medico unterstützt wird. Neben der sofortigen Rettung von Menschen, die an Europas Außengrenzen in Seenot geraten, ist daher die Schaffung legaler und sicherer Einreisemöglichkeiten in die EU der einzige Weg, um das Sterben auf dem Mittelmeer dauerhaft zu beenden. Zudem gilt es, die Fluchtursachen in den Blick zu nehmen und zu bekämpfen. Auch hier muss Europa zur eigenen Verantwortung stehen.
Diarra sieht jedoch nicht nur die EU in der Pflicht, sondern auch die Regierungen in Herkunfts- und Transitländern. „Wir wirken auf unsere Regierungen ein, keine Rückübernahmeabkommen oder ähnliches mit der EU zu unterzeichnen und bei allen migrationspolitischen Entscheidungen die Zivilbevölkerung einzubeziehen." Derzeit kämpft die AME gemeinsam mit zahlreichen anderen Organisationen und Aktivisten um die Aufkündigung des Cotonou-Abkommens zwischen der EU und den AKP-Staaten, das die AKP-Staaten im Gegenzug für Handelserleichterungen und Entwicklungshilfen dazu verpflichtet, aus Europa abgeschobene Flüchtlinge wieder aufzunehmen.
Diarra weiß aus eigner Erfahrung, was es bedeutet, als Abgeschobener zurückzukehren. Er weiß auch um die Sorgen und die Trauer der Menschen in Mali, die ihre Angehörigen bei der Überfahrt nach Europa verloren haben oder nicht wissen, wo sie sind. Von den Betroffenheitsbekundungen der EU-Kommission und den Bemühungen der europäischen Innen- und Außenminister, jetzt alles daranzusetzen, die Flüchtlinge von der gefährlichen Reise über das Mittelmeer abzuhalten, hält er jedoch nichts. „Die Menschen werden immer migrieren. Einfach weil sie nicht dort bleiben können, wo sie gerade sind. Das muss auch die EU endlich verstehen."
https://www.medico.de/europaeische-seenotrettung-kann-nur-ein-anfang-sein-16012/

Heribert Prantl, SZ :
Solange der Norden Afrika ausplündert, wird es Flüchtlinge geben
«Solange die westlichen Flotten vor den Küsten Afrikas alles leer fischen, solange in Niger das einheimische Geflügel erheblich teurer ist als das (von der EU subventionierte) Geflügel aus Frankreich, solange die (von der EU subventionierte) europäische Butter in Marokko viel billiger ist als die einheimische, braucht man sich über die Not in diesen Ländern nicht zu wundern.»

Ferry not Frontex:
http://www.watchthemed.net/media/uploads/page/12/Ferries%20not%20Frontex.pdf



Foto: Grenzanlagen , Bulgarien

Sophia Wirsching (Brot für die Welt)

Debatten um Migration auf dem Weltsozialforum

31.03.2015

Das Programm des Weltsozialforums war randvoll mit Veranstaltungen und Workshops zum Thema Migration. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, Initiativen und soziale Bewegungen luden ein zum **Erfahrungsaustausch und Diskussionen** zum Beispiel über das Recht auf unbegrenzte Freizügigkeit, über Kapitalismus und Arbeitsmigration oder die Einrichtung eines effektiven Mechanismus wie das Alarmtelefon Watch the Med, um die Seenotrettung zu verbessern. **Kampagnen** wurden vorgestellt, wie die zur universellen Staatsbürgerschaft oder Frontexit mit dem Ziel die europäische Agentur zur Sicherung der Außengrenzen abzuschaffen. **Geflüchtete**, die sich seit den gewaltsamen Umbrüchen in Libyen vor drei Jahren in Choucha befinden, berichteten von ihrer ausweglosen Lage als **Gefangene im Transit**, ohne die Chance in ihre Herkunftsländer zurückkehren zu können, noch in einem weiteren Land Aufnahme zu finden. (...)

Die Weltwirtschaftskrise hat die Situation komplizierter gemacht. Die Ziele und die Wege von Migrantinnen und Migranten verändern sich. Noch vor wenigen Jahren zum Beispiel waren weder Marokko noch die Türkei das Zielland international Migrierender. Und Migration geht fast immer mit hohen Herausforderungen und Schwierigkeiten einher. Oftmals bleiben Schutz und Rechte auf der Strecke. Zurückweisung, Ausbeutung und Missbrauch sind an der Tagesordnung. Viele Migrantinnen und Migranten sehen sich auf ihre Arbeitskraft reduziert und einem System ausgesetzt, das nach Nützlichkeitskriterien auswählt, wer willkommen ist und wer nicht.

Nicht nur Europa schottet sich ab

Diejenigen, die aus ihrer Heimat aufgrund von Gewalt, kriegerischen Konflikten oder Verfolgung vertrieben werden, müssen lebensgefährliche Fluchtrouten einschlagen, weil ihnen die legalen Wege für ein faires Asylverfahren versperrt werden. Das gilt nicht nur für die Festung Europa, die nordafrikanische Staaten wie Ägypten, Tunesien und Marokko gegen Geld gefügig macht, um die Migrationswilligen und Flüchtenden so gut als möglich aufzuhalten und an der Weiterreise zu hindern. Auch Australien, so bezeugen WSF-Teilnehmende, lagert Verantwortung aus und hat pazifische Inselstaaten in die Pflicht genommen, dort Lager für Asylsuchende errichtet und sogar ein Neuansiedlungsprogramm in Kambodscha ins Leben gerufen. In diesem armen Land, in dem Menschenrechte immer noch systematisch verletzt werden, sollen die Flüchtlinge eine neue Heimat finden.

Abschlusserklärung oder strategische Vereinbarung - ein Kompromiss

Die Vielzahl der angebotenen Aktivitäten und ihre inhaltliche Vielfalt machte es schwierig, bei der abschließenden Convergence, die Brot für die Welt zusammen mit anderen NRO bestreiten durfte, den Erwartungen aller Teilnehmenden gerecht zu werden. Während einige eine Abschlusserklärung für die allgemeine politische Öffentlichkeit einforderten, war es das Ziel der anderen, strategische Vereinbarungen für die migrantischen Ziele und Forderungen nach Freizügigkeit und menschenrechtsorientierter Migrationspolitik zu entwickeln. Schlussendlich einigten wir uns auf einen Kompromiss. Die strategischen Punkte, die in Arbeitsgruppen zusammengetragen wurden, sollen in einem Dokument gebündelt und veröffentlicht werden. Die Debatten und Diskussionen des Weltsozialforums werden also auch jetzt noch weitergeführt.

https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/grenzen-konflikte-ueber-debatten-um-migration-auf

Pro Asyl

Innenministerkonferenz: EU-Lager für Flüchtlinge in Nordafrika?

Die Innenminister verschiedener EU-Staaten, darunter der deutsche Innenminister Thomas de Maiziére, schlagen anlässlich des EU-Innenministertreffens vom 12.März 2015 die Einrichtung von Asylzentren in Nordafrika vor. Flüchtlinge sollen bereits im Transit in EU-Lagern von der Überfahrt über das Mittelmeer abgehalten werden – angeblich um Tote zu verhindern.

Der italienische Innenminister Alfano kündigt im Vorfeld des EU-Innenministertreffens am 12. März 2015 an, dass Italien in Tunesien, Niger und dem Sudan internationale „Aufnahmeeinrichtungen" für Flüchtlinge schaffen möchte. Dort solle „gescreent" werden, wer Flüchtling ist. Diese werden dann innerhalb von Europa verteilt. Die „Nicht-Schutzbedürftigen" sollen zurückgeführt werden. Die österreichische Innenministerin forderte die EU-Kommission auf, bis Sommer einen Vorschlag für ein Pilotprojekt vorzulegen. Bereits beim EU-Innenminister-Treffen im Dezember 2014 wurden Libyen, Ägypten und Marokko als Standorte gehandelt. Was sind das für Partner denen wohlmöglich die Mitverantwortung für die Schutzprüfung und Aufnahme von Flüchtlingen übergeben werden soll?

In **Libyen** unterstützt Europa bereits jetzt den „Grenzschutz" mit Personal und Geld – in der Praxis ein stillschweigender Pakt zur Nichtbeachtung von Flüchtlingsrecht. Human Rights Watch berichtet, dass Flüchtlinge dort nicht nur unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangen gehalten, sie erleiden schlimmste **Misshandlungen** und **Folter**. Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea, Somalia, etc. kämpfen um ihr Überleben.

Im **Sudan** leben laut UNHCR aktuell 117.320 Flüchtlingen aus Eritrea unter äußerst schwierigen Bedingungen – über 240.000 Flüchtlinge insgesamt. Zusätzlich wurden über 2 Millionen Menschen binnenvertrieben. Streitkräfte der Regierung sowie Milizen und militante Gruppen begehen weiterhin brutale **Verbrechen an der Zivilbevölkerung.**

In den meisten **Staaten des arabischen Frühlings** ist die anfängliche Euphorie Ernüchterung gewichen: In **Ägypten** sitzen geschätzte 20.000 politische Gefangene in Haft. Islamisten aber auch Aktivisten der Revolution von 2011 werden verfolgt, Demonstrationen verboten, Menschenrechtsorganisationen eingeschüchtert und Grundrechte eingeschränkt. Hunderttausende syrische Flüchtlinge leben in bitterer Not, Angriffe und Hass nehmen zu.

In **Marokko** zeigt sich die Menschenrechtslage für Flüchtlinge täglich an den Grenzen zu den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla. Tausende warten hier auf eine Möglichkeit die EU-Grenzzäune zu überwinden. Marokkanische Behörden lassen wilde Flüchtlingscamps immer wieder brutal räumen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren gewaltsame Übergriffe auf afrikanische Migranten und sexuellem Missbrauch.

Am ehesten ist der arabische Frühling noch in **Tunesien** gelungen. Doch auch hier gibt es kein Rechtssystem oder zivilgesellschaftliche Institutionen welche die grundlegende Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen garantieren können.

Mahnendes Beispiel ist das **Wüstenlager Choucha** in Tunesien. Tausende Menschen, die 2011 nach Tunesien geflohen waren, saßen viele Monate in diesem Wüstenlager fest. Doch erst nach 18 Monaten Wartezeit im Camp Choucha durften 2012 dann gerade einmal 195 der Betroffenen nach Deutschland einreisen. Angesichts dieser Tatsachen ist anzunehmen, dass der Vorstoß der EU-Innenminister, Auffanglager in Nordafrika zu errichten, nicht der Aufnahme von Schutzsuchenden in Europa dient, sondern deren Abwehr.

http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/eu_lager_in_afrika_welche_staaten_sollen_fluechtlinge_abwehren/

Fathi Chamkhi, Attac Tunesien
Die Volksfront lehnt das Wirtschafts - und Sozialprogramm der neuen tunesischen Regierung ab

27. Februar 2015. Fathi Chamkhi ist Vertreter von RAID-ATTAC-CADTM, Aktivist der Ligue de la Gauche Ouvrière (LGO, Bund der Arbeiterlinken) und seit November 2014 Parlamentsabgeordneter der Volksfront.
Am 5. Februar 2015 haben 81,5 % der Parlamentsmitglieder der neuen Regierung das Vertrauen ausgesprochen.
Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, „den am 14. Januar 2011 eingeleiteten revolutionären Prozess zu beenden".

Welche Ausrichtung haben die Regierungsparteien?
„Modernisten", „Islamisten" oder ganz offen „Liberale": Egal, wie sie sich nennen, das sind doch alles nur Pseudounterschiede. Die Parteien wissen das ganz genau! Keine von ihnen hat ein Programm, das den Namen auch verdient, oder gar ein Projekt für die Zukunft Tunesiens. (...)

Seit über zwei Jahren verwenden die Parteien Nidaa Tounes und Ennahdha einen Großteil ihrer Zeit dafür zu erklären, warum sie nicht miteinander können. Wie kommt es, dass die beiden nun gemeinsam regieren?
Die Pseudounterschiede verschwinden zusehends. Es gibt keine Nidaa-Tounes-Aufrufe mehr zur Bildung einer breiten demokratischen Allianz zur Verteidigung der „Zivilgesellschaft" gegen die „islamistische Bedrohung". Nidaa Tounes konnte sich so formieren und dann die Wahlen gewinnen. Schluss ist auch mit den Aussagen der islamistischen Partei über die Notwendigkeit, die Revolution gegen die Vertreter des alten Ben-Ali-Regimes zu verteidigen. Nach den Wahlen sind die Masken gefallen. Jetzt geht es um die „heilige Allianz". Die verschiedenen Strömungen der Gegenrevolution bereiten sich eindeutig auf eine gemeinsame Offensive gegen die arbeitenden Klassen und die Jugend vor, die ein besseres Leben und eine Zukunft für sich reklamieren.

Wie wird diese Koalition in den Reihen von Nidaa Tounes und Ennahdha aufgenommen?
Besonders unter der Nidaa-Tounes-Wählerschaft fühlen sich viele durch diese Koalition verraten. Sie stimmten für Nidaa Tounes um zu verhindern, dass die Islamisten Teil der Regierung werden. Mit dem Argument „nützlich wählen" gegen die „islamistische Gefahr" hat Nidaa Tounes die Stimmen vieler Parteien aufgesaugt, auch einen Teil der Stimmen der Volksfront. Ennahdha steht ihrem Wählerschwund machtlos gegenüber. Der ideologische Diskurs, mit dem die Partei 2011 die Wahlen gewonnen hatte, ist versandet: Nach der erfolglosen Regierungszeit und dem Eintritt in eine Koalition mit Nidaa Tounes hat Ennahdha für viele einfache Menschen, die noch vor drei Jahren der Attraktion der islamistischen Ideologie verfallen waren, jegliche Glaubwürdigkeit verloren.

Warum verweigert die Volksfront der Regierung das Vertrauen? Warum will sie nicht in die Regierung?
Die Volksfront lehnt die Ennahdha-Minister genauso ab wie die Regierungsmitglieder aus den Reihen des ehemaligen Ben-Ali-Regimes. Der wichtigste Grund aber ist, dass die Volksfront das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Regierung ablehnt, das nur ein „erweitertes und vertieftes" Remake des Ben-Ali-Programms ist. Meiner Meinung nach ist diese Positionierung richtig. Der Diskurs der Volksfront war zwar nicht immer kohärent, aber sie konnte sich letztendlich ganz klar gegenüber allen Angehörigen der derzeitigen gegenrevolutionären Regierungskoalition abgrenzen, die „Modernisten" und „Islamisten" vereint.

Wie wird die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung aussehen?
Der Zug ist schon abgefahren! Er fährt wie bisher in eine Sackgasse, aber diesmal fährt er noch schneller. Konkret will die Regierung die Umsetzung des zweiten von IWF und Weltbank aufgezwungenen Strukturreformprogramms weiter vorantreiben und neue Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union auf den Weg bringen. Der soziale Abbau wird weitergehen und damit steigt das Risiko, dass sich die Situation wieder verschärft.

Welche Zwischenbilanz ziehst du für die Volksfront?
* In einer schweren sozialen Krise 15 von 217 Abgeordneten zu stellen (weniger als 7 %), ist nicht genug. (1) Für mich ist das eine Niederlage. Wir liegen weit hinter Nidaa Tounes (86 Abgeordnete) und Ennahdha (69 Abgeordnete). Die Volksfront hat sich sogar von der Union Patriotique Libre (UPL, Freie Patriotische Union, 16 Abgeordnete) überholen lassen, einer Partei, die von einem dubiosen Geschäftsmann gegründet wurde, der lange Zeit in Libyen lebte und nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes nach Tunesien zurückkehrte. In Anbetracht ihrer organisatorischen Schwächen, ihres politischen Wankelmuts, ihrer mangelnden Fähigkeit, Situationen richtig einzuschätzen, und ihres oft zögerlichen Verhaltens hätte das Wahlergebnis der Volksfront aber noch schlechter ausfallen können. Aus heutiger Sicht war es ein klarer Fehler, sich nach dem Attentat auf Mohamed Brahmi im Juli 2013 von Nidaa Tounes in den Front de Salut National (FSN, Nationale Heilsfront) locken zu lassen. (2) Nidaa Tounes hat davon politisch mehrfach profitiert: zunächst durch ihr Spielchen innerhalb des FSN; dann, im Januar 2014, durch das Hinausdrängen von Ennahdha aus der Regierung.

* Die unerfreulichen Nachwirkungen der taktischen Fehler der Volksfront und ihrer mangelnden strategischen Klarheit wurden durch die Handlungen der politischen Gegner gemildert. Nicht nur einmal haben sie der Volksfront indirekt geholfen. So gab es zum Beispiel innerhalb der Volksfront eine heftige Debatte rund um die Frage der Wahlbündnisse: Ein Teil der Volksfront schwamm auf der Welle „nützlich wählen" und stand einem breiten Anti-Ennahdha-Wahlbündnis positiv gegenüber. Nidaa Tounes half schließlich die Debatte zu beenden, indem sie entschied, allein zur Wahl anzutreten. Das Gleiche passierte bei der Vertrauensabstimmung über die neue Regierung: Die Volksfront stand einer Regierungsbeteiligung an der Seite von Nidaa Tounes untentschlossen gegenüber. Gleichzeitig war Nidaa Tounes aber mehr an einer Koalition mit Ennahdha interessiert. Es stimmt, dass eine Minderheit der Nidaa Tounes gegen diese Koalition mit den Islamisten war und bei der Volksfront Unterstützung suchte. Aber letztlich entschied sich Nidaa Tounes für eine Koalition mit Ennahdha.

* Ja, die Volksfront hat Fehler gemacht und sie hat sie überwunden. Das ist positiv. Jene Kräfte, die der Regierung das Vertrauen ausgesprochen haben, werden jetzt versuchen, die Volksfront zu isolieren. Aber sie ist hoch motiviert, ihre Reihen zu schließen, ihre Organisation zu verbessern, ihre Ideen zu präzisieren und ihre eigenen Lösungen voranzubringen. (...) Die Partei darf sich nicht mit der Parlamentsarbeit begnügen, sondern muss sich in die Bewegungen einbringen, die der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise die Stirn bieten wollen.

Das Gespräch führte Dominique Lerouge
(1) Anm. der Redaktion: Nur 54,7% der Wahlberechtigten hatten sich überhaupt registrieren lassen; die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen betrug 69%.
(2) Die LGO hatte auf ihrem Kongress im September 2013 beschlossen, sich vom FSN zurückzuziehen, aber Mitglied der Volksfront zu bleiben, siehe hier . Einige Monate später löste sich die FSN auf.

http://cadtm.org/Tunisie-Entretien-avec-Fathi
Übersetzung: Eveline Haselsteiner, coorditrad / von Werner Horch lektoriert.

Hedy Belhassine, Mediapart

Khadija Cherif durfte nicht Ministerin werden

5. Februar 2015

Sie heißt Khadija, wie des Propheten Ehefrau, und trägt nach ihrer Heirat mit Sidi Aloulou auch den Namen des heiligen Geschlechts. Diese Identität hat ihr Schicksal geprägt, stets hat sie im Dienst des Nächsten gestanden.

Allerdings hat sie den islamischen Schleier nie getragen und auch nicht auf den Islam gepocht, um ihre Mission zu erfüllen. Sie ist Demokratin und mit Haut und Haaren republikanisch und laizistisch gesinnt. Sie ist das Herz jener tunesischen Zivilgesellschaft, die seit vierzig Jahren für eine Wende im Land kämpft. Sie ist eine glühende Freiheits- und Menschenrechtsaktivistin.

Alle, die unter Ben Alis Diktatur zu leiden hatten, sind ihr zu Dank verpflichtet. Alle Opferfamilien wissen noch, dass ihre Tür zu den Zeiten des Terrors zu den wenigen zählte, die noch offen standen. Ihr Mitgefühl war echt, die Leiden der anderen teilte sie, freiwillig protestierte sie bei gleichgültigen Behörden oder verfasste Bittschriften, die im Papierkorb landeten. Dann leitete sie an internationale Stellen und Menschen mit gutem Gewissen, an Medien und an Staatskanzleien Berichte von Gräueltaten weiter. Der Diktator Ben Ali geriet in Wut und schickte ihr seine Handlanger. Fortwährend wurde sie eingeschüchtert, gehetzt, ausspioniert und Ziel von Gewaltaktionen. Familie und Freunde zitterten vor Angst, eines Tages bat jemand sie flehentlich, alles fallenzulassen. Umsonst! „Ungerecht ist es! Es muss doch was gemacht werden!“ Und sie legte erst richtig los. Dann kam die Revolution und Khadija Cherif durfte endlich frei atmen und sich unbehelligt engagieren.

Als der erste Regierungschef der ersten durch echte Wahlen zustande gekommenen tunesischen Republik am 23. Januar 2015 die Zusammensetzung seines Teams ankündigte, wagte es niemand zu glauben: Zur Ministerin für Frauen, Familie und Kinder war Khadija Cherif ernannt worden! Unerhört und ungeheuerlich! Leisteten Präsident Essebsi und sein Premierminister Essid – beide ehemalige Innen- und Repressionsminister – etwa Abbitte? Bevor man sie eilends umarmen ging, wollte man das überprüfen. Zuerst glaubte man, es handle sich um eine Gleichnamige. Aber sie war es wirklich: die Soziologiedozentin, unermüdliche Generalsekretärin der Internationalen Liga für Menschenrechte und Aktivistin des Demokratischen Frauenverbands. Hoch lebe Tunesien!



Es war eine riesige Überraschung, denn Khadija Cherif ist nicht Abgeordnete einer Partei, sie verfügt über keine anderen Getreuen als die Angehörigen ihres Freundeskreises, neigt nicht dazu, sich in den Vordergrund zu drängen, träumt nicht von Ruhm und Ehre, von Limousinen und Leibwächtern ... Uns stockte der Atem und wir brauchten Stunden, um die Tragweite dieser Nachricht zu erfassen. Wir dachten, dass das dunkle Kapitel endgültig abgeschlossen sei und die Stunde der Versöhnung endlich schlage. Im Ministerrat würde nunmehr jemand aufpassen, dass die rote Linie nicht mehr überschritten wird. Jemand würde sich trauen, laut zu rufen: „Ungerecht ist es! Es muss doch was gemacht werden!“

Denn Frau Cherif redet nicht ihrem jeweiligen Publikum nach dem Munde, sondern spricht alle an, mit einfachen Worten und so überzeugt, dass man nicht umhinkann, ihr zuzustimmen.

Als ihre Ernennung bekannt wurde, strömten von überallher die Freunde herbei. Das Telefon läutete unaufhörlich. Man teilte die Freude, man erinnerte sich an das Vergangene: den Besuch von Marie-Claire Mendès-France und von Danielle Mitterrand – ja, hier war es, auf diesem Kanapee vor der „middah“, dem kleinen Couchtisch. Andere erinnerten sich an die Begegnung zwischen Khadija Cherif und Nelson Mandela in Tunis; der großartige Mann hatte sich sofort bei Ben Ali eingesetzt, damit ein verfolgter Aktivist aus dem Kerker herausgeholt wurde (Letzterer sollte später auf landesweiter Ebene eine wichtige Rolle spielen (1)) .

Telefonabhörungen, polizeiliche Beschattungen, wiederholte Vorladungen, Beschlagnahme der Pässe – all das war vergangener Alltag.

Zum Glück wurde den Bürgerinnen und Bürgern durch die Revolution von 2011 eine Stimme gegeben, und sie haben gewählt. Nun ist die Verfassung festgeschrieben worden und die Regierung wird keine Grenzen mehr überschreiten können. Dafür wird Khadija Cherif sorgen.

Die Baustellen sind riesig. Das Ministerium für Frauen, Familie und Kinder ist ein schier allmächtiges Amt, das für den Werdegang von fast fünfundsiebzig Prozent der Bevölkerung zuständig ist. Dieses Ministerium ist von hoher politischer Bedeutung; denn wenn Tunesien der ganzen Welt ein Beispiel gibt, ist das vor allem den Kämpfen der tunesischen Frauen zu verdanken. Es gibt sechs Millionen Khadijas. Seit drei Generationen kämpfen sie gegen die Feinde der Aufklärung, die sie erneut zu Dienstmädchen machen wollen.

Ach, die Undankbaren haben bald mobilgemacht. Schon am Tag nach der Bekanntgabe der Regierungszusammensetzung ließ die Ennahdha-Partei verlauten, dass sie ihr nicht zustimmen werde. Die anderen politischen Gruppen nutzten die Gelegenheit, um ihre Position zu stärken. Der in die Enge getriebene Regierungschef war gezwungen, die Regierung umzubilden, den Islamisten vier Ministerposten anzubieten und Khadija Cherif aus dem Amt zu entfernen.

Wem flößte sie Angst ein? Ganz sicher den Chauvinisten, Sklavenhaltern, Faschisten, Salafisten, korrupten Politikern, Schiebern, Ewiggestrigen … Und zusammen sind das viele!

Diese jämmerliche Umkehr wurde von allen tunesischen Demokratinnen und Demokraten mit Traurigkeit aufgenommen. In einigen Jahren wird sich wohl kaum jemand an den Namen des inkonsequenten Regierungschefs erinnern, dafür wird der Name der Frauenministerin für einen Tag der Geschichte Tunesiens lange erhalten bleiben.

Denn das, was Khadija Cherif geschehen ist, „ist wahrhaftig ungerecht“!

----

(1) Gemeint ist Moncef Marzouki, der 1994 für die Präsidentenschaft gegen Ben Ali kandidiert hatte und aus diesem Grund ins Gefängnis kam. 2011 wurde er von der tunesischen Verfassungsgebenden Versammlung zum Interims-Präsidenten gewählt; bei seiner erneuten Kandidatur im Herbst 2014 erzielte er 44 % der Stimmen, Beji Caid Essebsi gewann die Wahl.

Originaltext: http://blogs.mediapart.fr/blog/hedy-belhassine/050215/khadija-cherif-ministre-ephemere-dun-gouvernement-tunisien-introuvable

Übersetzung: Eveline Haselsteiner, coorditrad / SiG-Redaktion

Siehe auch
http://www.lemonde.fr/idees/article/2015/02/09/khadija-cherif-la-femme-qui-fait-peur-au-pouvoir-tunisien_4572721_3232.html

Noam Chomsky
Jeden Zipfel Hoffnung ergreifen!

Der Linguist und Globalisierungskritiker Noam Chomsky im Gespräch mit dem Journalisten Miguel Mora über Optimismus in schwierigen Zeiten, die Situation Europas sowie den Widerstand gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik in Lateinamerika. Auszüge eines Interviews aus Contexto y acción, erschienen am 5. Februar 2015.

Miguel Mora (MM): Sie sehen fröhlich aus. Finden Sie immer noch Anlässe, um optimistisch zu sein?
Noam Chomsky (NC): Nun, es gibt einige. Obgleich es wohl genug Gründe gäbe, die einen pessimistisch stimmen. Die Menschheit muss eine Entscheidung treffen – und das bald. Ob sie überleben will oder ob sie sich den zwei größten Bedrohungen ihrer Spezies ergeben will: eine dieser Bedrohungen ist die **Umweltkatastrophe**, die andere ein Atomkrieg.
Die Fachzeitschrift „Bulletin of the Atomic Scientists“, die die berühmte Weltuntergangsuhr geschaffen hat, beobachtet seit Jahrzehnten den weltweiten Umgang mit strategischen und nuklearen Themen. Auf der Weltuntergangsuhr ist es jetzt drei vor Mitternacht. So nahe am Abgrund standen wir zuletzt während der Kuba Krise.
Die **Gefahr eines Atomkrieges** wächst; eigentlich war sie immer präsent und es ist fast ein Wunder, dass wir bisher davongekommen sind, wenn man sich mal die Geschichte anschaut. Die Vereinigten Staaten, beispielsweise, wenden jetzt eine Billion Dollar auf für die Modernisierung und Nachrüstung ihrer Atomwaffen. Der Atomwaffensperrvertrag, falls es jemanden interessiert, verpflichtet uns, sie zu vernichten, zumindest das Bemühen zu zeigen, sie vernichten zu wollen. Stattdessen rüsten wir auf. Russland und andere machen Ähnliches, das gilt ebenso für kleinere Mächte.

MM: Aber kaum jemand spricht darüber.
NC: Niemand spricht viel darüber, außer strategischen Analysten und Wirtschaftsexperten sowie anderen, die darüber besorgt sind. Aber es gibt sehr ernste Bedrohungen. Eine davon ist der Konflikt in der **Ukraine**. Man kann nur hoffen, dass die Mächte voreinander zurückweichen, aber dafür gibt es keine Garantie; wir wissen aus der Vergangenheit, dass sie es schon fast darauf haben ankommen lassen. Nehmen wir ein Beispiel: Zu Beginn der 80er Jahre hat die US-Regierung unter Reagan versucht, die russische Verteidigungsfähigkeit zu erforschen, indem sie zur Wasser und in der Luft Angriffe auf Russland simulierte, auch mit atomaren Waffen. Sie haben den Russen nicht mitgeteilt, was sie vorhatten, weil sie eine echte Alarmsituation provozieren wollten. Es war ein Moment höchster Spannung. Reagan hatte erst gerade zuvor Initiativen zur Einführung neuer strategischer Verteidigungssysteme, wie Star Wars, angekündigt, die von Analysten auf beiden Seiten als Erstschlagswaffen verstanden wurden. Wenn dies jemals funktioniert, wäre das nicht ein Raketenabwehrschild, sondern eher ein Schutz, um den Erstschlag zu führen. Veröffentlichungen aus russischen Archiven haben US-Geheimdiensten gezeigt, dass die Bedrohungssituation als sehr ernst empfunden wurde. Tatsächlich hat kürzlich eine Geheimdienstanalyse ergeben, dass wir damals nahe an den Rand eines Krieges geraten waren.

MM: Also ist es reine Glücksache, dass wir noch hier sind.
NC: Ich komme auf Ihre erste Frage zurück… **Optimismus?** Es ist doch immer dasselbe. Ganz gleich, wie Sie die Ereignisse in der Weltpolitik bewerten, Sie haben immer zwei Wahlmöglichkeiten: Sie können sich entscheiden pessimistisch zu sein, sagen, dass alles hoffnungslos sei und jegliche Anstrengungen etwas zu verändern aufgeben – in diesem Fall tragen Sie aber dazu bei, dass das Schlimmste eintreten wird; oder Sie ergreifen jeden Zipfel Hoffnung, der sich Ihnen bietet – und es gibt immer welche– und tun das, was in Ihren Möglichkeiten steht. Vielleicht sind Sie so in der Lage, die Katastrophe zu verhindern oder gehen damit sogar einen kleinen Schritt in Richtung einer besseren Welt. […]

MM: Europa ist jetzt in seinem dunkelsten Kapitel der vergangenen 50 Jahre versunken.
NC: Es gab bedeutsame Erfolge, aber die sind an eine Mauer gestoßen. Diese Mauer ist mit dem **neoliberalen Angriff auf die gesamte Weltbevölkerung**, der in den späten Siebziger Jahren begann und unter Reagan und Thatcher so richtig Fahrt aufnahm, noch härter geworden. Nun gehört **Europa** zu einem der größten Opfer aufgrund dieser aus ökonomischer Sicht verrückten Austeritätspolitik inmitten einer Rezession. Selbst der IWF sagt, dass dies keinen Sinn ergebe. Aber es ergibt einen Sinn, wenn man es einmal von der anderen Seite betrachtet: sie untergraben damit den Wohlfahrtsstaat, sie schwächen die Gewerkschaften; sie erhöhen die Macht der Reichen und Privilegierten. Man kann also erkennen, dass ihr wirtschaftspolitisches Versagen aus ihrer Sicht Erfolg bedeutet, da es dazu führt, dass Gesellschaften zerstört werden. Aber das ist eine der Fußnoten, die man ignoriert, wenn man in den Büros der Bundesbank sitzt.

MM: Die Gesellschaft beginnt auf diese Situation zu reagieren. Denken Sie, dass eine Veränderung möglich ist?
NC: Es gibt nun **Widerstand** gegen den neoliberalen Angriff, sehr bedeutsamen sogar. **Den wichtigsten finden wir derzeit in Südamerika,** was doch dramatisch ist. Bedenken Sie, 500 Jahre lang war Südamerika mehr oder minder unter der Herrschaft westeuropäischer Imperialmächte, dann kamen die Vereinigten Staaten noch dazu. Aber in den letzten 10 oder 15 Jahren hat Südamerika damit begonnen auszubrechen. Das ist ein Ereignis von größter Bedeutsamkeit. Lateinamerika war einmal einer der loyalsten Vasallen, wenn es um den Konsens mit Washington und die offiziellen Spielregeln ging.

MM: Der Hinterhof…
NC: Aber die Lateinamerikaner haben sich davon befreit… noch nicht vollständig, aber zum ersten Mal seit einem halben Jahrtausend bewegen sich die südamerikanischen Länder auf eine Integration zu, was die Voraussetzung für Unabhängigkeit ist. In der Vergangenheit agierten sie ziemlich isoliert voneinander und nun beginnen sie sich zu vereinen. Ein Symbol dafür ist, dass **die Vereinigten Staaten nun alle Militärbasen in Lateinamerika verloren haben**, die letzte wird gerade in Ecuador geschlossen. Ein weiteres bemerkenswertes Beispiel sind die **Vorgänge auf den Amerika-Konferenzen**. So konnte auf der letzten Konferenz in Kolumbien zu keiner Zeit ein Konsens erreicht und somit keine Erklärung verabschiedet werden. Der Grund, es gab zwei Länder, die gegen den Rest der Hemisphäre standen: die Vereinigten Staaten und Kanada. Eine solche Situation wäre in der Vergangenheit undenkbar gewesen.
[…]
Das gesamte Interview in Englisch: http://www.chomsky.info/interviews/20150205_en.htm , “Syriza and Podemos are a reaction against the neoliberal assault! strangling peripheral countries”!
Übersetzung: Sabine Gondro

Ein Interview mit Professor Chomsky und deutsches Transkript auch auf: http://de.euronews.com/2015/04/17/noam-chomsky-die-usa-sind-ein-schurkenstaat-europa-ist-extrem-rassistisch/

Free Mumia! Hinrichtung durch Nichtversorgung

Offener Brief von Mumia Abu-Jamals Ehefrau Wadiya Jamal: Über die Versuche, ihren Mann umzubringen, und die Notwendigkeit, ihn jetzt zu befreien
http://www.jungewelt.de/2015/04-08/044.php
Druck machen:
http://www.jungewelt.de/2015/04-08/057.php

Lateinamerika

Kerstin Sack

CELAC-Bündnis schließt Reihen im Kampf gegen Armut

Quelle: alainet.org

Belén, Costa Rica. Die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) hat sich auf ihrem dritten Gipfeltreffen die Beseitigung der extremen Armut bis 2020 zum Ziel gesetzt. Die 33 Mitgliedsstaaten beschlossen bei den zweitägigen Beratungen am 28. und 29. Januar 2015 in Costa Rica eine 94 Punkte umfassende Abschlusserklärung. Das Dokument geht auf Themen innerhalb und außerhalb der Region ein. Am Ende der Zusammenkunft übergab der Präsident Costa Ricas, Luis Guillermo Solis, die Präsidentschaft der Regionalorganisation an den Staatschef von Ecuador, Rafael Correa.

Correa wies in seiner Rede darauf hin, dass die Menschen müde von zahlreichen Gipfeltreffen seien, deren Beschlüsse wohlfeile Erklärungen blieben. Deshalb sei es wichtig, konkrete und umsetzbare Ziele zu formulieren.

Ecuador hatte den Mitgliedsstaaten ein Arbeitsprogramm mit fünf Schwerpunkten vorgelegt. Für die Weiterentwicklung der Region sehen die Teilnehmer vor allem die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung, mit der die Armut und soziale Ungleichheit zurückgedrängt werden können. Instrumente dafür seien das Grundrecht auf kostenlose Bildung, die Erweiterung von Forschung und Technologie sowie die Stärkung der Wirtschaftsentwicklung innerhalb der Region und die Süd-Süd-Kooperation. Für die Entwicklung sollen kleine und mittlere Unternehmen und die familiäre Landwirtschaft gefördert werden. Ecuador schlug vor, den Anteil für Bildung und Forschung in den Staatshaushalten zu erhöhen. Lateinamerika müsse unabhängiger von Know-how und Technik der Industriestaaten werden.

Angesichts der sinkenden Rohstoffpreise und des Wertzuwachs des US-Dollar haben sich Wachstum und Reduzierung der Armut in Lateinamerika und der Karibik verlangsamt. Die Präsidentin Brasiliens, Dilma Rousseff, betonte in diesem Zusammenhang, dass es nicht um Wachstum um jeden Preis gehe. Es müssten vielmehr qualitative Arbeitsplätze geschaffen werden, um die weiterhin verbreitete Armut zu verringern. Correa stellte fest, dass die Beseitigung der Armut schon jetzt möglich sei, wenn der vorhandene Reichtum umverteilt würde. Um dies umzusetzen, sei jedoch politischer Wille erforderlich.

Die Staatschefs auf dem CELAC-Gipfel bezogen sich nicht nur auf die regionalen Angelegenheiten, sondern wiesen, wie etwa Kubas Präsident Raúl Castro, auf die ihrer Auffassung nach gefährliche internationale Situation hin. Diese sei durch Kriege und eine Zunahme des Rassismus und Faschismus gekennzeichnet. Die CELAC als "Zone des Friedens" biete daher ein Vorbild dafür, wie Konflikte im Dialog gelöst werden können.

Auf der internationalen Ebene wollen die Mitgliedsstaaten des lateinamerikanischen und karibischen Bündnisses mit einer Stimme sprechen. Wichtige Termine sind dafür der UN-Gipfel für die Definition der Post-2015-Millenniumsziele im September und der Klimagipfel in Paris im Dezember dieses Jahres.

Den CELAC-China-Gipfel im vergangenen Monat bewerteten zahlreiche Redner als wegweisend. Die Region will auch andere Kooperationen ausbauen. Neben Indien, Südafrika und Russland steht die Zusammenarbeit mit Europa auf der Agenda. Am 10. und 11. Juni dieses Jahres wird der zweite CELAC-EU-Gipfel in Brüssel stattfinden. Das Bündnis will dort mit neuem Selbstbewusstsein auftreten, um die Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe und mit einer erneuerten Vision zu vertiefen.

Weitere wichtige Themen auf dem Gipfel in Costa Rica waren soziale Gleichheit, Finanzmarktpolitik, Nahrungsmittelsicherheit, öffentliche Sicherheit, Drogenbekämpfung, Migration und Cybersicherheit.

In gesonderten Erklärungen wiesen die Staats- und Regierungschefs die von der US-Regierung gegen Kuba verhängte Blockade sowie die Sanktionen gegen Venezuela zurück und drückten ihre "Ablehnung jeglicher einseitigen, gegen internationales Recht verstoßenden Zwangsmaßnahmen" aus.

Die CELAC ist vor allem eine politische Plattform und besteht aus 33 Mitgliedsstaaten Lateinamerikas und der Karibik. In der Region leben 167 Millionen Menschen in Armut. Seit 2002 gab es im Durchschnitt eine Armutsreduzierung um 20 Prozent. Die Arbeitslosigkeit liegt im Schnitt bei sechs Prozent, das Wachstum lag im vergangenen Jahr bei 2,2 Prozent. Die Region verfügt über 33 Prozent der globalen Süßwasserreserven, 30 Prozent der Waldbestände und große Anteile an Erdöl und Erdgas sowie große Mineralvorkommen. Außerdem ist sie der größte globale Lebensmittelexporteur.

https://amerika21.de/2015/01/111299/dritter-celac-gipfel

Ein widerspenstiger Kontinent in Panama, April 2015

Washington bestimmt nicht mehr die lateinamerikanische und karibische Tagesordnung, auch wenn es sie beeinflussen kann *S. auch hier („Amerika21“)*

"Es wurde Zeit, dass ich hier im Namen von Kuba spreche"

Ansprache des kubanischen Präsidenten Raúl Castro beim 7. Amerikagipfel in Panama am 10. April 2015

Ich danke allen Ländern Lateinamerikas und der Karibik für die Solidarität, die es möglich gemacht hat, dass Kuba gleichberechtigt an diesem kontinentalen Forum teilnimmt. (…)

Und solange die **Blockade** existiert, für die der Präsident nicht verantwortlich ist und die durch spätere Vereinbarungen und Gesetze im Kongress zum Gesetz kodifiziert wurde, das der Präsident nicht ändern kann, müssen wir weiter kämpfen und Präsident Obama in seinen Absichten unterstützen, die Blockade zu beenden (Beifall). Eine Sache ist die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen und eine andere Sache ist die Blockade.

Deshalb bitte ich Sie alle, und das Leben zwingt uns auch dazu, weiterhin diesen Kampf gegen die Blockade zu unterstützen. (…)

Anläßlich des EU-CELAC Treffens in Brüssel findet ein **„Gipfeltreffen der Völker“ in Brüssel am 9. und 10. Juni** statt, der von einem breiten Bündnis getragen wird und sich vor allem gegen die Macht der transnationalen Konzerne und die Freihandelsabkommen richten wird.

Organisatoren sind FIAN, The Global campaign und das Permanent Peoples Tribunal

Maren Krätzschmar (Caracas), Eva Haule , amerika21

Unasur: USA sollen Dekret gegen Venezuela aufheben

Bündnis kritisiert "interventionistische Bedrohung der Souveränität" und fordert Dialog.

Quito/Caracas, 16.März 2015.
Die Mitgliedsstaaten der **Union Südamerikanischer Nationen (Unasur)** haben die Regierung von US-Präsident Barack Obama aufgefordert, ein Dekret aufzuheben, mit dem Venezuela zur "*Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA"* erklärt und Sanktionen gegen Funktionäre des südamerikanischen Landes verhängt wurden.
Die Unasur-Außenminister trafen am 14. März 2015 zu einer außerordentlichen Sitzung in Ecuador zusammen, um über die Situation in Venezuela und die am 9. März von Obama verfügte Anordnung zu beraten. Im gemeinsamen Kommuniqué heißt es, das Dekret stelle *"eine interventionistische Bedrohung der Souveränität und des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten"* dar. Gefordert wird auch die Beendigung *"einseitiger Zwangsmaßnahmen, die gegen Internationales Recht verstoßen"*.
Zugleich wiederholt die Unasur ihren Aufruf an die US-Regierung, mit Venezuela einen Dialog basierend auf *"den Prinzipen des Respektes vor der Souveränität und der Selbstbestimmung der Völker"* zu führen.

In einer zweiten Mitteilung betont das Bündnis seine Bereitschaft, mit der Kommission der Außenminister Ecuadors, Kolumbiens, Brasiliens und Generalsekretär Ernesto Samper weiterhin *"den politischen Dialog mit allen demokratischen venezolanischen Kräften zu begleiten"*. Die interne Situation in Venezuela müsse mittels der in der venezolanischen Verfassung vorgesehenen demokratischen Mechanismen gelöst werden.
Ebenfalls am Samstag begann die Umsetzung des vom venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro ausgerufenen *"Spezialplanes für militärische Verteidigungsübungen"*. In der Hauptstadt Caracas fand ein offizieller Akt statt. Bis zum 28. März werden zivil-militärische Übungen an strategischen Punkten des Landes durchgeführt. Verteidigungsminister Vladimir Padrino López sprach im Vorfeld von mehr als 100.000 Personen, die an der "Bolivarisches Schild" genannten Übung teilnehmen, darunter Angehörige des Militärs und der Milizen. Er hob besonders die Bedeutung der zivil-militärischen Kooperation hervor. Es handele sich nicht um eine kriegerische Demonstration Venezuelas, sondern um die *"Organisation und den Aufbau einer integralen Verteidigungsstrategie"*. Hintergrund der Mobilisierungen ist die Erklärung von US-Präsident Obama, in der er Venezuela als eine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA bezeichnet hatte.
Vizepräsident Jorge Arreaza nahm an einer Übung in der Nähe der Erdölraffinerie in Paraguaná im Bundesstaat Falcón teil, im Bundesstaat Miranda waren unter anderem Bürgermeister der regierenden Vereinten Sozialistischen Partei (PSUV) beteiligt. Bürger hatten die Möglichkeit, sich in die Miliz einzuschreiben. Für das im Bezirk Cristobál Rojas gelegene thermoelektrische Kraftwerk "La Raisa" wurde demonstriert, wie ein Verteidigungsfall aussehen würde, um die Versorgung des Landes mit elektrischer Energie sicherzustellen.
Im Oktober 2009 war in Venezuela ein neues Gesetz über die Streitkräfte verabschiedet worden, in dem auch die Bildung von Milizen geregelt ist, die auf dem Land, in den Barrios (Armenstadtteile), Fabriken und Universitäten aufgebaut werden. Diese selbständigen militärischen Einheiten sind organisatorisch Teil der Reserve der Streitkräfte und dem Präsidenten durch das "Strategische Operationskommando" unterstellt.
Am Sonntag hat das Parlament des südamerikanischen Landes mit der Mehrheit der linksgerichteten Abgeordneten in zweiter Lesung beschlossen, dem Präsidenten bis Dezember dieses Jahres Sondervollmachten zu erteilen. Sie sollen ihm ermöglichen, per Dekret Gesetze zu ändern oder zu erlassen, *"um den Frieden und die Verteidigung der Nation zu stärken"* heißt es in dem Text. Betont wird weiter *"die Wichtigkeit, das Volk vor der Einmischung anderer Länder und dem Vorgehen transnationaler ökonomischer Stellen zu beschützen sowie Allianzen mit lateinamerikanischen und karibischen Ländern zu bilden"*. Die Abgeordneten der Opposition stimmten geschlossen dagegen.
https://amerika21.de/2015/03/114734/unasur-resolution-usa

Lateinamerika trauert um Eduardo Galeano

Die kolumbianische Menschenrechtsaktivistin Piedad Córdoba sagte zum Tod Galeanos: "Die Armen der Welt haben einen ihrer großen Verteidiger verloren."



Boliviens Präsident Evo Morales am 1. März dieses Jahres zu Besuch bei Galeano in seinem Haus in Montevideo

Montevideo. Der uruguayische Journalist, Poet, Schriftsteller und Fußballfan Eduardo Galeano erlag am 13.April im Alter von 74 Jahren in Montevideo einem Krebsleiden. Mit ihm verliert Lateinamerika einen seiner bedeutendsten Autoren. Zu seinen zahlreichen bekannten Werken, die in mehr als 20 Sprachen übersetzt wurden, gehört **"Die offenen Adern Lateinamerikas: die Geschichte eines Kontinents" (1971)**. Dieses Buch überreichte der damalige Präsident Venezuelas, Hugo Chávez (1954-2013), beim Amerika-Gipfel 2009 in Trinidad an US-Präsident Barack Obama, damit dieser die Geschichte der Ausplünderung Lateinamerikas durch Europa und die USA seit der Kolonisierung begreife.

Sein zweites Hauptwerk ist die dreiteilige **"Erinnerung an das Feuer" (1982−1986), Galeanos Widerstandsgeschichte Lateinamerikas.** Auch die Bücher über Fußball des leidenschaftlichen Fans erreichten eine große Leserschaft. (…)

Eduardo Galeano begann in den 60er-Jahren als Journalist und Herausgeber der Zeitschrift "Marcha" zu arbeiten. Nach dem Putsch in Uruguay 1973 wurde er verhaftet und musste das Land verlassen. Zunächst lebte er in Argentinien, wo er ein Kulturmagazin namens "Crisis" herausbrachte. Als sich die Militärs um General Rafael Videla 1976 an die Macht putschten und er auf der "schwarzen Liste" der Todesschwadronen stand, floh Galeano weiter nach Spanien. Nach dem Ende der Diktatur kehrte er 1985 nach Uruguay zurück und gründete gemeinsam mit Mario Benedetti, Hugo Alvaro und anderen Kollegen die Wochenzeitung "Brecha" (…) Galeano unterstützte das Mitte-links-Bündnis Frente Amplio in den Wahlkämpfen seit 2004.
Galeano arbeitete auch im Beraterkreis des lateinamerikanischen Fernsehsenders Telesur mit.

https://amerika21.de/2015/04/118365/eduardo-galeano-gestorben

Galeanos Artikel in SiG:

USA auf dem Kriegspfad, 2003 (S. 20)
Der Krieg, oder hier (S. 5)
Uruguay hat gegen die Angst gewählt, Dez.2004, in **SiG 39** (S.15)
Der hier veröffentlichte Text „Das Theater des Guten und des Bösen“ ist 2001 geschrieben worden, hat aber – leider – nichts an Aktualität verloren.

Eduardo Galeano

Das Theater des Guten und des Bösen

La Jornada, Mexiko, **September 2001**

Beim Kampf des Guten gegen das Böse stellt immer das Volk die Toten. Die Terroristen haben in New York und Washington Arbeiter aus fünfzig Ländern getötet, im Namen des Guten gegen das Böse. Und im Namen des Guten gegen das Böse schwört Präsident Bush Rache: *„Wir werden das Böse in dieser Welt ausrotten."* Das Böse ausrotten? Was würde aus dem Guten ohne das Böse? Nicht nur die religiösen Fanatiker brauchen Feinde, um ihren Irrsinn zu rechtfertigen. Ebenfalls Feinde brauchen, um ihre Existenz zu rechtfertigen, die Rüstungsindustrie und der gigantische Militärapparat der Vereinigten Staaten.

Gute und Böse, Böse und Gute: Die Akteure wechseln die Masken, die Helden werden zu Monstren und die Monstren zu Helden, so wie es diejenigen fordern, die das Drama schreiben. Das ist nichts Neues. Der deutsche Wissenschaftler Wernher von Braun war böse, als er die V-2-Raketen erfand, die Hitler gegen London einsetzte, aber er verwandelte sich zu einem Guten an dem Tag, an dem er sein Talent in den Dienst der Vereinigten Staaten stellte.

Stalin war während des II. Weltkrieges gut und danach böse, als er plötzlich das Reich des Bösen anführte. In den Jahren des Kalten Krieges schrieb John Steinbeck: „Vielleicht braucht die ganze Welt Russen. Ich wette, dass man auch in Russland Russen braucht. Vielleicht heißen sie dort Amerikaner." Später wurden die Russen gut. Heute sagt auch Putin: „Das Böse muss bestraft werden."

Saddam Hussein war gut, und gut waren auch die chemischen Waffen, die er gegen die Iraner und Kurden einsetzte. Später wurde er böse. Er hieß schon Satan Hussein, als die Vereinigten Staaten, die gerade in Panama eingefallen waren, im Irak einfielen, weil Irak in Kuwait eingefallen war. Bush senior war verantwortlich für diesen Krieg gegen das Böse. Mit dem humanitären und barmherzigen Geist, der seiner Familie eigen ist, tötete er mehr als 100.000 Iraker, in großer Mehrzahl Zivilisten. Satan Hussein ist immer noch da, wo er war, aber dieser Feind der Menschheit Nummer eins ist in die Kategorie Feind Nummer zwei abgestiegen.

Die Geißel der Welt heißt jetzt Osama Bin Laden. Die Central Intelligence Agency (CIA) hatte ihm alles beigebracht, was sie auf dem Gebiet des Terrorismus kann: Bin Laden, umarmt und armiert von der Regierung der Vereinigten Staaten, war einer der wichtigsten Freiheitskämpfer gegen den Kommunismus in Afghanistan. Bush senior hatte die Vizepräsidentschaft inne, als Präsident Reagan sagte, dass diese Helden das moralische Gegenstück zu den Gründervätern Amerikas seien. Hollywood war mit dem Weißen Haus einer Meinung. Zu dieser Zeit wurde Rambo 3 gedreht: Die muslimischen Afghanen waren die Guten.

Heute, zu Zeiten von Bush junior, 13 Jahre später, sind sie die bösesten Bösen. Henry Kissinger reagierte als einer der Ersten auf die jüngste Tragödie: *„So schuldig wie die Terroristen sind diejenigen, die ihnen Unterstützung, Finanzierung und Ermunterung bieten"*, urteilte er mit Worten, die Präsident Bush Stunden später wiederholte.

Wenn das so ist, müsste man damit beginnen, Kissinger zu bombardieren. Er würde sich als schuldig für viel mehr Verbrechen erweisen, als von Bin Laden und allen Terroristen, die es auf der Welt gibt, verübt wurden. Und in viel mehr Ländern: Im Dienste von mehreren US-Regierungen handelnd, bot er Unterstützung, Finanzierung und Ermunterung dem Staatsterror in Indonesien, Kambodscha, Zypern, Iran, Südafrika, Bangladesch und den Staaten Südamerikas, die den schmutzigen Krieg der Operation Condor erlitten.

Am 11. September 1973, genau 28 Jahre vor den heutigen Bränden, brannte der Präsidentenpalast in Chile. Kissinger nahm die Grabinschrift von Salvador Allende und der chilenischen Demokratie vorweg, als er das Wahlergebnis kommentierte: *„Wir müssen überhaupt nicht akzeptieren, dass ein Land wegen der Verantwortungslosigkeit seiner Bevölkerung marxistisch wird."*

Die Verachtung des Volkswillens ist eine der vielen Gemeinsamkeiten zwischen dem staatlichen und dem privaten Terrorismus. Um ein Beispiel zu geben: Die ETA, die Menschen im Namen der Unabhängigkeit des Baskenlandes tötet, lässt durch einen ihrer Sprecher verlauten: *„Die Rechte haben nichts mit Mehrheiten oder Minderheiten zu tun."* Sie ähneln sich sehr, der handwerkliche und der Hightechterrorismus, der der religiösen Fundamentalisten und der der Fundamentalisten des Marktes, der der Verzweifelten und der der Mächtigen, der der freilaufenden Verrückten und der der Profis in Uniform.

Allen gemeinsam ist dieselbe Geringschätzung des menschlichen Lebens: den Mördern der 5.500 unter den Trümmern der wie Sandburgen eingestürzten Zwillingstürme zermahlenen Bürger und den Mördern der 200.000 Guatemalteken, in der Mehrzahl Angehörige der indigenen Bevölkerung, die ausgerottet wurden, ohne dass jemals das Fernsehen oder die Presse der Welt ihnen die geringste Aufmerksamkeit gewidmet hätten. Sie, die Guatemalteken, wurden von keinem fanatischen Muslim geopfert, sondern von den terroristischen Militärs, die Unterstützung, Finanzierung und Ermunterung von den aufeinander folgenden Regierungen der Vereinigten Staaten empfingen.

Alle Liebhaber des Todes stimmen auch in ihrer Besessenheit überein, die sozialen, kulturellen und nationalen Unterschiede auf militärische Begriffe zu reduzieren. Im Namen des Guten gegen das Böse, im Namen der einzigen Wahrheit, lösen alle alles, indem sie erst töten und dann fragen.

Und auf diesem Wege nähren sie schließlich den Feind, den sie bekämpfen.

Es waren die Gräueltaten des Sendero Luminoso, des Leuchtenden Pfades, die in hohem Maße den Präsidenten Fujimori ausbrüteten, der mit bemerkenswerter Unterstützung aus der Bevölkerung ein Schreckensregime errichtete und Peru zum Preis einer Banane verkaufte.

Es waren die Gräueltaten der Vereinigten Staaten im Mittleren Osten, die in hohem Maße den Heiligen Krieg des Terrorismus Allahs ausbrüteten.

Wenn auch jetzt der Führer der Zivilisation zu einem neuen Kreuzzug aufruft, ist Allah nicht Schuld an den Verbrechen, die in seinem Namen begangen werden. Schließlich befahl Gott nicht den Holocaust der Nazis an den Getreuen Jehovas, und es war nicht Jehova, der die Schlächterei von Sabra und Schatila anordnete oder der befahl, die Palästinenser von ihrem Land zu vertreiben.

Sind denn Jehova, Allah und Gott nicht schlechterdings drei Namen derselben Gottheit? Eine Verwechslungstragödie: Man weiß nicht mehr, wer wer ist.

Der Rauch der Explosionen ist Teil eines viel gewaltigeren Rauchvorhanges, der uns am Sehen hindert. Von einer Rache zur anderen zwingen uns die Terrorismen, ausweglos umherzutaumeln.

Ich sehe ein jüngst veröffentlichtes Foto. Auf eine Wand in New York schrieb jemand: „Auge um Auge macht die Welt blind." Die Spirale der Gewalt erzeugt Gewalt und auch Verwirrung: Schmerz, Angst, Intoleranz, Hass, Wahnsinn. In Porto Alegre warnte der Algerier Ahmed Ben Bella Anfang dieses Jahres: *„Dieses System, das bereits die Rinder zum Wahnsinn gebracht hat, ist dabei, die Menschen zum Wahnsinn zu bringen."* Und die Wahnsinnigen, die vor Hass Verrückten, handeln genauso wie die Macht, die sie hervorbringt. Ein dreijähriger Junge namens Luca kommentierte in diesen Tagen: *„Die Welt weiß nicht, wo sie zuhause ist."* Er betrachtete eine Landkarte. Er hätte auch eine Nachrichtensendung anschauen können.

http://www.kasandra.org/guerra_galeano_sept01.html - *Übersetzung: unbekannt; von Werner Horch lektoriert.*

David Harvey
17 Widersprüche und das Ende des Kapitalismus

Prolog
Die jetzige Krise des Kapitalismus

Krisen sind wesentlich für die Reproduktion des Kapitalismus. Im Laufe von Krisen werden Instabilitäten erkannt und so gründlich umgestaltet, dass gleichsam eine aktualisierte Version des Kapitalismus entsteht. Vieles wird abgerissen und entsorgt, um Platz für Neues zu schaffen. Einst produktive Landschaften werden in industrielles Ödland verwandelt, alte Fabriken stillgelegt oder neuen Zwecken zugeführt, Arbeitersiedlungen luxussaniert. Andernorts werden kleinbäuerliche Betriebe und Pachthöfe von industrialisierten Großbetrieben oder hochmodernen Fabriken verdrängt. Inmitten vorstädtischer Reihenhaussiedlungen entstehen Gewerbegebiete, Entwicklungs-, Lager- und Logistikzentren, die durch ein Netz von Schnellstraßen miteinander verbunden werden. Metropolen überbieten sich beim Bau prächtiger Bürotürme und symbolträchtiger Kulturbauten, gigantische Einkaufszentren werden in den Stadtzentren und Vorstädten hochgezogen, einige sogar mit der zusätzlichen Funktion als Flughäfen, durch die sich ein unaufhörlicher Strom von Touristen und Geschäftsleuten in eine immer kosmopolitischere Welt ergießt. Die Golfplätze und bewachten Wohnanlagen aus den USA gibt es heute auch in China, Chile und Indien, wo sie in brutalem Kontrast zu den planlos wuchernden Slums, Favelas oder Barrios pobres stehen.

Bemerkenswert an Krisen ist aber nicht nur die Umgestaltung der Geographie, sondern **auch die radikale Veränderung unserer Denk- und Sichtweisen**, Institutionen und Ideologien, politischen Bündnisse und Prozesse, politischen Subjektivitäten, Technologien und Organisationsformen, sozialen Beziehungen, kulturellen Sitten und Vorlieben, die den Alltag prägen. Krisen erschüttern unsere Vorstellungen von der Welt und unsere Stellung in ihr bis in die Grundfesten. Sie erzwingen eine Anpassung an den Status quo – egal, wie klein unser Beitrag zum Weltgeschehen auch sein mag.

Mitten in einer Krise ist schwer zu erkennen, wie oder wann sie enden wird. Krisen sind keine singulären Ereignisse, sondern sie werden von langfristigen tektonischen Verschiebungen ausgelöst. Die Weltwirtschaftskrise, die mit dem Börsenkrach von 1929 begann, wurde endgültig erst in den Fünfzigerjahren überwunden, nach einer globalen Depression und einem Weltkrieg. Ganz ähnlich verhielt es sich mit der Krise, die sich in den Turbulenzen auf den internationalen Devisenmärkten Ende der Sechzigerjahre und den Straßenprotesten von 1968 (in Paris, Chicago, Mexiko City und Bangkok) äußerte. Sie fand erst Mitte der Achtzigerjahre ein Ende – nach dem Zusammenbruch der internationalen Währungsordnung von Bretton Woods, einem Jahrzehnt turbulenter Arbeitskämpfe und dem Aufstieg und der Festigung des Neoliberalismus unter Reagan, Thatcher, Kohl, Pinochet und, schließlich, Deng Xiaoping in China.



In der Rückschau ist es nicht schwer, die Indizien für eine bevorstehende Krise zu erkennen, lange bevor sie eintritt. So waren es in den USA beispielsweise die rasant zunehmende soziale Ungleichheit in den Zwanzigerjahren und die plötzlich entstehende Immobilienblase von 1928, die den Zusammenbruch von 1929 ankündigten. Tatsächlich birgt der Ausgang einer Krise schon den Keim kommender Krisen in sich. Die globale Finanzialisierung, die in den Achtzigerjahren begann, um das Problem der Arbeitskräfteknappheit durch eine gesteigerte Mobilität und Streuung des Kapitals zu lösen, führte zum Untergang der Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008.

Zur Zeit dieser Niederschrift sind mehr als fünf Jahre seit dem folgenschweren Zusammenbruch von Lehman Brothers vergangen. Und wie die Vergangenheit zeigt, wäre es höchst naiv, bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt klare Hinweise auf die Beschaffenheit eines »neuen« Kapitalismus zu erwarten. Man sollte jedoch annehmen, dass es zumindest zahlreiche konkurrierende **Diagnosen der Fehlentwicklungen** und eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen gibt – aber dem ist nicht so. Während die eine Hälfte der Welt (**Europa und die USA**) die **neoliberale**, angebotsorientierte und monetaristische Politik einfach fortsetzen möchte und in der Austerität die geeignete Medizin zur Heilung unserer Krankheiten sieht, macht sich die andere Hälfte (**China**) an die Neuauflage eines verwässerten, nachfrageorientierten und schuldenfinanzierten **Keynesianismus**, ohne allerdings Keynes' zentrale Forderung nach einer Einkommensumverteilung zugunsten ärmerer Schichten zu berücksichtigen.

Egal, welche Strategie befolgt wird, **das Ergebnis kommt jenem Klub der Milliardäre zugute**, der heute sowohl national als auch international eine Plutokratie mit ständig wachsender Macht darstellt. Überall werden die Reichen von Minute zu Minute noch reicher. Die 100 wohlhabendsten Milliardäre der Welt (aus China, Russland, Indien, Mexiko und Indonesien ebenso wie aus den traditionellen Wohlstandszentren Nordamerikas und Europas) stockten allein im Jahr 2012 ihr Vermögen um 240 Milliarden Dollar auf (genug, wie Oxfam errechnet hat, um die Armut in der Welt von einem Tag auf den anderen zu beenden). Im Gegensatz dazu stagniert das Wohlstandsniveau der breiten Bevölkerung – oder es verschlechtert sich dramatisch, wie in Griechenland und Spanien.

Neu ist lediglich die große Rolle der Zentralbanken und besonders der amerikanischen Fed. Seit ihren Anfängen (in England etwa 1694) kümmerten sich die Zentralbanken dabei immer um die Interessen der anderen Banken und nicht um das Wohlergehen der Menschen. Dass die USA im Sommer 2009 die Krise statistisch hinter sich lassen und dass sich die Aktienmärkte fast überall von ihren Verlusten erholen konnten, lag ganz allein an den Interventionen der US-Notenbank. Wenn der global operierende Kapitalismus tatsächlich von einer **Diktatur der Zentralbanker** gemanagt wird, die vor allem die Macht der Banken und Plutokraten schützen, besteht freilich kaum Aussicht, die gegenwärtigen Probleme der stagnierenden Volkswirtschaften und fallenden Lebensstandards in den Griff zu bekommen.

Es gibt auch **viel Gerede über eine technologische Lösung** der jetzigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Doch Tatsache ist, dass die neuen Technologien und Organisationsformen nie entscheidend zur Überwindung von Krisen beigetragen haben (was nicht heißt, dass sie gar nichts dazu beigetragen haben). Große Hoffnungen werden gegenwärtig etwa auf einen »wissensbasierten« Kapitalismus gesetzt (mit den Speerspitzen Bio- und Gentechnik sowie künstliche Intelligenz). Doch Innovation ist immer ein zweischneidiges Schwert. Schließlich führte die Automatisierung in den Achtzigerjahren auch zur Deindustrialisierung und zum Verlust zahlreicher Arbeitsplätze. Seitdem wird Unternehmen wie General Motors (das in den Sechzigerjahren gut bezahlte, gewerkschaftliche Arbeiter beschäftigte)

von Konzernen wie Walmart (mit ihrer Riesenzahl von nicht organisierten Beschäftigten im Niedriglohnsektor) der Rang abgelaufen. Wenn der gegenwärtige Innovationsboom überhaupt irgendeine Richtung erkennen lässt, dann sicherlich in Hinblick auf schwindende Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeiter und die wachsende Bedeutung von ökonomischen Renten aus geistigen Eigentumsrechten. Aber wenn alle versuchen, von Renten zu leben und niemand in eine wie auch immer geartete Produktion investiert, dann wird die nächste Krise nicht lange auf sich warten lassen.

Dabei scheinen nicht nur die kapitalistischen Eliten und ihr akademisches Fußvolk außerstande zu sein, irgendeinen radikalen Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen oder einen gangbaren Ausweg aus wirtschaftlicher Stagnation, Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit zu zeigen. Auch **die traditionelle Linke** (politische Parteien und Gewerkschaften) ist einfach **nicht in der Lage, der Macht des Kapitals einen nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen**. Dreißig Jahre ideologischer und politischer Diffamierung von rechts haben sie verschlissen. Der Zusammenbruch des real existierenden Kommunismus und der »Tod des Marxismus« nach 1989 haben die Situation noch verschlimmert. Die radikale Linke ist heute weitgehend marginalisiert und setzt ihre Hoffnung auf begrenzte Aktionen und lokalen Aktivismus, der sich eines Tages zu irgendeiner Form von befriedigender Makroalternative aufaddieren soll. Mit ihrer libertären und sogar neoliberalen **Ethik des Antietatismus** folgt sie Denkern wie Michel Foucault und anderen, die die postmodernen Fragmentierungen im Zeichen eines weitgehend unverständlichen Poststrukturalismus versammeln, indem sie sich Identitätspolitik auf die Fahnen schreiben und die Klassenanalyse meiden. Autonome, anarchistische und lokale Perspektiven und Aktionen schießen aus dem Boden. Doch **in dem Maße, wie diese Linke versucht, die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen, konsolidiert die plutokratisch-kapitalistische Klasse weitgehend unbehelligt ihre Herrschaft**. Unterstützt wird sie von einem Sicherheits- und Überwachungsstaat, der sich keineswegs scheut, jede Form des Dissenses mit Hilfe seiner Polizeikräfte zu ersticken.

In diesem Klima habe ich das vorliegende Buch geschrieben. Die gewählte Vorgehensweise ist insofern etwas unkonventionell, als ich **mich an Marx' Methode halte, aber nicht unbedingt an seine Rezepte** – was manchen Leser irritieren mag. Doch wenn wir die derzeitige Flaute in der wirtschaftlichen Theorie, Praxis und Politik überwinden wollen, brauchen wir ein paar neue Gedanken. Schließlich läuft der Wirtschaftsmotor des Kapitalismus alles andere als rund. Mal stottert er mühsam dahin, mal droht er stehenzubleiben, und von Zeit zu Zeit explodiert er ohne Vorwarnung. Gefahrenzeichen finden sich auf Schritt und Tritt, während gleichzeitig die Aussicht auf ein unbeschwertes Leben im Überfluss für jedermann beschworen wird. Niemand scheint schlüssig erklären zu können, wie, geschweige denn warum, der Kapitalismus in solche Schwierigkeiten kommen konnte. Aber das war schon immer so. Weltmarktkrisen sind stets, wie Marx einmal sagte, *»die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie«*. Die **Offenlegung dieser Widersprüche** sollte uns also eine Menge über die wirtschaftlichen Probleme verraten, die uns so zu schaffen machen. Nun, zumindest ist es einen Versuch wert.

Außerdem möchte ich die politischen Konsequenzen und Handlungsspielräume skizzieren, die sich aus einer Analyse der politischen Ökonomie des Kapitalismus ergeben. Auf den ersten Blick mögen diese Konsequenzen wenig praktikabel oder politisch inopportun erscheinen. Aber es ist eminent wichtig, dass wir **Alternativen** entwerfen, egal, wie merkwürdig sie erscheinen mögen, und dass wir von ihnen Gebrauch machen, wenn die Bedingungen es verlangen. Denn nur so lassen sich die ungenutzten und unberücksichtigten Möglichkeiten der politischen Veränderung überhaupt erkennen. Wir brauchen eine offene Debatte **– ein globales Forum** –, um zu erörtern, wo das Kapital ist, wohin es gehen könnte und was das für uns bedeutet. Ich hoffe, mein Buch kann ein wenig zu dieser Debatte beitragen.

New York, Januar 2014

http://www.ullsteinbuchverlage.de/nc/buch/details/17-widersprueche-und-das-ende-des-kapitalismus-9783843710718.html

Protest gegen G7-Treffen in Elmau (7.- 8. Juni 2015)

Attac beteiligt sich an Alternativgipfel am 3. und 4. Juni 2015 in München http://www.alternativgipfel.org/ ; Ablauf

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, report100

Umbruch im globalen Kapitalismus: Abstieg der G7-Metropolen – Aufstieg der Schwellenländer

Thesen:

Die neoliberale Globalisierung hat die Menschheit in existenzielle Bedrängnis gebracht. Armut und Hunger haben zugenommen. Ein wachsender Teil der Menschheit wird, wie Papst Franziskus formuliert, als „Müll“ weggeworfen.

Das neoliberale Konzept eines globalen Wachstums über steigende Exporte ist erschöpft. Ein neues Wachstumsmodell, etwa ein „grüner Kapitalismus“, wird von den herrschenden Eliten bekämpft. Das „Weiter so“ weist wirtschaftlich und sozial in die Sackgasse.

Es entwickelt sich, vor allem im Transatlantischen Raum, eine transnationale Kapitalistenklasse heraus, wie sich beispielhaft in globalen Vermögensverwaltungsfirmen, Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaften, globalen Anwaltskanzleien und Ratingagenturen zeigt.

Die wachsende soziale Ungleichheit führt zu einem enormen Anschwellen des Finanzsektors, der einen immer höheren Teil des realen Produkts an sich reißt. Dies führt nicht nur zum Anschwellen des Reichtums weniger bei gleichzeitig wachsender Armut der Vielen, sondern auch zu einem empfindlichen Abbremsen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die BRICS-Länder, die Schwellenländer des Südens, werden zur dominierenden wirtschaftlichen Größe, haben aber mannigfache Schwierigkeiten, eine geschlossene politische Einheit zu werden. Diese Verlagerung in der globalen Machtstruktur bietet jedoch die Chance für eine alternative Weltordnung, ein multilaterales Gefüge ohne die Dominanz des Westens.

Der Westen will diese Machtverlagerung mit allen Mitteln verhindern. Die USA und die EU mit ihrer Vormacht Deutschland entwickeln ein Konzept des „kooperativen Imperialismus“. Dies schließt den Aufbau und die Androhung militärischer Gewalt mit ein. Als Hauptgegner in den Militärstrategien des Westens gelten Russland und China. Die Gefahr eines großen Konflikts wächst.



Inhaltsverzeichnis und Bezugsbedingungen:
http://isw-muenchen.de/

Mensch und Umwelt vor Profit!

Weltweiter Aktionstag gegen Freihandels- und Investitionsschutz-abkommen, 18.April 2015



Barcelona am 18.April

Beim weltweiten Aktionstag protestierten Menschen in 45 Ländern gegen TTIP, CETA, TiSA und andere Freihandelsabkommen. Weltweit sind es über 750 Aktionen auf allen Kontinenten. Allein in Deutschland laufen mehr als 230 Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen – an den meisten sind Attac-Gruppen beteiligt.
Deutschland: Impressionen, Fotos
Österreich: In Wien haben 15.000 Menschen an der Demonstration des Bündnisses TTIP STOPPEN, getragen von Attac, GLOBAL 2000, ÖBV-Via Campesina Austria, der Gewerkschaft Pro-Ge und Südwind, http://www.ttip-stoppen.at/

Proteste in Uruguay gegen Beitritt zum Tisa-Abkommen
Großdemonstration und Streik der Gewerkschaften. Mit dem Abkommen soll weltweit der Handel mit **Dienstleistungen** dereguliert werden



Die Ratifizierung des „Wirtschaftspartnerschaftsabkommens" **(EPA) zwischen den westafrikanischen Ländern und der EU** soll – trotz Proteste - am **7. Juli** im EU-Parlament stattfinden! http://www.bilaterals.org/?-eu-acp-epas-&lang=en
Zu den EPAs :http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/epas/ , s. auch SiG 111 und SiG 114

Attac Deutschland und Umweltinstitut München

200 Städte und Gemeinden gegen TTIP, CETA und TiSA

15. April 2015
Die geplanten Freihandelsverträge der EU mit den USA und Kanada stoßen auch auf kommunaler Ebene zunehmend auf Widerstand: Allein in Deutschland haben inzwischen 200 Städte, Gemeinden und Landkreise kritische Stellungnahmen zu TTIP, CETA und dem Dienstleistungsabkommen TiSA verabschiedet – darunter elf Landeshauptstädte sowie die Millionenstadt Köln. Sie befürchten eine massive Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung. In vielen Kommunen wurden die kritischen Beschlüsse fraktionsübergreifend und mit breiter Mehrheit gefasst.

Karte : Übersicht über die TTIP-freie Kommunen

"Die geplanten Handelsabkommen hätten fatale Auswirkungen auf das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen. Wie die zahlreichen Resolutionen zeigen, erkennen dies auch immer mehr Kommunalvertreterinnen und -vertreter – und zwar unabhängig davon, welchem politischen Lager sie angehören", sagte Norbert Baumgarten von **Attac**.

Das globalisierungskritische Netzwerk hat das Projekt "**TTIP-freie Kommunen**" 2014 in mehreren europäischen Ländern gestartet. In Deutschland arbeitet seit Oktober das **Umweltinstitut München** mit. Beide Organisationen rufen alle Städte und Gemeinden dazu auf, sich über die Gefahren durch die Freihandelsabkommen zu informieren und ihren Widerspruch öffentlich zu machen. Dafür stellen sie Informationen sowie eine Muster-Resolution zur Verfügung und dokumentieren TTIP-kritische Beschlüsse.

Städte und Gemeinden erbringen einen wesentlichen Teil der öffentlichen Dienstleistungen in Deutschland, sei es in der Jugendarbeit, in der Bildung oder bei der Versorgung mit sauberem Trinkwasser. In den vergangenen 20 Jahren haben Konzerne immer wieder versucht, möglichst viele dieser kommunalen Dienstleistungen zu privatisieren. Mit TTIP, CETA und TiSA sollen Kommunen gezwungen werden, den Markt für öffentliche Dienstleistungen zu öffnen. So hat etwa die Stadt Köln in einer eigens für CETA erstellten Ausarbeitung jene Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge aufgelistet, die durch das geplante Abkommen mit Kanada nicht oder nur unzureichend geschützt wären – wozu sämtliche öffentlichen Netze für Strom, Gas und Abwasser gehören.

Karl Bär vom Umweltinstitut München erklärte: *"Wenn die Abkommen Rechtskraft erlangen, droht eine neue Privatisierungswelle in den Kommunen – ganz egal, ob es sich um soziale Dienste, Jugendarbeit oder Bildungsangebote handelt. Rekommunalisierungen werden kaum noch möglich sein."* Der ebenfalls in den Handelsabkommen festgeschriebene Investorenschutz würde laut Attac und Umweltinstitut eine weitere Einschränkung kommunaler Handlungsspielräume bedeuten. So könnte ein Investor sogar Schadensersatz fordern, wenn er seine Gewinnerwartungen beispielsweise durch verschärfte Umweltauflagen der Kommune oder Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung eingeschränkt sieht.

http://www.attac.de/neuigkeiten

Das **„Kölner Bündnis gegen TTIP"** feiert den Ratsbeschluss, mit dem sich die große Mehrheit der Lokalpolitik gegen das Freihandelsabkommen mit den USA ausgesprochen hat. Der Bürgerantrag von Christine Reinicke ist mit Ausnahme von sechs Politikern der FDP und der Freien Wähler von allen Parteien in einer von SPD, CDU, Grünen, Linken, Deine Freunde und Piraten unterzeichneten Neufassung zu einer Resolution geworden. Sie richtet sich auch gegen das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada (CETA) und das Dienstleistungsabkommen TISA, von dem unter anderem die USA profitieren würden.
„Es ist zu befürchten, dass CETA, TTIP und TISA die demokratische Handlungsautonomie von Kommunen deutlich einschränken und weitreichende negative Folgen für die Unabhängigkeit der Justiz und für europäische Standards im Sozialbereich und bei Gesundheits-, Verbraucher- und Datenschutz, Umwelt- und Lebensmittelstandards haben würden", heißt es in der Resolution. Der Rat fordert einen Stopp der Verhandlungen.
http://www.rundschau-online.de

Griechenland

Vernetzungsversammlung auf dem Weltsozialforum

Bauen wir ein anderes Europa - höchste Zeit zu handeln!

Initiiert wurde diese Versammlung vom Europäischen Attac Netzwerk, Altersummit, CADTM, Transnational Institut, Transform, Arci Italien gewesen. An der Debatte und der Formulierung beteiligt waren auch Vertreter von Syriza, der griechischen Grassrootbewegung, Podemos und M15.

Die Vernetzungsversammlung vom 28. März 2015 auf dem Weltsozialforum in Tunis drückt ihre **volle Solidarität mit der griechischen Bevölkerung** aus, die gegen die Austeritätspolitik kämpft und sich für Demokratie, soziale Veränderungen und ein anderes Europa einsetzt.

Wir, die wir hier versammelt sind, sind davon überzeugt, dass den griechischen und europäischen sozialen Bewegungen eine entscheidende Rolle zukommt und dass sie in den nächsten Wochen aktiv werden müssen, um der Erpressung der griechischen Regierung und der griechischen Bevölkerung durch die europäischen Institutionen entschlossen entgegenzutreten.

In Übereinstimmung mit der Erklärung deutscher Gewerkschaftsmitglieder *„Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa“* (1) und der Erklärung der Vollversammlung von Alter Summit *„Give Greece a chance“* (2), die von mehreren Netzwerken in Europa unterstützt wird, schlagen wir den sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und den politischen Parteien mehrere Aktivitäten vor:

– am **1. Mai 2015** überall in Europa unsere Solidarität mit der griechischen Bevölkerung auszudrücken und dazu aufzurufen, dass am selben Tag internationale Delegationen in Athen anwesend sind;
– sich am **2. Mai 2015** in Athen zu versammeln, um über gemeinsame Solidaritätsaktionen zu beraten und zu beschließen;
– am Festival **„Solidarität für alle“ Mitte Juni 2015** aktiv teilzunehmen, um daraus eine breite Mobilisierung der Basisbewegungen zur Solidarität mit der griechischen Bevölkerung zu schaffen;
– das **„Gipfeltreffen der Völker“** in Brüssel **am 8. und 9. Juni 2015** zur intensiven Aufklärung über die Kämpfe der griechischen Bevölkerung zu nutzen;
– für eine **Woche dezentraler Aktionen** gegen die Austeritätspolitik und für die Solidarität mit der griechischen Bevölkerung **im Juni 2015** zu mobilisieren (der Termin richtet sich nach dem Fortgang der Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den europäischen Institutionen);
– in einer europäischen Hauptstadt im Herbst 2015 **eine europäische Bürgerversammlung zu den Schulden** durchzuführen;
– in Athen im Herbst 2015 eine **bedeutende soziale und politische Zusammenkunft** zu organisieren.

Die Zukunft der Menschen in Europa ist mit der Zukunft der griechischen Bevölkerung verbunden. Zusammen bauen wir ein anderes Europa! Jetzt müssen wir handeln!

Wir rufen den **Internationalen Rat des Weltsozialforums** dazu auf, sich aktiv in die solidarische Unterstützung der Bevölkerung, der Bewegungen und der Regierung in Griechenland einzubringen und dafür seine Kommunikationsmittel einzusetzen, um Informationen zu verbreiten und damit die globale Mobilisierung zu befördern. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang das Abhalten einer **Strategiekonferenz in Athen im ersten Halbjahr 2016**, an der der Internationale Rat des Weltsozialforums, europäische Netzwerke und internationale Akteure teilnehmen sollen.

Tunis, 28. März 2015

(1) **http://www.europa-neu-begruenden.de**/wp-content/uploads/2015/02/d_griechenland_nach_der_wahl1.pdf (2) http://www.altersummit.eu/accueil/article/give-greece-a-chance-261?lang=de

GRIECHENLAND: SOLIDARITÄT - NETZWERKE - INFORMATIONEN - ANALYSEN

Videos

Harald Schumann : "Die Spur der Troika" (44 Min / ARD)
"Macht ohne Kontrolle: Die Troika" (1 Std 30 Min / ARTE / lange Version von „Spur der Troika“)
"**Die Anstalt**" (31. März); Letzter Beitrag: Reparationen

Vernetzung von Solidaritätsgruppen

- Vernetzung deutschsprachiger Solidaritätsgruppen:
http://griechenlandsoli.com/category/soligruppen/

- in Großbritannien: Greece solidarity campaign,
http://greecesolidarity.org/

- in Frankreich: Avec les Grecs!, http://aveclesgrecs.com/

Europäische Netzwerke

AlterSummit, http://www.altersummit.eu/
Blockupy: http://blockupy.org/en/ ,
Transform! http://www.transform-network.net

Informationen und Analysen

Beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise , Rosa-Luxemburg-Stiftung
http://www.hintergrund.de/politik/politik-eu.html
http://www.nachdenkseiten.de
http://www.neues-deutschland.de/dossiers/327.html
http://www.zeitschrift-luxemburg.de/europaeischer-fruehling/

Fremdsprachige Seiten:
http://www.stokokkino.gr/index_en.php
(**Griechischer Radiosender**: Webseite mit *internationalem Teil*)
http://syriza-fr.org/, **http://www.thepressproject.net**
http://analyzegreece.com/
(gemeinsames Projekt von Enthemata und *Red Notebook.)*
http://cadtm.org/Debt-of-the-Northern-countries,613
(unterstützt die Wahrheitskommission über die griechischen Staatsschulden)

SiG Sondernummer über Griechenland

Widerstand gegen die Troika-Diktate; Solidarität und Aktionen (Weltsozialforum, Tsipras, AlterSummit, Blockupy, Internationaler Gewerkschaftsbund, Europäischer Gewerkschaftsbund, DGB,...)

Überprüfung der Schulden (M. Husson, E. Toussaint, Wahrheitskommission in Griechenland)

Humanitäre Krise (Hans-Böckler-Stiftung)

Einschätzung der politischen Situation (H.-J. Urban, H. Flassbeck, R. Hickel, K.-H. Roth, M. Krätke)

Erneuerung Europas: Für eine gemeinsame sozial-ökologische Industriepolitik

http://www.attac.de/uploads/media/sig_sn_april_2015_griechenland.pdf

Sand im Getriebe 114: Der politische Erdrutsch in Griechenland ist eine Chance für Europa!

Griechenland nach der Wahl − Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa

Syrizas Wahl-Programm

Alexis Tsipras an Deutschland: „Was Ihnen bisher nie über Griechenland gesagt wurde“

Einschätzungen zu der neuen Regierung

Eric Toussaint: Und wenn Syriza die Europäische Union (EU) beim Wort nehmen und Griechenlands Schulden prüfen würde?

Manolis Glezos: Deutschland und Griechenland haben bisher offiziell keinen Friedensvertrag abgeschlossen

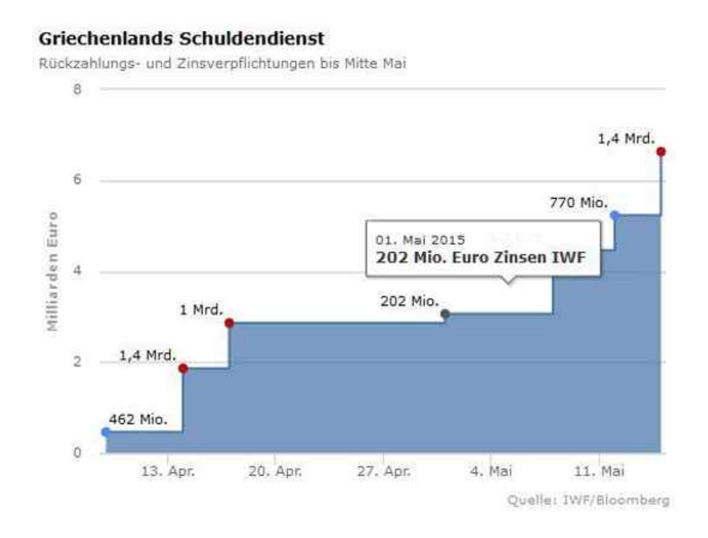
FaktenCheck:HELLAS – Ausgabe 2, Ansichtsexemplar

FaktenCheck:HELLAS (http://faktencheckhellas.org/ ?erscheint in einer Zeit, in der sich die soziale Krise in Griechenland, unter der vor allem die Bevölkerung leidet, dramatisch zuspitzt, in einer Zeit, in der Millionen Menschen in Europa hoffen, dass sich der Neubeginn in Griechenland zu einem demokratischen und sozialen Aufbruch in ganz Europa entwickelt.

Inhalte der zweiten Ausgabe u.a.:

- „Reformprogramm“= 1. neue Rentenkürzungen, 2. neue Privatisierungen und 3. neue Mehrwertsteuererhöhung.
- Es heißt: „Reiche Griechen zahlen so gut wie keine Steuern.“ Stimmt! Das ist EU-weit so. Die neue Regierung in Athen will damit Schluss machen.
- Zerstörung der weitgehend kostenlosen, allgemeinen Gesundheitsversorgung. 40 alternativen Gesundheitszentren, in denen Ärztinnen und Ärzte und Pflegepersonal unentgeltlich arbeiten.
- 100 Tage Syriza-Regierung
- Handelsbilanzüberschüssen / Handelsbilanzdefiziten

Griechenlands Schuldendienst



In den nächsten Wochen und Monaten steht die Linksregierung in Athen vor enormen finanziellen Zins- und Tilgungsverpflichtungen, die die laufende Wirtschaftsleistung Griechenlands deutlich überfordern. So werden **im Juli und August insgesamt 6,7 Mrd. Euro an die EZB** fällig.

Die Regierung in Athen ringt seit ihrem Wahlsieg Ende Januar mit der Euro-Gruppe und dem IWF um die Reformauflagen für weitere Zahlungen von 7,2 Mrd. Euro aus dem zweiten Hilfsprogramm, das Ende Juni abläuft.

Der Druck auf die Regierung wächst. Allein die Kosten für die laufenden Verpflichtungen im eigenen Land, wie Staatsgehälter und Pensionen, betragen 2,4 Mrd. Euro.

An den IWF werden am 1. Mai 203 Mio. Euro, am 12. Mai 770 Mio. Euro und im Juni noch einmal 1,6 Mrd. Euro fällig.

Aus:
http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/die-politische-elite-will-den-grexit/

Jubilee Debt: IWF machte 2,5 Milliarden Euro Profit mit Griechenlandkrediten

Im Vorfeld der Zahlung von 462 Millionen Euro Griechenlands an den Internationalen Währungsfond (IWF) am 9. April, veröffentlichte die britische Nichtregierungsorganisation Jubilee Debt Campaign Zahlen, die zeigen, dass der IWF **seit 2010** mit den Krediten für Griechenland **2,5 Milliarden Euro Profit** gemacht hat. Wenn Griechenland die volle Höhe der Kreditschulden bis zum Jahr 2024 zurückzahlen würde, betrüge der Profit des IWF 4,3 Milliarden Euro.

Der IWF verlangt für die Kredite an Griechenland einen effektiven **Jahreszins von 3,6 Prozent**. Viel mehr als alle seine Kosten, die derzeit bei **0,9 Prozent** liegen. Hätte Griechenland seit 2010 nur diese tatsächliche Zinsrate an den IWF gezahlt, hätte es 2,5 Milliarden Euro weniger zahlen müssen.

Aus all den Schuldenkrediten, die der IWF in den Jahren 2010-2014 vergab, erzielte er einen Gesamtprofit von 8,4 Milliarden Euro, mehr als ein Viertel stammt davon aus Griechenland. Addiert man das ganze Geld nun zu den Reserven des Währungsfonds, machen diese nun 19 Milliarden Euro aus. Diese Reserven dienen dazu, die Kosten zu decken, die entstünden, wenn ein Land mit Schuldrückzahlungen in Verzug gerät. Griechenlands Gesamtschulden beim IWF belaufen sich derzeit auf 24 Milliarden Euro.

Tim Jones, Wirtschaftswissenschaftler von Jubilee Debt Campaign, sagt: *„Die Kredite des IWF haben nicht nur Banken gerettet, die von vornherein verantwortungslos Geld verliehen haben, es wurde sogar noch mehr Geld aus dem Land geholt. Diese Wucherzinsen kommen noch zu den ungerechten Schulden hinzu, die den Griechen aufgezwungen wurden.“*

http://jubileedebt.org.uk/news/imf-made-e2-5-billion-profit-greece-loans
(Übersetzung: Sabine Gondro)

Zoe Konstantopoulou, Präsidentin des griechischen Parlaments

Wahrheitskommission über die Staatsschulden

Meine Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihre heutige Teilnahme an diesem Ereignis vom **4. April**, das von historischer Bedeutung ist und das den **Beginn der Entschädigung einer wahren Schuld** markiert: die Schuld, die Wahrheit zu sagen und Rechenschaft gegenüber dem Volk abzulegen und darüber, wie die Schulden aufgenommen und aufgebläht wurden. Schulden, die auf den Schultern der Bürger und der neuen Generationen lasten. **Staatsschulden werden verwendet als ein Instrument der Erpressung und der Kontrolle**, als Mittel zur Unterwerfung, unter Bedingungen, die nichts zu tun haben mit einem der Ziele der europäischen Verträge: die Prosperität der Völker und der Gesellschaften zu garantieren. Bedingungen, die anstatt die allgemeinen Prinzipien der Demokratie, der Gleichheit, des Respekts der Menschenrechte und der Freiheiten sowie des sozialen Fortschritts zu garantieren, zu einer Verengung des demokratischen Raums, Diskriminierung, Ausschluss, Not und humanitären Krisen führen.

Die **Schulden** bilden nicht ein Zeichen unserer Zeit. Sie sind vielmehr das **Ergebnis von Handlungen und Auslassungen**, von leoninischen Darlehensverträgen mit übermäßigen Zinsen, von Finanzhandlungen und auch von Verträgen gekennzeichnet durch Korruption, die die Schulden enorm ansteigen ließen und deren Beweis in den unzähligen im Parlament und bei der Justiz befindlichen Unterlagen zu finden ist.

Die **Schulden sind nicht unbestreitbar**. Solange diese nicht kontrolliert und entschlüsselt werden, solange sie nicht analysiert werden, werden Zweifel bestehen bleiben: **Welcher Teil davon ist möglicherweise illegitim? Oder illegal? Oder verabscheuungswürdig?** Dieses tragische Problem verfolgt, all die letzten Jahre, das Kollektivbewusstsein und hat sich in einer Forderung konkretisiert, die Ausdruck der demokratischen Rechte all derjenigen ist, die die Schulden zu zahlen haben, nämlich zu erfahren, wie diese Schulden entstanden sind, wie sie sich zusammensetzen und auch in der Macht, sich gegen die Rückzahlungspflicht wehren zu können und ihre Anullierung zu verlangen.

Die Aufsicht über die Staatsschulden ist nicht nur ein demokratisches Recht der Bürger, sie ist auch ein souveränes Recht der Völker.
Gleichzeitig ist sie, im Europäischen Recht eingefügt, eine institutionelle Pflicht des Staates. Das heißt, sie bildet eine internationale Verpflichtung, ausgedrückt in einer Form, die viele, solange sie sich ausschließlich auf finanzielle Pflichten beschränkt, mögen, und dabei vergessen, dass die höheren Verpflichtungen eines Landes diejenigen sind, die die Demokratie, die Transparenz und die Rechte und Freiheiten der Menschen betreffen sowie all die Aspekte, die das Leben lebenswürdig machen.

Die Schulden können nicht in Verluste und Profite reduziert werden, da menschliches Leben involviert ist. **Millionen von Menschenleben gingen wegen der Rückzahlungen der Schulden verloren** und Millionen von Menschen wurden erniedrigt und deren Leben zerstört. Heute will ich **an fünf Menschen** aus verschiedenen Generationen **erinnern**:
- das kleine Mädchen, Tochter von Einwanderern und Schülerin in einer Grundschule, das in einer Wohnung ohne Strom, in der es vor einigen Monaten mit seiner Mutter lebte, im Dezember 2013 wegen der Einatmung giftiger Gase aus einem Kohleofen starb.
- der 19-jährige Junge, der im Sommer 2013 starb, als er versuchte in einem Bus einer Fahrscheinkontrolle zu entwischen.
- die zwei 19- und 20-jährigen Jungen, Studierende in Larissa, die im März 2013 auch von den aus einem Kohleofen entstandenen Gasen starben.
- letztendlich, Dimiris Hristoulas, der pensionierte Apotheker, der vor genau drei Jahren entschied, vor dem Denkmal des unbekannten Soldaten, genau vor dem Parlamentsgebäude, sich das Leben zu nehmen, da er sich weigerte, ein so dermaßen erniedrigtes Leben zu führen, das ihn zwang, sich aus Müllcontainern zu ernähren.

Die **Wahrheitskommission** über die Staatsschulden hat deswegen eine Verpflichtung gegenüber diesen Menschen.
Die Wahrheitskommission über die Staatsschulden, gegründet vom griechischen Parlament, ist ein wertvolles Instrument, das das Parlament der Gesellschaft und der Demokratie zur Verfügung stellt.
Ein Werkzeug im Dienst der Wahrheitsfindung, der Wiedergutmachung der Ungerechtigkeit, der Dignität, des Sozial- und Demokratieschutzes, des Protestes und der Opposition gegen eine Politik, die die Gesellschaft zerstört. Ein Instrument des Erwachens der Völker, der Gesellschaften und der Machthaber Europas. Ein Instrument der Solidarität.

Die heutige Präsenz der gesamten Direktion des Staates, des Präsidenten der Republik, des Premierministers, der Minister, der Vizepräsidenten des Parlamentes, der Repräsentanten der Justiz und anderer unabhängiger Amtsträger ist ein eindeutiger Beweis des Willens, das Audit der Staatsschulden beginnen zu lassen und bis zum Endergebnis zu führen.

Die wissenschaftliche Kompetenz, die Erfahrung und die Selbstlosigkeit der Männer und Frauen, die mit ihren Kenntnissen und Arbeit Ihre Beteiligung ohne zu zögern annahmen, bilden eine Garantie des Erfolges. Ich möchte ganz besonders denjenigen danken, die diesen Appell folgten und den Wissenschaftlern und Experten, die prompt aus dem Ausland und auch aus Griechenland kamen.
Ich danke auch für die weltweite Unterstützung durch Wissenschaftler, Intellektuelle und soziale Bewegungen, was uns verpflichtet, diesen Prozeß zu beginnen und weiterzuführen.

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen die **Entscheidung Nummer 1448 der Präsidentin des Parlamentes vom 4. April 2015** mit, die den Sonderausschuss für die Wahrheitsfindung betreffend der Auf- und Zunahme der Staatschulden, das Audit dieser Schulden und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit des griechischen Parlamentes mit dem Europäischen Parlament, mit Parlamenten anderer Nationen und mit internationalen Organismen bezüglich der Staatschulden ins Leben ruft, mit dem Ziel, die Gesellschaft, die internationale Gemeinschaft und die internationale öffentliche Meinung zu sensibilisieren und zum Handeln aufzufordern.

Diese Kommission wird den Namen **Wahrheitsausschuss über die Staatsschulden** tragen. Ich will insbesondere **Sofia Sakorafa** danken, dass sie die Verantwortung für die Beziehung dieses Ausschusses mit dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten trägt. Ich möchte auch **Eric Toussaint** danken, dass er die Koordination der Arbeit des internationalen Teams akzeptiert hat. Besonderen Dank auch an die **Dienste des Parlamentes,** insbesondere dem wissenschaftlichen Dienst und dem Haushaltsbüro des Parlamentes, die den Ausschuss mit der Organisierung von Arbeitsgruppen unterstützen werden. Mit dieser Einführung gebe ich das Wort an die Tribüne, damit der Präsident der Republik, Herr Prokopis Pavlopoulos, die Arbeit des Ausschusses willkommen heißen kann.

Übersetzung: David García – Quelle: Griechisches Parlament, 04/04/2015

Artikel in Tlaxcala veröffentlicht:
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=14513

Michel Husson
Die griechischen Staatsschulden vor der Krise

***März 2015** - Michel Husson ist Mitglied der „Wahrheitskommission“ über die griechischen Staatsschulden*

I. Warum betrug in Griechenland vor der Krise das Verhältnis der Schulden zum BIP 100%?

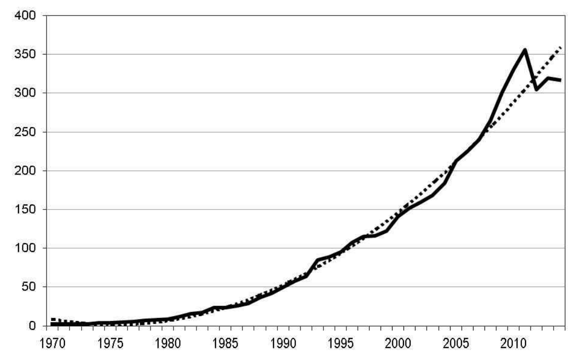
2007 betrugen die griechischen Staatsschulden 103% des BIP (Bruttoinlandsprodukts). Diese Höhe der Staatsschulden erklärt zum Teil, warum Griechenland besonders durch die Krise betroffen war. Deshalb befassen wir uns mit der Periode vor dem Ausbruch der Krise (1988-2007). Weil die Staatsschulden die Charakteristik haben, sich von einem Jahr ins andere fortzusetzen, ist die derzeitige Verschuldung das Erbe früherer Entwicklungen. Dieses kurze Dokument versucht dieses „Erbe“ zu quantifizieren. Nimmt man die Methode, die in Frankreich vom Bündnis für eine Überprüfung der Staatsschulden durch die Bürger benutzt wurde (1) , ergibt sich das folgende **Resultat:**

Die Hälfte der Staatsschulden, die Griechenland vor der Krise aufgenommen hat, können den extrem hohen Zinssätzen zugeschrieben werden (zwischen 1988 und 2000), und dem Rückgang der Staatseinnahmen von 2000 bis zur Krise. Ohne diese Fehlentwicklungen hätten sie nur 49% des BIP von 2007 betragen.
Wir können deshalb annehmen, dass 2007 die Hälfte der Staatsschulden Griechenlands illegitim waren, weil sie auf einem Abzug von Werten durch inländische und ausländische Kreditgeber basierten, zumal die Verringerung der Staatseinnahmen im Wesentlichen nur der Oligarchie oder den Firmen genutzt hat, ohne der Mehrheit der griechischen Bevölkerung Vorteile zu bringen.

Eine kurze Geschichte der griechischen Staatsschulden (1988 – 2007)

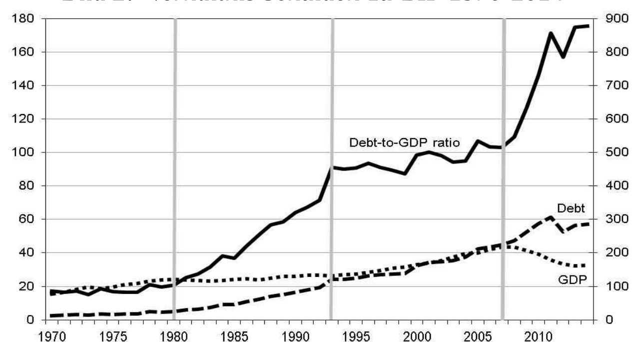
Die griechischen Staatsschulden sind von 2,2 Milliarden Euro im Jahre 1970 auf 317,2 Milliarden (2) im Jahre 2014 gewachsen. Sie wurden, inflationsbereinigt, um den Faktor 21 vervielfacht und ihr Wachstum scheint exponentiell (Bild 1).

Bild 1: Griechische Staatsschulden 1970-2014



Das ist jedoch eine optische Täuschung. Wenn wir genauer auf das Verhältnis Schulden-zu-BIP schauen, können wir vier Abschnitte unterscheiden (Bild 2):
1970-1980: Niedrige Höhe und langsame Zunahme von 17,1% auf 20,8%
1980-1993: starke Zunahme von 20,8% auf 91,2%
1993-2007: quasi-Stabilisierung von 91,2% auf 103,1%
2007-2014: starke Zunahme von 103,1% auf 175,4%

Bild 2: Verhältnis Schulden-zu-BIP 1970-2014



Verhältnis Schulden-zu BIP in Prozenten: (linke Skala)
Staatsschulden und BIP: Mrd. Euro auf Preisbasis 2005(rechte Skala)

Einzelne Bestandteile der griechischen Staatsschulden

Als die Krise hereinbrach, betrugen die griechischen Staatsschulden etwa 100% des BIP, wogegen dieses Verhältnis 1980 bei 20% war. Die Frage, die zu klären ist, lautet, warum die Staatsschulden um 80 Prozentpunkte des BIP, im Wesentlichen zwischen 1980 und 1983, zunahmen? Für jedes Jahr können die Staatsschulden in zwei Komponente unterschieden werden:

- Zinszahlungen
- Primärdefizit (ohne Zinsen), bereinigt um die „Bestandsanpassung“ (Stock-flow)

Während dieser Zeit ist der größter Teil der Zunahme der Staatsschulden offensichtlich durch die Zahlung von Zinsen verursacht worden (Bild 3)

Bild 3: Bestandteile der Zunahme von Staatsschulden

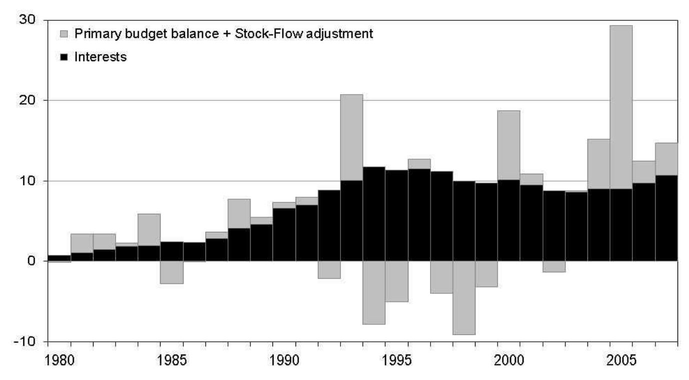


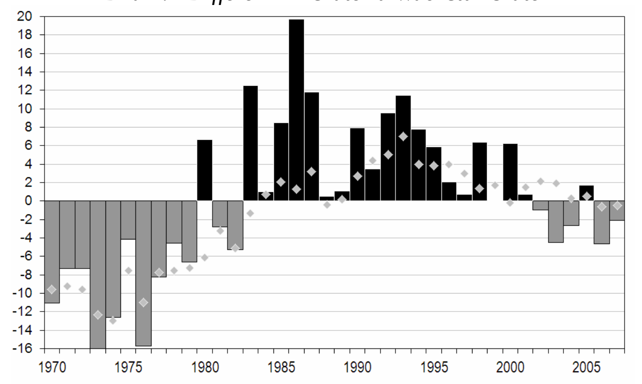
Tabelle 1 unten ist eine Zusammenfassung der Anteile der unterschiedlichen Faktoren bei der Veränderung in dem Verhältnis der Schulden-zu-BIP zwischen 1980 und 1993. Zinszahlungen tragen 57% zu den Veränderungen der Staatsschulden bei, und dieser Anteil erhöhte sich auf 65% zwischen 1988 und 1993.

Tabelle 1

	1980-1993	1980-1988	1988-1993
Veränderung in dem Verhältnis Schulden-zu-BIP	**70,4**	36,0	34,4
Davon Zinszahlungen	**40,0**	17,9	22,2
Primär Bilanz	**28,8**	16,2	12,6
Bestandsanpassung	**1,6**	2,0	-0,4

Die Last der Zinszahlungen ist im Wesentlichen von dem „Schneeball"-Effekt bestimmt, welcher dann entsteht, wenn die Zinsrate bei der Bedienung der Staatsschulden höher ist als die Wachstumsrate des BIP. Wenn diese „Differenz der Zinsrate zur Wachstumsrate" positiv ist, wächst das Verhältnis der Schulden zum BIP selbst dann, wenn die fiskalische Primärbilanz (Zinsenzahlungen ausgeklammert) null beträgt.
Die „Differenz der Zinsrate zur BIP-Wachstumsrate" ist negativ bis Anfang 1980 und wird positiv während der nächsten zwei Dekaden. Sie erreicht bisweilen extrem hohe Werte für den gleichen Indikator im Vergleich zu Frankreich (Bild 4).

Bild 4: Differenz Zinsrate zu Wachstumsrate



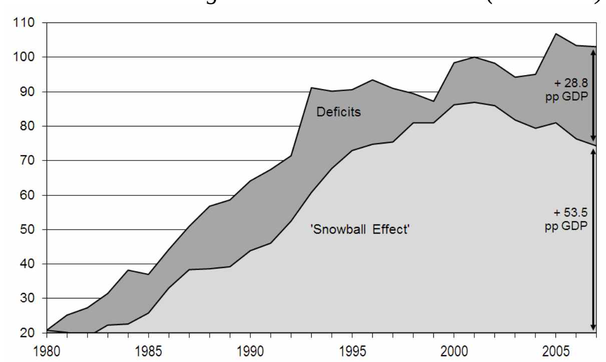
'Rauten' = Differenz der Zinsrate zur BIP-Wachstumsrate in Frankreich (Quelle: Insee)

Zwischen 1980 und 2007 hat in Griechenland das Verhältnis Schulden-zu-BIP von 20,8% auf 103,1% zugenommen. Diese Zunahme von 82,3 Prozent Punkte des BIP kann in zwei Komponenten aufgeteilt werden:

- 53,5 %-Punkte beziehen sich auf die kumulative Wirkung der Zinszahlungen („Schneeball-Effekt")
- 28,8 %-Punkte beziehen sich auf die kumulierten Defizite (inklusive Bestandsänderungen)

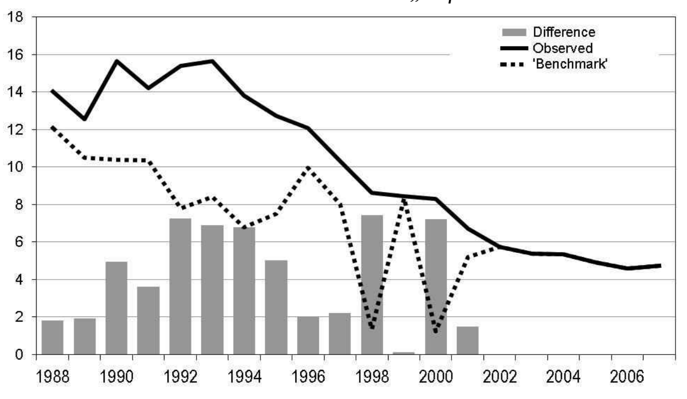
Bild 5 unten zeigt diese Aufteilung

Bild 5: Anteile der griechischen Staatsschulden (% der BIP)



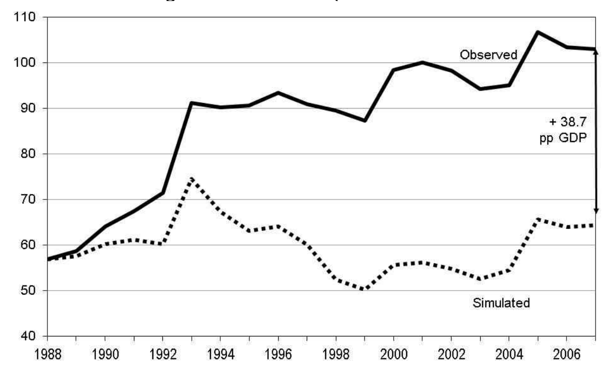
Die Wirkung von exzessiven Zinsraten
Über zwei Dekaden wurden die griechischen Staatsschulden mittels exzessiver Zinsraten finanziert, was zu einer steilen Zunahme der Staatsschulden führte. Um die Wirkung dieser exzessiven Zinsraten zu messen, definieren wir eine Referenz-Zinsrate, indem wir annehmen, dass eine reale Zinsrate niemals einen Wert von 3% überstiegen hätte. (1)
Wir vergleichen diese „ Referenz-Zinsrate" mit der wirklichen Zinsrate (Bild 6). Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen beiden Raten: Über die Periode 1988-2000 ist der Unterschied durchschnittlich mehr als 4 Punkte pro Jahr. Obwohl der angenommene Referenzwert der normalerweise übliche ist, und deshalb anfechtbar, ist diese Unterschied exorbitant. (2)

Bild 6: Zinsrate auf griechische Staatsschulden: Beobachtete Zinsrate und „Referenz"



Es ist möglich, die Wirkung dieser exzessiven Zinsraten im Hinblick auf die Dynamik der griechischen Staatsschulden zu bewerten. Die Methode ist einfach: Wir ersetzen die effektive Zinsrate durch unseren Referenzwert und behalten dabei die jeweilige Höhe des Budgetdefizits. Das Ergebnis der Simulation wird in Bild 7 gezeigt. (3)
Wenn die Zinsrate für die griechischen Staatsschulden zwischen 1980 und 2000 nicht weggerutscht wäre, wäre das Verhältnis Schulden-zu-BIP im Jahre2007 64% gewesen statt 103,1%. Ein Unterschied von 38,7 Prozent Punkte des BIP.

Bild 7: Auswirkung von Zinssätzen (Staatsschulden als % des BIP)

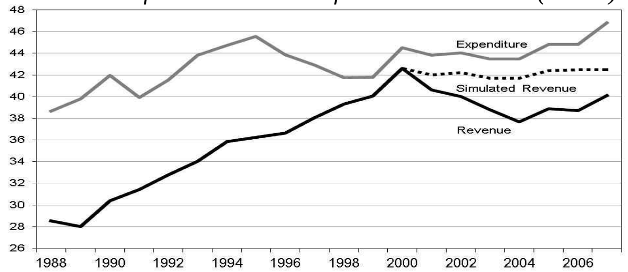


Die Auswirkung von niedrigeren Staatseinnahmen.

Die griechische Wirtschaft wird charakterisiert durch ein chronisches Budget-Defizit, das auf langer Sicht eher das Resultat von ungenügenden Einnahmen ist als von exzessiven Ausgaben. Dennoch sind in der Zeit vor der Aufnahme in den Euroraum die Einnahmen ständig gestiegen und die Ausgaben als Prozentanteil des BIP in etwa gleich geblieben (Bild 8). Das war ein klarer Hinweis auf den Willen, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen – zumindest den Grundsatz von einem öffentlichen Defizit unter 3% des BIP. Wir wissen, dass die griechischen Statistiken manipuliert waren (mit Hilfe von Goldman Sachs), aber die Daten, die heute vorliegen sind "bereinigt" und von der Europäischen Kommission genehmigt worden. Sobald jedoch Griechenland 2001 demEuroraum beitrat, haben die Staatseinnahmen, immer bezogen auf das BIP, angefangen so schnell zu fallen, wie sie vorher gestiegen waren. Dann, von 2005 an, ist die Zunahme der Ausgaben von eine langsameren Erhöhung der Einnahmen begleitet worden.

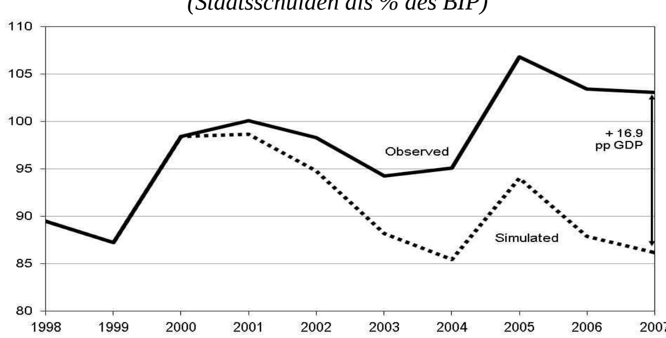
Um die Auswirkung dieser Verringerung von Einnahmen auf die Staatsschulden zu erkennen, bauen wir ein kontrafaktisches Szenario auf, wonach die Regierungseinnahmen, als Anteil des BIP, zwischen 2000 und 2007 etwa gleich geblieben wären. (Bild 8)

Bild 8: Kontrafaktisches Szenario für Staatseinnahmen (% BIP)



Diese Simulation zeigt das folgende Ergebnis (siehe Bild 9).: **Wenn die Regierungseinnahmen seit 2000 nicht zurückgegangen wären hätten die griechischen Staatsschulden 86,2 % des BIP betragen statt 103,1%. Ein Unterschied von 16,9 Prozent Punkte des BIP.**

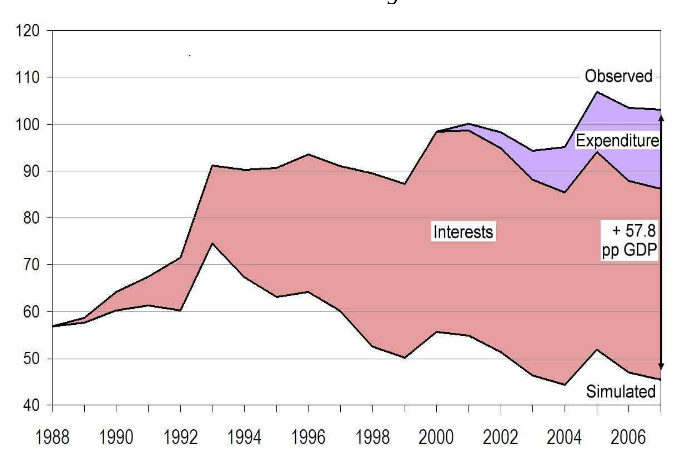
Bild 9: Auswirkungen des Rückgangs von Regierungseinnahmen (Staatsschulden als % des BIP)



Ein Szenario, das beide Effekte kombiniert

Die Kombination dieser beiden Szenarien („vernünftige" Zinsraten und konstant gebliebene Staatseinnahmen) führt zu dem Ergebnis, das in der Einleitung präsentiert wurde und im Bild 10 unten gezeigt wird:
2007 hätten die griechischen Staatsschulden nur 45 % des BIP ausgemacht statt 103,1%. Eine Differenz von 57,8% des BIP, das in die zwei Faktoren: Zinsfaktor (40,9 Punkte) und Einnahmen-Faktor (16,9 Punkte) aufgeteilt werden kann.

Bild 10: Kumulierte Auswirkung der beiden Szenarien



II. Vier Faktoren, die zum Anwachsen der griechischen Staatsschulden geführt haben

Ziel dieser Bemerkungen ist es, die Wirkung von vier Faktoren auf die öffentlichen Schulden Griechenlands zu untersuchen, welche, jenseits der aufeinander folgenden Haushaltsdefizite, zu deren Anwachsen beigetragen haben. Diese vier Faktoren sind folgende:

- Illegale Abflüsse von Kapital
- Überhöhte Militärausgaben
- Unzureichende Staatseinnahmen
- Rekapitalisierung der Banken

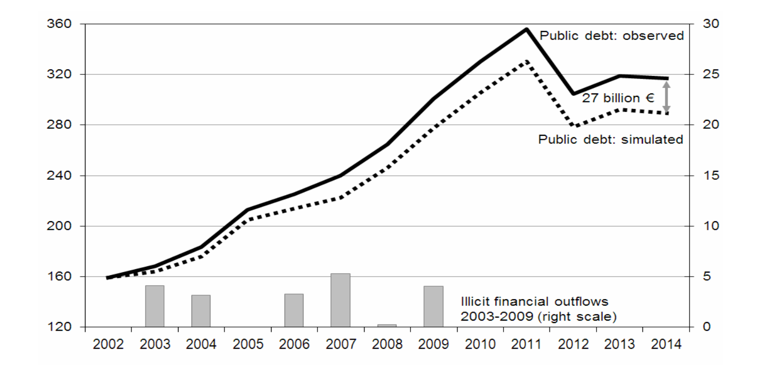
1. Kapitalflucht

Per Definition gibt es keine verlässliche Schätzung der Kapitalabflüsse. Es sind mehrere Beträge im Umlauf: Im Mai 2011 ging der griechische Finanzminister von 280 Milliarden € an griechischem Kapital in der Schweiz aus. Im Oktober des gleichen Jahres ging die *Financial Times Deutschland* von 165 Milliarden € aus, während die Schweizerische Nationalbank lediglich 3,36 Milliarden angab. Der frühere Premierminister Georgos Papandreou erklärte im August 2012, dass Griechenland ohne den Abfluss des Kapitals in die Steueroasen die Rettung (*„bailout"*) hätte vermeiden können.
Die in Washington beheimatete NGO *Global Financial Integrity* [http://www.gfintegrity.org/] bemüht sich um eine Einschätzung der illegalen Finanzströme. Ihre Methode ist einfach: Offizielle Quellen werden zur Grundlage genommen und es wird beispielsweise verglichen zwischen den aus Griechenland abgeflossenen Kapitalsummen und den im Rest der Welt eingetroffenen Kapitalsummen griechischer Herkunft. Der Unterschied zwischen beiden läßt abschätzen, wie hoch illegalen Kapitalbewegungen gewesen sind. Mit dieser Methodik können offensichtlich nur die am klarsten sichtbaren Kapitalbewegungen erkannt werden und die daraus resultierenden Ergebnisse müssen daher als unterbewertet angesehen werden.

Für Griechenland beziehen sich die detaillierten, zur Verfügung stehenden Daten auf den Zeitraum von 2003-2009.
Illegale Abflüsse vom griechischen Kapital zwischen 2003 und 2009 in Mrd. €

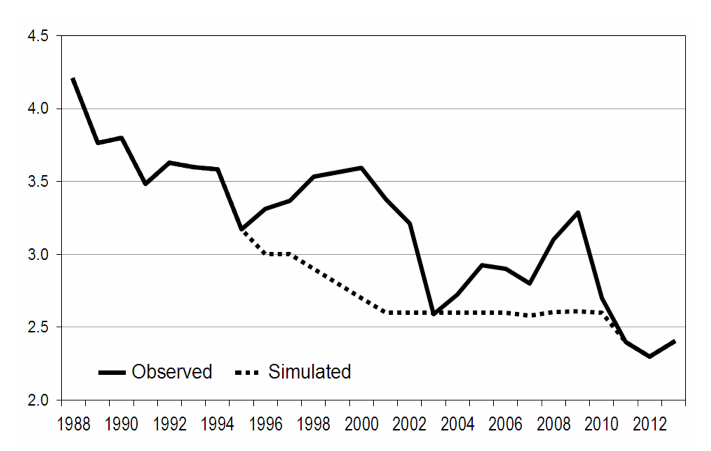
2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	**2003-2009**
41,2	31,8	0,0	33,0	53,1	2,8	40,5	**202,5**

Die Summe beträgt somit etwas mehr als 200 Milliarden € und liefert eine Einschätzung, die unterhalb der vorstehend zitierten liegt, welche sich lediglich auf die Schweiz bezieht. Um die Auswirkungen dieser illegalen Kapitalabflüsse einzuschätzen, nimmt man eine Einkommensteuer von 10 % an. Die hieraus direkt berechneten Steuerausfälle bewegen sich somit in einer Größenordnung von 20 Milliarden €. Doch muss die Anhäufung der Zinsen berücksichtigt werden: Die Simulation führt dann zu folgendem Ergebnis:
Falls eine angemessene Gesetzgebung die illegalen griechischen Kapitalabflüsse verhindert hätte und wenn letztere korrekt versteuert worden wären, würden die griechischen Staatsschulden im Jahre 2014 ***um 27 Milliarden € niedriger liegen*** *(290 Milliarden statt 317 Milliarden).*



2. Überhöhte Militärausgaben

Es ist bekannt, dass die griechischen Militärausgaben einen extrem hohen Anteil des Bruttoinlandsprodukts darstellen. Zwar ist dieser Anteil zurückgegangen, denn er fiel von über 4 % auf weniger als 2,5 % ab. Die Militärausgaben weisen jedoch zwischen 1995 und 2000 und nochmals von 2003 bis 2009 einen erneuten Anstieg auf. Daraus wurde eine maßvolle Hypothese abgeleitet, die sich darauf beschränkt, diese beiden Phasen des Anstiegs „auszuradieren", welche, wie bekannt, der französischen und der deutschen Industrie sehr genützt haben.



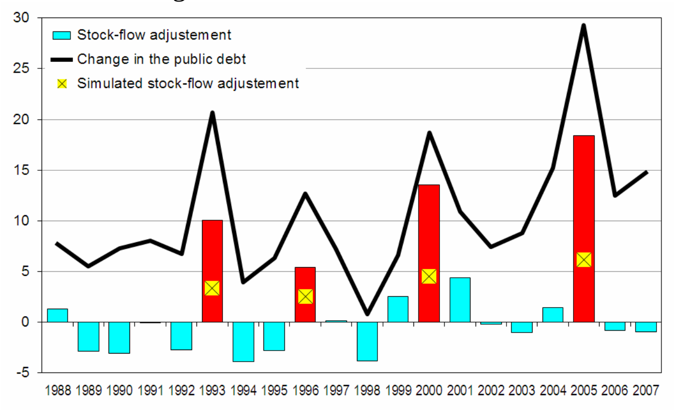
Quelle: SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute)

3. Unzureichende Staatseinnahmen

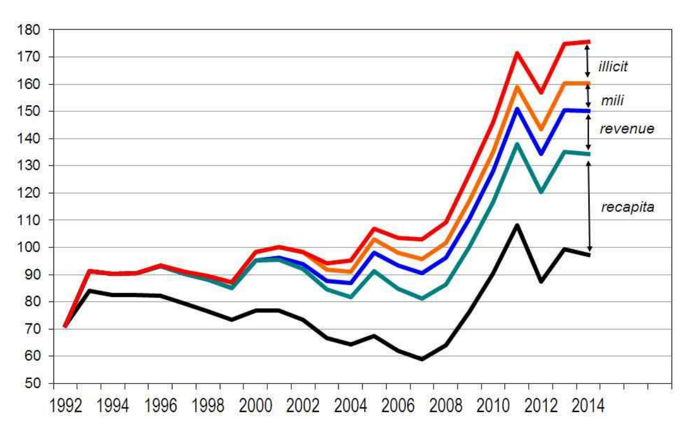
Wenn die Staatseinnahmen ab 2000 nicht gesunken wären, hätten die Staatsschulden im Jahre 2007 86,2% vom BIP statt 103,1% betragen. Diese benutzten Berechnungen [http://alencontre.org/europe/grece-pourquoi-une-dette-a-100-du-pib-avant-la-crise.html] werden hier halbiert, um wiederum eine „vernünftige" Simulation zu erhalten.

4. *Rekapitalisierung der Banken*

Man stellt fest, dass in manchen Jahren die *Zunahme* der Staatsschulden größer war als die Höhe des Haushaltsdefizits: um 10 Milliarden € im Jahr 1993; 5,4 in 1996; 13,5 in 2000 und 18,4 in 2005. Um die Auswirkungen dieser Transfers abzuschätzen, von denen angenommen wird, dass sie der Rekapitalisierung der griechischen Banken entsprechen, werden die festgestellten Werte um zwei Drittel vermindert.



Fazit:
Ohne diese vier Faktoren läge die Staatsverschuldung Griechenlands im Jahre 2014 bei 175,8 Milliarden anstatt bei 317,2 Milliarden, entsprechend 97,3 % des BIP anstatt 175,4 %.



Diese Simulationen sind soviel wert wie ihre Ausgangsannahmen, doch wurden diese eben „maßvoll" geeicht und so ist das hier ermittelte Ergebnis eher zu gering: ***Die Hälfte des Anstiegs der griechischen Staatsschulden zwischen 1992 und 2009 kann den in Betracht gezogenen Faktoren zugeschrieben werden.***
Griechenland wäre somit, ohne die illegalen Kapitalabflüsse, die exzessiven Militärausgaben, die unzureichenden Staatseinnahmen und eine Rekapitalisierung der Banken ohne Gegenleistungen, heute nicht stärker verschuldet als Frankreich (im Verhältnis zum BIP).

Fußnoten
(1) http://www.audit-citoyen.org/wp-content/uploads/2014/05/note-dette.pdf; In der Studie wird von dem gewöhnlichen realen Zinsatz von 2 Prozent ausgegangen, hinzu kommt 1% als „Risikoprämie".
(2) Daten der Ameco database, Europäische Kommission, http://goo.gl/H3iQNn
(3) Anm. von Michel Husson, 20.4.2015: Man bräuchte einen anderen Artikel, um die Ursachen für diese überhöhten Zinsraten zu untersuchen. Aber man kann schon sagen, dass damals die Zinsraten allgemein durch den Impuls der US-Währungspolitik und der Liberalisierungspolitik der Finanzmärkte in die Höhe geschossen sind. Im Falle von Griechenland kommt noch eine „Risiko-Prämie", aber auch ein richtiger Raubzug griechischer und ausländischer Banken, die den mangelnden Willen der griechischen Regierung, andere Finanzierungsquellen zu finden, ausgenutzt haben. Bei anderen Regierungen war es nicht anders.

Quelle: http://hussonet.free.fr/graudite.pdf
Übersetzung: Homi Kutar, Hans-Hermann Labohrer, coorditrad - Lektorat: SiG-Redaktion

Michel Husson:
Texte in Sand im Getriebe, u.a.:
Entwicklung einer Euro-Strategie, SiG 87
Eine kooperative Lösung für Europa, SiG 93
Der Boomerangeffekt der Globalisierung, SiG 99
Was tun mit den Schulden und mit dem Euro?, SiG 103

Eric Toussaint
Die griechischen Staatsschulden *vor* dem Eingreifen der Troika

Übersetzung eines Abschnitts des Textes „Pfade für eine Überprüfung der griechischen Staatsschulden“(20)

Zunächst gab es die Schulden, die die **Militärdiktatur** gemacht hatte und die sich von 1967 bis 1974 vervierfacht hatten. Ganz offensichtlich können diese Schulden als verabscheuungswürdig (odious debts) bezeichnet werden.

Es folgte der Skandal der **Olympischen Spiele** von 2004. Als die Regierung im Jahr 1997 den griechischen Bürgerinnen und Bürgern voller Stolz verkündete, Griechenland habe die Ehre, sieben Jahre später die Olympischen Spiele auszurichten, veranschlagten die Athener Behörden und das Internationale Olympische Komitee – Dave Zirin zufolge – die Ausgaben auf 1,3 Milliarden Dollar. Einige Jahre später hatten sich die Kosten auf das Vierfache erhöht und betrugen 5,3 Milliarden Dollar. (21) Direkt nach den Olympischen Spielen wurden offiziell Kosten von 14,2 Milliarden Dollar angegeben. Heute sollen die tatsächlichen Kosten nach verschiedenen Quellen 20 Milliarden Dollar übersteigen.

Seit mehreren Jahren sind zahlreiche Verträge, die zwischen den griechischen Behörden und **großen ausländischen Privatunternehmen** abgeschlossen wurden, zum Skandal geworden. Diese Verträge brachten einen Anstieg der Staatsverschuldung mit sich. Wir wollen einige Beispiele für die Verträge anführen, die Schlagzeilen gemacht haben.

- Der Skandal mit den **deutschen U-Booten** (produziert von der ***HDW***, die von Thyssen übernommen wurde) im Gesamtwert von fünf Milliarden Euro. Diese U-Boote hatten den Fehler, dass sie sich enorm – nach links (!) – neigten und eine fehlerhafte elektronische Ausrüstung hatten. Eine gerichtliche Untersuchung der eventuellen Verantwortlichkeiten (Korruption) ehemaliger Verteidigungsminister wird durchgeführt.
- Mehrere Verträge wurden mit dem deutschen transnationalen Unternehmen ***Siemens*** abgeschlossen, das sowohl von der deutschen wie von der griechischen Justiz beschuldigt wurde, dem damaligen politischen, militärischen und administrativen Personal Griechenlands Provisionen und andere Bestechungsgelder in Höhe von knapp einer Milliarde Euro gezahlt zu haben. Der Vorstandsvorsitzende der Firma *Siemens Hellas* (22), der zugegeben hat, die beiden großen griechischen Parteien „finanziert“ zu haben, ist 2010 nach Deutschland geflohen und die deutsche Justiz hat das Auslieferungsersuchen Griechenlands abgelehnt. Zu diesen Skandalen gehörten der Verkauf des Flugabwehrraketensystems Patriot (1999, zehn Millionen Euro Schmiergelder) durch *Siemens* und seine internationalen Partner, die Digitalisierung des Telefonnetzes des griechischen Telekommunikatonsunternehmens OTE (100 Millionen Euro Schmiergelder), das Sicherheitssystem „C4I“, das anlässlich der Olympischen Spiele 2004 gekauft wurde und nie funktioniert hat, der Verkauf von Material an die griechische Eisenbahn (OSE), der Verkauf des Kommunikationssystems Hermès an die griechische Armee und der Verkauf sehr teurer Krankenhausausstattungen an griechische Krankenhäuser.

Anfang März 2015 wurde in Athen ein Verfahren zu einem der zahlreichen Korruptionsfälle eröffnet, in die *Siemens* verwickelt ist, es betrifft den Fall OTE. (23) Unter den 64 Tatverdächtigen sind 13 deutsche Staatsangehörige, Führungskräfte der Muttergesellschaft. Laut der griechischen Justiz soll *Siemens* ungefähr 70 Millionen Euro gezahlt haben, um den Vertrag abschließen und das damalige staatliche griechische Telefonnetz OTE digitalisieren zu können (der Vertrag stammt von 1997). Zu den Tatverdächtigen gehört der ehemalige starke Mann von *Siemens Hellas*, Michalis Christoforakos, der nach Deutschland geflohen ist und dessen Auslieferung nach Griechenland die deutschen Behörden immer noch ablehnen. Die Klagen umfassen „Geldwäsche“ sowie „aktive und passive Korruption“. Theodoros Tsoukatos, Berater des früheren Ministerpräsidenten Kostas Simitis (PASOK) (24), befindet sich ebenfalls auf der Liste der Tatverdächtigen. „Tsoukatos scheint eine Million Deutsche Mark verteilt zu haben und hat erklärt, dass sich die Gelder in der Bilanz von PASOK wiederfinden.“ Die anderen Tatverdächtigen sind höhere Führungskräfte der griechischen Siemensfiliale sowie deutsche Staatsangehörige, die die Schmiergelder und Zahlungen gebilligt haben sollen. Der einzige griechische Politiker, der bis jetzt im Zusammenhang mit diesem Skandal verurteilt wurde, ist der ehemalige Verkehrsminister Tasos Mantelis. Er wurde 2011 zu drei Jahren Haft auf Bewährung verdonnert, nachdem er für schuldig befunden worden war, zwischen 1998 und 2000 von *Siemens* Zahlungen in Höhe von 450 000 Deutsche Mark (230 000 Euro) erhalten zu haben.

Es ist zu beachten, dass die Schweizer Justiz Anfang 2015 im Rahmen eines umfassenden Korruptions- und Geldwäscheskandals im Zusammenhang mit **Rüstungsverträgen** in Griechenland 35 Millionen Schweizer Franken auf Bankkonten beschlagnahmt hat. (25) In Griechenland sind in einer damit verbundenen Rechtssache, die ebenfalls im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waffen steht, bereits an die 15 Personen zu Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt worden. Dazu gehört der ehemalige griechische Verteidigungsminister Akis Tsochatzopoulos, der im Oktober 2013 wegen Geldwäsche im Umfang von mehr als sechs Millionen Euro aus Schmiergeldern zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. (26)

Für die Zeit vor der Krise von 2010 wird die Schuldenüberprüfung auch die Mitwirkung von ***Goldman Sachs*** bei der **Schönfärberei** des griechischen Haushalts und deren Auswirkung auf die Staatsschulden aufzeigen müssen. (27) Ebenso wird man darlegen müssen, welche Auswirkungen die Geschenke der griechischen Behörden an die griechischen **Banken** hatten und wie eines der größten griechischen Finanzimperien, das des Magnaten Latsis, auf illegitime und sogar illegale Weise davon profitiert hat. Auch die Auswirkung der illegalen Kapitalabwanderung und die Konsequenzen der Steuergeschenke an die Reichen und an die großen Unternehmen werden berücksichtigt werden. (28) Außerdem wird analysiert werden, wie sich der Eintritt in die Eurozone auf die griechischen Staatsschulden ausgewirkt hat.

(20) http://cadtm.org/Pistes-pour-l-audit-de-la-dette-de. Die Angaben in diesem Teil stammen teilweise aus meiner Studie von 2011: http://cadtm.org/Grece-Tout-un-symbole-de-dette. Sie wurde in Athen auf Englisch veröffentlicht in: Elena Papadopoulou und Gabriel Sakellaridis (Hrsg.), THE POLITICAL ECONOMY OF PUBLIC DEBT AND AUSTERITY IN THE EU, Transform, Athen 2012.

(21) Dave Zirin, The Great Olympics Scam, Cities Should Just Say No, www.counterpunch.org/zirin07052005.html: ‘But for those with shorter memories, one need only look to the 2004 Summer Games in Athens, which gutted the Greek economy. In 1997 when Athens “won” the games, city leaders and the International Olympic Committee estimated a cost of $1.3 billion. When the actual detailed planning was done, the price jumped to $5.3 billion. By the time the Games were over, Greece had spent some $14.2 billion, pushing the country’s budget deficit to record levels.’

(22) Über den Skandal um *Siemens Hellas* wurde dieser ausführliche Bericht veröffentlicht: http://www.scribd.com/doc/14433472/Siemens-Scandal-Siemens-Hellas. Die Vergehen, derer *Siemens* von der deutschen Justiz beschuldigt wurde, waren so offensichtlich, dass dieses Unternehmen einverstanden war, im Oktober 2007 eine Geldstrafe von 201 Millionen Euro an die deutschen Behörden zu zahlen, um einer rechtmäßigen Verurteilung zu entgehen. Der Skandal hat dem Image von *Siemens*

so sehr geschadet, dass dieser Global Player als Gegenmaßnahme auf seinem Internetportal an hervorgehobener Stelle verkündet, 100 Millionen Euro für einen Fonds zur Korruptionsbekämpfung gestiftet zu haben. Siehe http://www.siemens.com/sustainability/en/compliance/collective_action/integrity_initiative.php.

(23) Siehe http://www.greece.com/news/7358/Court_says_64_to_be_tried_in_Siemens_bribery_scandal.html und http://www.okeanews.fr/20150309-scandale-siemens-ote-proces-pour-64-suspects-dont-13-allemands.

(24) Kostas Simitis war PASOK-Vorsitzender und von 1996 bis 2004 Premierminister.

(25) Siehe Elisabeth Studer, http://www.leblogfinance.com/2015/03/grecescandale-de-corruption-sur-contrats-darmement-avec-france-et-allemagne-la-suisse-saisit-des-comptes-bancaires.html.

(26) Siehe http://greece.greekreporter.com/2014/10/10/re-trial-of-former-defense-minister-tsochatzopoulos-begins-today/.

(27) Siehe den Arte-Dokumentarfilm „Goldman Sachs – La banque qui dirige le monde“ ab der 39. Minute, https://vimeo.com/49904381.

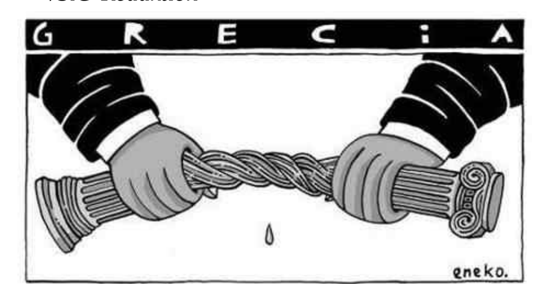
(28) Siehe Michel Husson, 11. März 2015, http://hussonet.free.fr/grdette2.pdf. Übersetzung ebenfalls in SiG 115.

Übersetzung: Barbara KRATKY, coorditrad /SiG-Redaktion

„Frontal“: Abgründe an Korruption – Deutsche U-Boote für Griechenland

Anfang Oktober 2013 wurden der ehemalige griechische Verteidigungsminister Akis Tsochatzopoulos und seine engsten Mitarbeiter, darunter auch Familienangehörige, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten zwischen 2000 und 2010 von dem deutschen Unternehmen Ferrostaal Bestechungsgelder für Geschäfte mit U-Booten in Millionenhöhe kassiert. Die Verantwortlichen in Deutschland hingegen kamen vergleichsweise glimpflich davon. Von den insgesamt 50 Beschuldigten wurden am Ende nur drei zu Bewährungs- und Geldstrafen verurteilt.

Video Frontal vom 12.11.2013 ; Manuscript: http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/blob/30625198/1/data.pdf



Gegenstimmen zu dem „Griechenland-Bashing“

Paul Krugman: That Old-Time Economics

So hat Paul Krugman, US-Ökonom und Nobelpreisträger, seine Kolumne in der New York Times am 17. April getitelt. Klugman schrieb von Brüssel aus, wo er Gastredner auf einem internationalen Kongress war. Seine Kolumne kann als Replik auf den wenige Tage zuvor ebenfalls in der New York Times veröffentlichten Kommentar von Wolfgang **Schäuble** gesehen werden, in dem dieser die strenge EU-Austeritätspolitik unter deutscher Führung verteidigte.
Hier eine Zusammenfassung der Krugman-Kolumne, wie er diese Doktrin der Austeritätspolitik sieht:
Im Gegensatz zu den USA setze Europa seit der Finanzkrise 2008 auf eine Politik der Budgetkürzung der öffentlichen Hand, da nur dies zu mehr Arbeitsplätzen führe, weil es Vertrauen schaffe. Ein ökonomischer Irrweg, schreibt Krugman, wie die Entwicklungen in den letzten fünf Jahren in Europa bestätigten. Stattdessen trage das Festhalten an einer Wirtschaftspolitik im Sinne von Keynes, die in der Krise auf niedrige Zinsen und die Erhöhung von Staatsausgaben setze, sichtbar Früchte in den Vereinigten Staaten. Doch Deutschlands Finanzminister erweise sich als unverbesserlich, ignoriere weiter jegliches altbekannte Wissen über Makroökonomie und Erfahrungen der vergangenen fünf Jahre und halte an einer ideologischen Sichtweise fest, unter der die Schuldnernationen leiden. In Herrn Schäubles Welt, so bringt es Klugman auf den Punkt, führe Austeritätspolitik zu Vertrauen, Vertrauen schaffe Wachstum und wenn das alles in einem Land nicht funktioniere, dann hat es eben etwas falsch gemacht.!

Der ganze Artikel ist in der New York Times nachzulesen, **Übersetzung hier.**
Auch von Paul Krugman:
Griechenland am Rande des Abgrunds
(Zusammengestellt von Sabine Gondro)

Georg Brzoska, Vernetzung der deutschsprachigen Solidaritätsgruppen

Hausaufgaben und Klassenkampf

– worum es bei den Verhandlungen zwischen EU und Griechenland tatsächlich geht

23. April 2015 - Es tut richtig weh, in den deutschen Medien gebetsmühlenartig zu lesen und zu hören, die Griechen würden keine Reformliste liefern. Sie sollten mal lieber ihre Hausaufgaben machen. Zum Hausaufgaben-Mantra gibt es einen Filmbeitrag - *Link auf unserer Seite (HIER).*
Diese Plattitüden dienen allein der Stimmungsmache gegen die Syriza-Regierung. Sie hat im März eine 26 Seiten lange Liste mit geplanten Reformen vorgelegt – für jede Reform wurde aufgelistet, was sie kosten würde. Danach hat sie diese Liste immer wieder überarbeitet – die Troika reagierte jedesmal mit “Njet!”
Es gibt allerdings in der deutschen Medienlandschaft immer wieder Ausnahmen – auch von nicht-linken Medienorganen. Die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit hat sich seit der Wahl von Syriza verändert. Ein Beispiel des heutigen Tages ist ein Artikel des Berliner *“Tagesspiegel” (HIER).*
Hier wird benannt, um welche Inhalte es bei den Verhandlungen tatsächlich geht:
Es geht
- um **Renten** (Merkel soll schon bei ihrem Gespräch mit Tsipras in Berlin vor einem Monat die Rente mit 67 in Griechenland gefordert haben),
- um **Arbeitsgesetze** (trotz der Rekordarbeitslosigkeit sollen den GriechenInnen noch die letzten Arbeitsrechte genommen werden),
- um eine Erhöhung der **Mehrwertsteuer** (die Lasten sollen noch weiter auf die Ärmeren abgewälzt werden),
- um **Privatisierungen** und um die Höhe des **Haushaltsdefizits** (der Staat soll noch weiter schrumpfen).

Diese fünf Themen wurden in den letzten Wochen von einer ganzen Reiche von Beobachtern als Hauptstreitpunkte genannt.
Das Bild von den Schulkindern, die ihre Hausaufgaben nicht machen wollen, ist völlig neben der Realität – es geht um Klassenkampf.

http://griechenlandsoli.com

Arbeitskreis Distomo

Deutschland ist der größte Schuldner Europas

Es wird mit den Fingern auf Griechenland gezeigt. Dabei ist Deutschland der größte Schuldner in Europa. Flyer, gekürzt.

Reparationen und Zwangsanleihe

Deutschland schuldet Griechenland seit ca. 70 Jahren eine Summe, die aktuell vom griechischen Parlament auf **278,7 Milliarden EUR** beziffert worden ist (vgl. ZEIT-Online 07.04.2015).

Es handelt sich zum einen um die Zahlungsverpflichtungen der auf der **Pariser Reparationskonferenz von 1946** festgelegten Reparationen, damals 7,2 Milliarden US-Dollar. Die Bundesregierung behauptet, die Reparationen seien bereits im Rahmen eines „Globalabkommens“ in den 60er Jahren gezahlt worden. Im deutsch-griechischen Vertrag vom 18. März 1960 war vereinbart worden, dass die Bundesrepublik Deutschland 115 Millionen DM *„zugunsten der aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffenen Staatsangehörigen“* an Griechenland zahlt. Diese Zahlung erfolgte für die grausame Verfolgung der griechischen Juden. Allein in Thessaloniki starben ca. 50.000 Menschen jüdischen Glaubens durch Mord und Deportation. Die Zahlung aus dem sog. „Globalabkommen“ hatte nichts mit den Verpflichtungen zur Reparationszahlung zu tun. Das ergibt sich schon aus dem Wortlaut des Vertrages. **Die 1946 bestimmte Reparationssumme wurde bis heute nicht gezahlt.**

Deutschland schuldet Griechenland außerdem die Rückzahlung der sog. **„Zwangsanleihe“**. 1942 wurde die Bank von Griechenland von den NS-Besatzern gezwungen, ihre Devisenreserven abzugeben. Bei Kriegsende betrug die Summe – nach Angaben des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches im April 1945 – 476 Millionen Reichsmark und sollte nach Beendigung des Krieges zurückgezahlt werden. Die Rückzahlung der **Zwangsanleihe ist keine Zahlung von Reparationen, sondern eines Darlehens. Gezahlt wurde nichts.**

Entschädigung an die NS-Opfer

Die griechischen NS-Opfer haben einen Rechtsanspruch auf Zahlung von Entschädigungen, die nicht mit Reparationsansprüchen verrechnet werden dürfen.
Den während der Besatzung begangenen NS-Massakern sind mindestens 30.000 Menschen zum Opfer gefallen.
Es wurde nicht nur gemordet, sondern es wurden ganze Ortschaften zerstört, tausende von Existenzen vernichtet.
Für die vielen tausend zivilen Opfer der von SS und Wehrmacht begangenen Massaker wird jede Zahlungsverpflichtung bis heute zurückgewiesen. Deutschland beruft sich auf Staatenimmunität für NS-Kriegsverbrechen. Die zivilen Opfer des NS-Terrors haben nach dieser Ansicht kein Recht, die Bundesrepublik Deutschland in ihren Ländern auf Entschädigung zu verklagen. Den Klagen in Deutschland wurde von den Gerichten entgegengehalten, die Massaker seien Kriegshandlungen gewesen und Krieg sei ein Ausschlussgrund für staatliche Haftung.

Die Überlebenden und Angehörigen des griechischen Dorfes **Distomo**, das in jährlichen Zeremonien noch heute der 218 Opfer des NS-Massakers vom 10. Juni 1944 gedenkt, klagten in Griechenland eine Entschädigungssumme von 28 Millionen Euro ein. Spätestens seit Rechtskraft des Urteils im Jahr 2000 ist die Summe zu verzinsen. Doch Deutschland zahlt nicht. Die Gläubiger aus Distomo betreiben die Vollstreckung ihrer Ansprüche auf deutsches Staatseigentum inzwischen in Italien – gegen den hinhaltenden deutschen Widerstand. Doch in einem Parallelverfahren hat das italienische Verfassungsgericht im Oktober letzten Jahres die Position der NS-Opfer gestärkt.
Die rechtskräftig festgestellten Entschädigungsforderungen könnten auch in Griechenland selbst vollstreckt werden. Gleich nach Rechtskraft im Jahr 2000 hatte der Athener Anwalt Ioannis Stamoulis das Goethe-Institut, das deutsche Archäologische Institut und die deutschen Schulen in Athen und Thessaloniki gepfändet, um die Liegenschaften zu Gunsten der Gläubiger aus Distomo zu versteigern. Doch 2001 war die Realisierung der Ansprüche an der fehlenden Zustimmung des Justizministers gescheitert, nachdem Berlin gedroht hatte, die Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone zu verhindern.

Das Beispiel Distomo könnte Schule machen. Um dem vorzubeugen, hat die Bundesregierung nun behauptet, mit dem **2+4-Vertrag** habe sich die Reparationsfrage erledigt – weil sie in diesem Vertragswerk nicht geregelt sei (!). Die Argumentation ist rechtlich abwegig und moralisch verwerflich.
In den letzten Jahren sind Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, an die Orte der größten NS-Massaker gereist (Oradour, Sant'Anna di Stazzema , Lyngiades) und haben die deutsche Schuld teils in bewegenden Worten beteuert. Doch mit der Behauptung, der 2+4-Vertrag vom 12. September 1990 wirke als Vertrag zu Lasten Griechenlands und vernichte auch die Entschädigungsansprüche der Geschädigten, beweisen sich die schönen Worte als reine Lippenbekenntnisse und wirken als Verhöhnung der Opfer der faschistischen Untaten.
Abgesehen davon, dass Verträge zu Lasten Dritter – **Griechenland war nicht Vertragspartner** – im Vertragsrecht (auch im Völkervertragsrecht) unwirksam sind, handelt es sich bei den Entschädigungsforderungen der Opfer der NS-Terrorherrschaft in Griechenland nicht um Reparationsforderungen, sondern um individualrechtliche Forderungen, die jede/r einzelne Betroffene gegen den deutschen Staat erheben kann, ohne von völkerrechtlichen Vereinbarungen begrenzt zu sein.

Die Durchsetzung der Entschädigungsansprüche gegen Deutschland fördert den Frieden

Der AK Distomo sieht in der Ankündigung der Zulassung der Vollstreckung von rechtskräftig bestehenden, individuellen Entschädigungsansprüchen keinen Affront gegen Deutschland, sondern einen Akt der Gerechtigkeit und eine Warnung an heutige Kriegstreiber, dass Völkerrechtsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit nicht mit noch so gefälligen Worten erledigt werden können, sondern der Schädiger – so mächtig er inzwischen sein mag – auch finanziell für das angerichtete Unrecht gerade stehen muss und das auch noch nach 70 Jahren.
http://www.distomo-griechenland.de/

Manolis Glezos *„Deutschland und Griechenland haben bisher keinen Friedensvertrag abgeschlossen“*, **SiG 114**

Alles, was wir tun können

Wie Wolfgang Abendroth als »999er« nach Griechenland kam und dort gemeinsam mit Partisanen gegen die Nazi-Besatzer kämpfte

Der große sozialistische Politologe und Rechtswissenschaftler war 1937 wegen Hochverrats von den Nazis verurteilt worden, 1943 wurde er in ein Strafbataillon der Nazis eingezogen und nach Griechenland geschickt. Auf der Insel Lemnos arbeitete er mit dem griechischen Widerstand zusammen und desertierte 1944 zur griechischen Widerstandsorganisation ELAS. Seinen Bericht über den gemeinsamen Kampf gegen die Nazis dokumentieren wir hier mit freundlicher Genehmigung des Studienkreises.
http://www.neues-deutschland.de/artikel/967359.alles-was-wir-tun-koennen.html

Vielfältige Kämpfe gegen Austeritätspolitik und Privatisierungen in Europa

Alberto Martínez Sánchez, ATTAC Spanien

SPANIEN – „Musterschüler“ der Troika

Prekäre Beschäftigung wächst, hohe Jugendarbeitslosigkeit, bittere Armut

[…] heute, sechs Krisenjahre später, ist in Spanien einzig die Beschäftigung im extrem prekären Bereich gewachsen. Sie betrifft hauptsächlich junge Leute sowie die über 50-Jährigen. Sie ist gekennzeichnet durch subventionierte Teilzeitverträge, die die so Beschäftigten dazu zwingen, zu Löhnen zu arbeiten, die am Rand des Existenzminimums liegen.

Zum Ende des 1. Quartals des Jahres 2015 betrug die Arbeitslosenrate insgesamt 24 Prozent, davon 52 Prozent Arbeitslose im Alter unter 25 Jahren. Gegenwärtig gibt es mehr als 2,5 Millionen Langzeitarbeitslose sowie 1,8 Millionen spanische Familien, in denen alle Familienmitglieder arbeitslos sind. Zahlten zu Beginn des Jahres 2009 noch 19,5 Millionen Beschäftigte in die Sozialversicherung ein, ist das mit der Gesamtzahl aller Jobs heute dagegen noch nicht mal 17,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglich. Darüber hinaus sank die Höhe des Arbeitslosenschutzes von 80 Prozent (Ende 2010) auf 56 Prozent (Anfang 2015).

Mehr als 400.000 Zwangsvollstreckungen erfolgten in Spanien seit Beginn der Finanzkrise und ein Großteil davon endete mit Zwangsräumungen. Noch immer gibt es pro Tag mehr als 500 Zwangsräumungen, und wiederholt werden Mieter aus Sozialwohnungen in Madrid und anderen spanischen Städten vertrieben, um diese Wohnungen an Hedgefonds („vulture fonds“) verkaufen zu können.

Junge Leute in Spanien gehören mit zu den pessimistischsten in Europa, wenn es um ihre Jobaussichten geht. So sind sie der Überzeugung, dass sie ein viel schlechteres Leben als ihre Eltern führen werden und deshalb plant mehr als die Hälfte der Jugend in ein anderes Land zu ziehen, um dort nach Arbeit zu suchen. Fast eine halbe Million der jungen Leute im Alter von 18 bis 29 Jahren hat dies seit 2009 schon gemacht.

[…] In Spanien haben wir es gegenwärtig mit einer Armut zu tun, die so seit den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr gekannt worden war: Fast drei Millionen Menschen am Rand der Gesellschaft sowie arme Arbeiter, die Hilfe brauchen, damit sie an den letzten Tagen des Monats noch etwas zu essen haben, die im Winter keine Heizung anstellen können und denen Wasser und Strom abgestellt wird, weil sie die Rechnungen nicht bezahlen können. Wir haben es mit Kürzungen staatlicher Investitionen zu tun im Bereich Bildung sowie ausgeprägten Kürzungen der staatlichen Ausgaben, die Gesundheits- und Sozialdienste, die Pflege und Pensionen betreffen. Auf der anderen Seite beobachten wir einen stetigen Wachstum der Kapitaleinkünfte zu Gunsten von Banken und Großkonzernen. Während die Löhne im Durchschnitt seit 2010 um 20 Prozent gefallen sind, hat die spanische Börse im Jahr 2014 Unternehmensgewinne von 33,2 Millionen Euro notiert – im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 64 Prozent.
[…]

Übersetzung: Sabine Gondro

Und die anderen „Musterschüler?“

Irland-„Rettung“: 67,5 Mrd. Hilfskredite, 89,5 Mrd. für die Banken Eine Attac-Recherche zeigt: Geldflüsse aus Irland in den Finanzsektor übersteigen Hilfskredite deutlich. Die EU-Krisenpolitik blutet Bevölkerung und Wirtschaft aus, um Milliarden ins Bankensystem zu schleusen

Portugal: *Die Austeritäts-Maßnahmen im Jahr 2013 wurden im ersten Memorandum of Understanding (MoU) genannt und von allen Regierungsparteien (PS, PSD und CDS) im Mai 2011 unterzeichnet. Die Absichtserklärung zwang dem Land tiefgreifende wirtschaftliche und politische Veränderungen auf:* , s. auch hier.

Die Anzahl der Beschäftigten, die entsprechend eines Tarifvertrags arbeiten, ist von 1,5 Million im Jahre 2010 auf 300 000 im Jahre 2012 gesunken (attac Frankreich)

Portugal bleibt doch bis 2045 unter Troika-Aufsicht, http://www.heise.de/tp/artikel/42/42042/1.html

Spanien: Ein breites Bündnis bereitet für August/ September einen Marsch nach Brüssel

(Zusammenfassung von Angaben von Attac Spanien; ausführliche Informationen in der Werkstatt für SiG 115 ab dem 7.Mai)
Auf einer Versammlung am 15. April in Madrid trafen sich Parteien (PODEMOS, IU, EQUO, PCM…), Gewerkschaften (CCOO, CGT), Basisbewegungen, Ökologische Bewegung (Ecologistas en Acción), NGO-Koordination, Bund der Nachbarschaftszusammenschlüsse, Marchas 22M, ATTAC-España.
Die 4 Punkte ihrer gemeinsamen Plattform:
- Widerstand gegen die Austeritätspolitik der Troika und die von ihr durchgesetzte Privatisierung der öffentlichen Dienste;
- Die demokratischen Entscheidungen der Bevölkerungen, insbesondere von Griechenland, müssen respektiert werden;
- Schließung der Steueroasen in der EU;
- Stopp der Geheimverhandlungen über TTIP.

Eine Reihe von Aktivitäten sind vereinbart worden, die dem Aufruf auf dem Weltsozialforum in Tunis entsprechen, insbesondere eine Solidaritätswoche mit Griechenland im Juni.

Spanien verpasst Versammlungsfreiheit einen Maulkorb und verschärft Asylrecht

Trotz heftigen Widerstands seitens der Zivilgesellschaft, aller Oppositionsparteien, der spanischen Öffentlichkeit sowie harscher Kritik durch die Vereinten Nationen und den Europarat wurde am 26. März in Spanien das Grundgesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit verabschiedet. Dieses Datum wird von vielen als schwarzer Tag für die Demokratie erachtet.
(…) Unter dem Vorwand, öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, führt das „Maulkorbgesetz“ zum Teil sehr strenge Verwaltungssanktionen ein, die Bürger_innen davon abhalten sollen, ihre Anliegen in der Öffentlichkeit durch Demonstrationen auszudrücken. Das Gesetz kriminalisiert neue Formen kollektiver Aktionen, die im Laufe der vergangenen Jahre entstanden sind.
Dies beinhaltet sogenannte „escraches“ (Demonstrationen, die auf öffentliche Denunziation abzielen), Sit-Ins, Besetzungen von öffentlichem Raum („occupying“), friedliches „Umstellen“ von Parlamenten sowie „Pfannen- und Topfkonzerte“.
Das Grundgesetz für den Schutz der Öffentlichen Sicherheit sieht Geldstrafen für das Organisieren unangekündigter öffentlicher Versammlungen und Demonstrationen vor, was spontane Treffen ungeachtet ihres friedlichen Charakters unmöglich macht.
Sogar friedliche Versammlungen in der Nähe des Kongresses, des Senats oder der Gesetzgebenden Versammlungen der Auto-

nomen Regionen können als „schweres Vergehen“ geahndet werden, das mit bis zu 30.000 Euro bestraft werden kann.
Die Verbreitung von Bildern von Polizeibeamt_innen und staatlichen Sicherheitskräften wird ebenso als „schweres Vergehen“ erachtet, wodurch die Dokumentation von Polizeiübergriffen verhindert und das Klima der Straflosigkeit verstärkt werden könnte. Das Gesetz festigt auch die Praxis kollektiver Ausweisungen von Migrant_innen aus den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla nach Marokko, wodurch das Asylrecht eingeschränkt und das Prinzip der Nichtzurückweisung sowie das Verbot kollektiver Ausweisungen gebrochen wird. Es setzt Migrant_innen zudem einem ernstzunehmenden Risiko von Folter und Misshandlungen aus, weil ihnen die Möglichkeit verwehrt wird, in Fall eines Übergriffs eine Beschwerde gegen Sicherheitskräfte zu erheben.
Am 23. Februar 2015 forderten fünf **UN-Menschenrechtsexpert_innen** Spanien dazu auf, das Grundgesetz über den Schutz der Öffentlichen Sicherheit zu verwerfen, da es *„die Essenz des Versammlungsrechts verletzt, indem es ein weites Spektrum an Aktionen und Verhaltensweisen unter Strafe stellt, die für die Ausübung dieses Grundrechts entscheidend sind, und somit seine Ausübung massiv einschränkt“*. Der Rat des Europäischen **Kommissars für Menschenrechte**, Nils Muiznieks, äußerte zudem Bedenken angesichts der Bedrohung, die das Gesetz für die Ausübung des Versammlungsrechts darstellt. Er erklärte, dass die im Entwurf vorgesehene Legalisierung der automatischen und kollektiven Ausweisungen von Migrant_innen, die in Ceuta und Melilla ankommen, vor dem Völkerrecht *„ungerecht und illegal“* sei.
Unsere Organisationen fordern Spanien dazu auf, dieses Gesetz, das die Spanische Verfassung, internationale und europäische Menschenrechts- und Flüchtlingsgesetze verletzt, aufzuheben. (...) Die Europäische Kommission hat als Hüterin der Verträge insbesondere die Einhaltung der Grundrechte und -freiheiten zu gewährleisten, die durch das EU-Recht, einschließlich der Europäischen Charta der Grundrechte, garantiert ist. 31.03. 2015 *Vollständiger Text und Organisationen bei Transform!*

Pablo Iglesias:
Podemos wird die EZB zum Einlenken bringen und aus der NATO austreten

Interview mit Pablo Iglesias von Matteo Pucciarelli, La Repubblica, ***20. November 2014 - Übersetzung: Dorothee HOFER, coorditrad***

„Mit Tsipras in Griechenland und uns in Spanien werden wir großen Einfluss auf die Maßnahmen der EZB nehmen können. Wir müssen ein Bündnis südeuropäischer Länder schmieden, denn Veränderung in nur einem Land ist unmöglich. Wenn Tsipras in Griechenland gewinnt, können wir mit dem Aufbau einer Allianz des Südens beginnen, um die Austeritätspolitik zu stoppen.“
Noch vor einem Jahr war er nur ein bekanntes TV-Gesicht, ein junger Professor der Universität Madrid Complutense mit dem Spitznamen la coleta – Zöpfchen (wegen seines Pferdeschwanzes). Heute ist der 36 Jahre alte Pablo Iglesias Generalsekretär der laut Umfragen größten Partei Spaniens: **Podemos** – wir können. Bei den Europawahlen im Mai 2014 brachte Podemos aus dem Stand fünf Abgeordnete ins Europaparlament, mit einem linksradikalen Programm, das allerdings das Etikett links ablehnt und die klassischen Denkmuster überwinden will: „Das Wort ‚links‘ ist als Bild heutzutage nicht mehr brauchbar.“

Podemos ist erst zehn Monate alt, doch die Wähler der Volkspartei und der Sozialisten laufen Ihnen in Scharen zu. Wie war das möglich?
Spanien befindet sich in einer Ausnahmesituation – die Wirtschaftskrise hat sich zu einer politischen und zu einer Systemkrise ausgeweitet. Wir sind in gewissem Sinne eine Lösung dieses Problems. Die Bewegung der **Indignados** hat gezeigt, dass es einen Konsens in der Gesellschaft gibt: die **Ablehnung der Kaste** und die Wut auf die grassierende **Korruption**. Beides war zwar stark, hatte sich aber bisher nicht in Wahlergebnissen niedergeschlagen. Die etablierten Parteien mokierten sich vielmehr über die Bewegung nach dem Motto: „Ihr empört euch? Dann stellt euch doch zur Wahl!“ Jetzt spotten sie nicht mehr.

Sind Sie grundsätzlich gegen jede Regierungszusammenarbeit mit anderen, traditionellen politischen Kräften?
Wir sind eine offene Bewegung, in der jeder und jede kandidieren kann, auch wenn sie aus anderen Parteien kommen. Ich bin nicht für die Bildung einer Front der Linken, das wäre ein Fehler. Wir setzen auf eine Einheit in der Bevölkerung, und die geht über solche Identitäten hinaus. Was zählt, ist das Programm: Sind die Sozialisten bereit, sich zu verändern und sich dem Diktat Deutschlands zu verweigern? Oder wie stehen sie beispielsweise zu einer Umstrukturierung der Staatsschulden? Das zählt, wir sind keine Sektierer.

Was halten Sie von den Forderungen der Katalanen und der Basken nach Unabhängigkeit? - Wir sind für Selbstbestimmung, jeder Bürger und jede Bürgerin sollte über jede das eigene Leben betreffende Frage entscheiden können. Allerdings brauchen wir in Spanien einen **Verfassungsprozess**, der die Fragen der Souveränität und der Rechte angeht. Persönlich bin ich für ein **plurinationales Land**, ich möchte nicht, dass Katalonien Spanien verlässt. Aber ich kann mir nicht anmaßen, für die Menschen in Katalonien zu entscheiden.

Tritt Spanien aus der ***NATO*** *aus, wenn Sie die Wahlen gewinnen?*
Auf jeden Fall. Das wird kein einfacher Schritt, aber wenn wir unsere Souveränität zurückgewinnen wollen, einschließlich unserer militärischen Souveränität, dann müssen wir der Präsenz ausländischer Soldaten auf unserem Boden eine Absage erteilen.

Und die ***Eurozone****? Wollen Sie die auch verlassen? -*
Derzeit können wir die Eurozone nicht verlassen. Um die aktuelle Situation zu ändern, müssen wir wieder bei **Maastricht** ansetzen, denn damals wurden viele Fehler gemacht, die uns dieses Europa der Ungleichheiten beschert haben, in dem wir praktisch koloniale Untertanen Deutschlands ohne soziale Rechte sind. Aber mit einer Volksregierung in Griechenland ... wir verfolgen eine kontinentale Strategie.

Nicht rechts und nicht links, der Kampf gegen die Kaste und ihre Privilegien, massive Nutzung des Internets – sind Sie das spanische Pendant zur italienischen Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo?
Ich bin ein Mann der Linken, aber schon Norberto Bobbio hat ja diese Begriffe als problematisch hinterfragt. Unser Vorschlag ist die Bildung einer Notstandsregierung, die ein paar ganz einfache Fragen wieder in den Vordergrund stellt: Schule, Gesundheit, Wohnung für alle. Wir haben Affinitäten zu den Grillini von der Fünf-Sterne-Bewegung und machen hin und wieder in Brüssel etwas mit denen zusammen. Aber nein, wir sind **keine iberischen Grillini**.

Was halten Sie von Matteo Renzi?
Er ist ein großartiger Kommunikator, aber de facto betreibt er dieselbe Politik wie seine Vorgänger. Er stellt die Austeritätspolitik oder Steuerparadiese nicht wirklich in Frage. Er vertritt die Partei der Wall Street und macht Reformen gemeinsam mit Berlusconi. Der sich die Hände reibt.

Werden Sie bei den ***Parlamentswahlen*** *in Spanien 2015 als Spitzenkandidat antreten?*
Wir werden Vorwahlen im Internet abhalten, wie immer. Ich stehe zur Verfügung, aber wie der Trainer von Atlético Madrid, Cholo Diego Simeone, sagt: „Warten wir's ab, ein Spiel nach dem anderen.“

Eine letzte Frage: Welches sind Ihre geistigen Vorbilder?
Gramsci und **Marx**, ganz eindeutig. Und nach Eric Hobsbawms Tod finde ich Perry **Anderson** immer besser, den ehemaligen Herausgeber der New Left Review.

ITALIEN

Gerhard Feldbauer: 60.000 gegen Jobs Act in Italien: Gewerkschafter fordern bei Großdemonstration in Rom ein Ende von Kürzungen und Sozialabbau.

60.000 Menschen haben am 28. März 2015 in Rom für die **Bildung einer »Sozialen Koalition« der Gewerkschaften gegen den Abbau von Arbeiterrechten** demonstriert. Vorgeschlagen hatte den Plan die Metallarbeitergewerkschaft FIOM im Gewerkschaftsbund CGIL. Die regierungsnahe Tageszeitung La Repubblica konstatierte eine »unerwartet große Zustimmung« zu dem Vorhaben der linken Gewerkschaft.
Die Demonstration, zu der die FIOM aufgerufen hatte, richtete sich **gegen den anhaltenden Sozialabbau und zunehmende Verelendung.** Die Gewerkschafter fordern die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Sicherung menschenwürdiger Lebensbedingungen. Aus Triest waren Tausende Werftarbeiter des mit über zehntausend Beschäftigten größten italienischen Staatskonzerns Fincantieri nach Rom gekommen, die unter einem Meer roter Fahnen in ihren blauen Overalls die Spitze des Demonstrationszuges bildeten.
Die Regierung habe mit ihrem **Arbeitsmarktgesetz »Jobs Act«** *»Italiens Arbeiter all ihrer Rechte beraubt«*, kritisierte **der FIOM-Vorsitzende Maurizio Landini** auf der Kundgebung. Die Staatsführung unter Premierminister Matteo Renzi gehe *»schlimmer als Berlusconi vor«*. Seit Inkrafttreten des »Jobs Acts« sei nichts geschehen, um die Lage der arbeitenden Menschen auch nur im geringsten zu verbessern, erklärte Landini weiter. »*Wir haben es satt, uns mit leeren Versprechungen abspeisen zu lassen«*, rief er in seiner immer wieder von starkem Beifall unterbrochenen Rede. *»Wir sind zum Kampf bereit, und wir haben mehr Zustimmung als die Regierung.«*
Der Gewerkschaftsvorsitzende kündigte an, eine neue Etappe für die Verteidigung der Arbeiterrechte einzuleiten und für gerechte Arbeitsverträge, Arbeitsplätze und die Beseitigung der Armut zu kämpfen. Dabei gehe es darum, die *»Gewerkschaften zu reformieren«* und zu *»ihren Wurzeln zurückzukehren«*, so Landini. Der Schwerpunkt liege in der Arbeit in den Betrieben. Regierungschef Renzi forderte er auf, *»konkrete Initiativen für Beschäftigung und Wachstum«* vorzulegen. Eine scharfe Abfuhr erteilte Landini dem Chef des Industrieverbandes Confindustria, Giorgio Squinzi, der die Gewerkschaften für die anhaltende Stagnation in der Wirtschaft verantwortlich machen wollte.
An der Kundgebung nahmen auch hochrangige **Politiker** teil, darunter der Vorsitzende der Linkspartei Sinistra Ecologia Libertà (SEL), Nichi Vendola. Der Chef der Regionalregierung von Apulien war, wie La Repubblica berichtete, mit »dem ganzen Generalstab seiner SEL erschienen«, um den Gewerkschaftern seine Solidarität zu zeigen. Aus Renzis sozialdemokratischer Partito Democratico (PD) waren neben zahlreichen Gewerkschaftern auch die frühere Christdemokratin und Vorsitzende der Antimafiakommission des Parlaments, Rosy Bindi, sowie der Mitbegründer der Fraktion der Dissidenten in der PD, Stefano Fassina, gekommen, um ihre Opposition gegenüber dem gewerkschaftsfeindlichen Kurs ihres Partei- und Regierungschefs zu bekunden.
Der aus der PD ausgeschiedene Aldo Tortorella, früher Mitglied des Politbüros der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP), der kürzlich eine *»Gesellschaft zur Erneuerung der Linken«* gegründet hat, beteiligte sich ebenfalls. Und auch die Vorsitzende der **CGIL**, des mit 5,8 Millionen Mitgliedern größten der drei Gewerkschaftsdachverbände Italiens, Susanna Camusso, die zunächst Vorbehalte gegen die Bildung der »Sozialen Koalition« angemeldet hatte, war gekommen, ergriff aber nicht das Wort. La Republica ließ aufgrund der zahlreichen prominenten Gegner Renzis bereits die Befürchtung durchklingen, dass dessen Kurs die Zersplitterung der PD noch verstärkt.
Bei den bevorstehenden Wahlen in sieben Regionen könnte den Sozialdemokraten das Stimmen kosten.

http://www.jungewelt.de/2015/03-30/037.php

L'Altra Europa con Tsipras becomes a political protagonist

A national organ of ninety representatives, chosen by local activists, and a concluding document was the outcome of the two-day national assembly of L'Altra Europa con Tsipras, on 18-19 April. Mehr: transform!

FRANKREICH



Streiks und Demonstrationen gegen die „Loi Macron" am 9. April 2015.
Dazu hatten die CGT, die FSU, Solidaires und FO aufgerufen.

Auch die **Solidarität mit der griechischen Bevölkerung** wurde hervorgehoben.

Der Wirtschaftsminister Macron will einen Aufwasch machen: Ausweitung der Sonntagsarbeit, Nachtarbeit; und „Verschlankung" der Instanzen von Arbeitssicherheit und Mitbestimmung;
Flyer mit kurzen Erklärungen hier (Fondation Copernic);
Ausführlicher Bericht über die Ziele dieses Rahmengesetzes, wonach etliche Gesetze verändert werden sollen: (Labournet)



FOTOS: collectif , avec les Grecs

IRLAND

„Die Proteste gegen Wassergebühren haben eine historische Dimension erreicht. Ich glaube, es handelt sich dabei um die größte Bewegung in der Geschichte unseres Landes. Sie ist riesig, lässt sich nicht kleinkriegen, ist extrem aktiv und hat ein starkes politisches Bewusstsein – so etwas habe ich noch nie erlebt.“ Sam Nolan, Jahrgang 1930, kennt die irische Politik gut. Als ehemaliger Gewerkschafter und Sozialist hat er sich seit dem 2. Weltkrieg in jeder größeren Bewegung engagiert. Er organisierte in der letzten politischen Umbruchsphase 1979-80 Demonstrationen gegen die PAYE-Steuern (Pay as you earn), ist jedoch davon überzeugt, dass die aktuelle Protestwelle viel bedeutsamer ist.

Irland: Das Aushängeschild der Austeritätspolitik
Nach einer fünfjährigen Periode der Austeritätsmaßnahmen schien Irland sein „Happy End“ gefunden zu haben. Während die anderen Staaten an der europäischen Peripherie ihren Unmut durch Demonstrationen, neugegründete Bewegungen und mit der Entstehung von politischen Alternativen äußerten, nahm Irland die Rolle des europäischen Paradebeispiels für funktionierende Austeritätspolitik ein, was von einer einsetzenden wirtschaftlichen Erholung bestätigt wurde.
Schließlich schaffte es Premierminister Enda Kenny, begleitet mit den Worten „Das keltische Comeback“, sogar auf die Titelseite des Time Magazines. Wer jedoch genau hinsah, wusste, was die Austeritätspolitik wirklich bewirkte – 750.000 Menschen leben in Armut, man verzeichnet die zweithöchste Anzahl an Niedriglohnjobs in den Industriestaaten, ein Zehntel der Bevölkerung hat seit der Krise das Land verlassen und die Arbeitslosenrate erreicht fast 12%. Zorn begann direkt unter der Oberfläche zu schwelen.

Auszüge aus einem längeren Bericht in http://www.transform-network.net/de/blog/blog-2015/news/detail/Blog/-89fb35996b.html

Konzerne gefährden Menschenrecht auf Wasser

1. Weltwassertag 2015: Kundgebung in Berlin mit AktivistInnen aus Griechenland und Irland

Der diesjährige Weltwassertag im April stand in Berlin ganz im Zeichen des europäischen Kampfes gegen die Wasserkonzerne und ihre Verbündeten in der EU.
„Unter dem RIGHT2WATER-Netzwerk in Irland kämpfen hunderte in lokalen Kampagnen und hunderttausende Aktivistinnen und Aktivisten gegen diese neue flat-rate–Steuer. Wir werden ihnen nicht erlauben, dass sie uns das nehmen, was uns gehört, das, wofür wir schon 3 mal bezahlen und das noch dazu in einem privatrechtlichen Konzern in Partnerschaft mit Veolia, um uns dann noch mal abzuzocken. An dieser Streitfrage stehen die kämpfenden Iren wieder auf und nehmen den Kampf ihre Hände. Und wir werden gewinnen, genau wie ihr in Berlin“. Mit diesen Worten schilderten Brendan Ogle und Dave Gibney den Stand des Wasserkampfs in **Irland**.
Yiorgos Achontopulos, Gewerkschafter aus **Thessaloniki**, zitierte die Worte der Berliner Wasseraktivistin Dorothea Härlin: *„'Wir sind wie kleine Bienen und sie sind Riesen. Aber wir sind Millionen und mit unseren tausend Bienenstichen können wir sie bezwingen.' Das hat uns in den schwierigsten Momenten unseres Kampfes inspiriert und das waren nicht wenige. Und wir haben gewonnen! Ziel der griechischen Wasseraktivisten, das in Thessaloniki begonnene Programm des kostenlosen Wassers für Arme auf das ganze Land auszuweiten.“*
http://berliner-wassertisch.net/ , http://europeanwater.org

2. Fracking gefährdet das Grundwasser – CDU/CSU-SPD ist es egal?

CDU/CSU-SPD haben das Gesetz zu Fracking durchgewunken. Erste Lesung findet am 7.Mai statt.

„Bündnis zum Schutz von Wasser“ übt massive Kritik an Fracking-Plänen (Nov 2014)
Fracking ist verboten, aber es darf gefrackt werden . Siehe: Klimaretter-Info).
Analyse des Gesetzentwurfs

Offener Brief zum Fracking-Gesetzesentwurf und zu mangelnder Vorsorge im Gesundheitsschutz, hier der vollständige Brief im Wortlaut.

Kampagne gegen Fracking in Frankreich, Berichte von attac Frankreich ; http://www.nongazdeschiste.fr/
Berichte über die Initiativen und Aktionen gegen Fracking:

„Hintergrund“-Zeitschrift: Günter Grass: Was (noch) gesagt werden muss

Am Mittwoch, den 4. April 2012, veröffentlichte Günter Grass sein Gedicht „Was gesagt werden muss“. Noch am gleichen Tag setzte ein medialer Amoklauf gegen den Literaturnobelpreisträger ein. Vergessen schien Grass' Regierungstreue, die noch vor über zehn Jahren in seiner Unterstützung der rot-grünen Koalition bei deren Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien gipfelte, vergessen seine Nähe zu dem großen Wegbereiter des Neoliberalismus, Gerhard Schröder. Grass, einst des Kanzlers Liebling, gehätschelt von der SPD und den etablierten Medien, hatte ein Tabu gebrochen.
Plötzlich waren sich fast alle – egal welcher politischer Couleur – einig: Grass hat mit dem Text nicht nur den Bogen überspannt, er hat vielmehr ein hasserfülltes, antisemitisches Pamphlet verfasst. Kritik an Israels Politik ist unerwünscht, und wer es wagt, vor der Kriegsgefahr durch Netanjahu und Barak zu warnen, sieht sich in Deutschland einem Frontalangriff ausgesetzt. „Was halten Sie von dem Grass-Gedicht und seiner Rezeption in Deutschland“, fragten wir („Hintergrund“) namhafte Intellektuelle aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Literatur und Kunst.
Hier alle Antworten von 2012.

JEAN ZIEGLER:
Günter Grass schulden wir Dank für seine klare, kluge Analyse. Die UNO will eine atomwaffenfreie Zone im Mittleren Osten organisieren. Das heißt: jeder mittelöstliche Staat – also auch Israel – soll auf Atomwaffen verzichten.
Dies ist ein Gebot elementarer Vernunft.
Dass dieses Gebot nicht durchgesetzt wird – oder sogar nicht öffentlich diskutiert werden kann –, zeugt vom lamentablen Zustand der politischen Diskussion in Europa.

Kriegstrommeln in Europa

Anhörung der EVP, 21.April 2015:
"Wir müssen klar machen, dass wir bereit sind, in den Krieg zu ziehen"

Florian Rötzer 24.04.2015 (Auszüge)

In der EVP, dem größten Parteienbündnis des EU-Parlaments, wird der Konflikt mit Russland geschürt und selbst die atomare Abschreckung wieder propagiert

Die Europäische Volkspartei ist das größte Parteienbündnis im Europäischen Parlament. In ihr haben sich die konservativen Parteien, darunter CDU und CSU, zusammengeschlossen. Die EVP stellt mit Donald **Tusk** den Ratspräsidenten sowie mit Jean-Claude **Juncker** den Präsidenten der Kommission. Abgeordnete der EVP haben am 21.April eine Anhörung über den Stand der EU-Russland- Beziehungen veranstaltet. (…)

Für die richtig scharfen Töne sorgte Roland Freudenstein, der stellvertretende Leiter des Martens Centre, einer Stiftung des EVP, die sich auch für TTIP stark macht. Gerade erst hat er den Bericht "The Renaissance of the West" zusammen mit Ulrich Speck von Carnegie Europe geschrieben, in dem die beiden Autoren deutlich machen, wie der Konflikt mit Russland instrumentalisiert wird, um erneut eine transatlantische Einheit zu schaffen. Durch die Begegnung der von Russland ausgehenden Bedrohung, so der Tenor, *"können wir eine stärkere transatlantische Beziehung erreichen, die letztlich zu einer Renaissance des Westens führt und als Grundlage für eine Fortsetzung der globalen liberalen Ordnung dient"*. Die EU wird aufgefordert, die Abhängigkeit von Russland zu mindern, die Nato zu stärken, mehr für Verteidigung auszugeben, TTIP voranzubringen(...)

"Wir müssen klar machen, dass wir für die von uns als existentiell erachteten Prinzipien von Europas Zukunft in den Krieg ziehen werden", verkündete Freudenstein nach Euractive. Das schließe auch das Konzept der nuklearen Abschreckung aus dem Kalten Krieg ein. Schon seit einiger Zeit gibt es in den USA Stimmen, die gegen Russland eine Verlegung von Atomwaffen in die EU fordern. Dabei würde Deutschland im Visier stehen, wo es nicht nur genügend US-Stützpunkte, sondern auch die letzten Atomwaffen gibt, die die USA noch in Europa vorrätig hält. Freudenstein wies denn auch darauf hin: *„ In Deutschland besteht die atomare Abschreckung der Nato derzeit aus 20 rostigen Bomben des B-61-Typs, die mit einem Schlag der russischen Streitkräfte ausgelöscht werden können. Das sind die Dinge, die wir ändern müssen.“*

Die atomare Aufrüstung sei zwar, so räumte er ein, schwierig der Öffentlichkeit zu verkaufen, macht aber nichts, als wahrhafte Demokraten kümmert man sich auch nicht um Volkes Meinung, sondern sucht danach, wie man die eigenen Interessen dennoch durchsetzen kann. Der Konflikt mit Russland werde, so verkündet Freudenstein, sowieso erst enden können, wenn Putin gegangen ist: *"Das ist ein Nullsummenspiel."* (…) Offenbar unwidersprochen durch die anderen anwesenden Falken trommelte Freudenstein weiter, um für die richtige Stimmung auf der "Anhörung" zu sorgen. Die Zeit sei vorbei, um mit Russland zu sprechen, jetzt sei die Zeit einer *"harten, realistischen Politik"*. Man müssen sich auf *"Verteidigung und Sicherheit konzentrieren, weil die östliche Flanke der EU sich existentiell bedroht sieht"*. Um seine Forderungen zu unterstützen, drohte er auch denjenigen, die nicht zur Anhörung der transatlantischen Falken gekommen waren: *"Die südliche Flanke der EU wird bei der Einwanderung kein Verständnis der östlichen Flanke finden, wenn sie weiter die existentiellen Bedrohungen des Ostens nicht versteht oder sich weigert zu verstehen."*

http://www.heise.de/tp/artikel/44/44744/1.html

Albrecht Müller
Die Konfrontation wird wieder aufgebaut – auch von Sozialdemokraten
Zum „umstrittenen“ Besuch des griechischen Ministerpräsidenten in Moskau

, 8.April 2015

(…) Offenbar haben die Hauptmacher der Propaganda nicht einmal mehr eine kleine Ahnung davon, wie eine demokratische Berichterstattung aussehen müsste. Selbstverständlich müsste über die Moskaureise eines griechischen Ministerpräsidenten ohne das zitierte Adjektiv berichtet werden und dann meinetwegen negativ kommentiert werden. Im konkreten Fall (Deutschland Funk) ist die unterschwellige negative Kommentierung auch die Folge der Kommentare, mit denen deutsche und ausländische, zum Beispiel ukrainische, Politiker den Besuch von Tsipras in Russland begleiten; ihr Grundtenor wird einfach in die Texte der Nachrichtensendungen übernommen. Der sozialdemokratische Präsident des europäischen Parlaments **Schulz** zum Beispiel warnt den griechischen Ministerpräsidenten davor, die Einheit des Westens in Sachen Sanktionen zu gefährden. Der Russlandbeauftragte der Bundesregierung **Gernot Erler** (SPD) warnt, er rät jedoch zugleich zu mehr Gelassenheit. Immerhin. Aber es wäre zu fragen: Warum erinnern sich nicht wenigstens die Sozialdemokraten daran, dass insbesondere sie es waren, die das Ende des Konfliktes zwischen West und Ost, auch zwischen Westen und Russland angestrebt und erreicht haben.

Das Konzept, daran muss man immer wieder erinnern, hieß: Abbau der Konfrontation und der Einsatz „vertrauensbildender Maßnahmen“, wie es in einer etwas holprigen Sprache hieß. Jetzt geschieht das Gegenteil: die Konfrontation wird wieder aufgebaut, die NATO rückt an die Grenzen Russlands heran und der Westen verhängt Sanktionen. Damit wird auch riskiert, dass sich die innenpolitische Lage in Russland verschärft, dass rechte Kräfte mehr Einfluss gewinnen, usw. Insgesamt eine Politik ohne Konzeption, und die Medien machen alles mit.

http://www.nachdenkseiten.de/?p=25660#more-25660

Büchel atomwaffenfrei

Am 27. April begann in New York die alle 5 Jahre stattfindende **Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag** (englisch NPT). In diesem Vertrag verpflichten sich die Atommächte *"zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle"*. Genau das Gegenteil ist der Fall: Mit der sogenannten Modernisierung der US-Atombomben in Europa wird eine neue Rüstungsspirale in Gang gesetzt.

Auf dem **"Fliegerhorst Büchel" in der Südeifel**, zwischen Koblenz und Trier, wird die sog. Nukleare Teilhabe praktiziert: Deutsche Piloten üben mit Tornados der Bundeswehr, diese US-Atombomben auf NATO-Befehl ins Ziel zu fliegen. Das ist verfassungs- und völkerrechtswidrig!

büchel65 thematisiert dies seit dem 26. März mit Gewaltfreien Aktionen Zivilen Ungehorsams. Wir fordern zunächst den **Abzug der letzten Atombomben aus Deutschland und die Beendigung der Nuklearen Teilhabe mit dem Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen weltweit!**

http://www.buechel-atomwaffenfrei.de/buechel65/

Kai Ehlers
Vortrag auf dem Frühjahrsratschlag von Attac Deutschland

Nachträgliche Kurzfassung eines Vortrags beim Attac Frühjahrsratschlag in Bremen am 11.04.2015 (1)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

in aller Kürze und vorweg: Wir brauchen ein anderes Verständnis von Wachstum, ein Verständnis, in dem Wachstum nicht nur ökonomisch, sondern sozial, kulturell und ethisch definiert wird. Umverteilung, Blockaden, selbst Revolten sind wichtig, werden jedoch nicht reichen, solange, ohne falsche Rücksicht gesagt, die profit- und konkurrenz-orientierte kapitalistische Produktionsweise Basis unseres Zusammenlebens bleibt, solange wachsende Produktivkräfte, statt den Bedarf zu decken immer mehr Menschen als „Überflüssige" auf die sozialen Müllhalden der Gesellschaft abdrängen und solange Expansion und Konkurrenz auch die internationale Agenda beherrscht.
Was heute unübersehbar ansteht, ist der **Übergang zu einer kooperativen Produktion und Lebensweise in selbstgewählter Gemeinschaft, einschließlich einer entsprechenden globalen Ordnung**. Ohne dieses Ziel als Impuls zu vermitteln wird jede Revolte, jede Blockade, jede Verweigerung, so radikal sie auch sein mag, nur neuen Wein in alte Schläuche füllen.

Klare Signale – exemplarisches Kampfeld

Die Ukraine gibt uns klare Signale für diese Tatsachen. Sie ist ein exemplarisches Kampffeld der zur Zeit konkurrierenden globalen Expansionsdynamiken auf verschiedenen Ebenen – globale Monopole untereinander, bestehende US-Hegemonie gegen aufkommende neue Mächte, Europäische gegen Eurasische Union usw.
Nach der Revolte des Maidan, die sich – ungeachtet ihrer späteren nationalistischen Instrumentalisierung – vom Ursprung her gegen die Willkür eines brutalen oligarchischen Kapitalismus wandte, ist das Land heute nicht nur dreigeteilt in Kiew, östliche Republiken und die Krim, die Bevölkerung stöhnt jetzt auch unter dem Druck eines Kapitalismus, der als Kriegskapitalismus und hilfloser Handlanger globaler Monopolinteressen noch brutaler daherkommt als jener vor der Revolte.
Zudem ist der Krieg nicht beendet, sondern wird unter dem brüchigen Waffenstillstand von Minsk II als jederzeit entflammbare Glut unter der Asche weiter geschürt. Ein Wiederaufflammen des Bürgerkriegs wie auch dessen Ausweitung über die ukrainischen Grenzen hinaus sind so durchaus zu befürchten.
Bei all dem stellt sich selbstverständlich die Frage: Warum wird gerade die Ukraine zu einem exemplarischen Kampfplatz? Und die Zweite: was sind die tiefer liegenden Hintergründe, die sich auf diesem Kampfplatz verdichten?
Betrachten wir die zweite Frage zuerst: Lassen wir uns nicht weismachen, Russland sei an allem schuld und alles wäre gut, wenn Russland sich nur duckte. Man muss den Nebel durchdringen, der um die aktuellen Ereignisse verbreitet wird. Es geht um grundlegende Transformationsprozesse unserer heutigen Welt; an ihnen ist Russland als Konkurrent, der wieder zu Kraft kommen will, selbstverständlich ebenfalls beteiligt, aber keineswegs die einzige Ursache der Krise.

Drei Transformationsströme

Die drei großen Grundströme, die diesen Prozess bilden, möchte ich in aller Kürze skizzieren. (2)

1. Das nachsowjetische Trauma – wie wollen wir leben? Nicht mehr "sozialistisch", aber auch nicht "kapitalistisch"? Der globalisierte Kapitalismus bringt nur die Fortsetzung der Krise des Real-Sozialismus unter anderer Flagge. Im Kern ist es die Krise des kapitalistischen Industrialismus. Immer mehr Menschen werden in die „Überflüssigkeit" abgedrängt.
Die Frage steht: Wenn nicht so, aber auch nicht so – wie dann? Wo ist mein Platz. Wo und wie kann ich leben? Die Frage steht nicht nur in der Ukraine. Es ist auch unsere Frage. Es ist die Frage nach der sozialen Neuordnung unserer Welt.
In der Ukraine stellt sie sich durch die oligarchische Kapitalisierung, die die Mehrheit der Menschen dort ins Elend gedrückt hat, besonders krass. Viele träumten davon in der EU, im Westen Erleichterung zu finden – das Gegenteil ist eingetreten. Sie gerieten und geraten noch tiefer in Not. Andere schauten auch nach Russland, nicht wenige mit einem nostalgischen Blick auf die Sowjetunion. Aber auch hier ist bisher keine Antwort auf die Frage, wie wir leben wollen, zu finden.

2. Nachholende Nationenbildung – die zu radikalisiertem, brutalem Nationalismus führt. Dieser Prozess ist in vielen Ländern zu beobachten, die nach dem Zerfall der systemgeteilten Welt 1991 unvermittelt in die Lage kamen, eine eigene Identität finden zu müssen. Das gilt vor allem für Völker und Republiken der ehemaligen Sowjetunion, die vorher im Korsett der Union gehalten waren. Für das extrem pluralistische Gebiet der Ukraine gilt das in besonderem Maße. Aber die Entwicklung ist durchaus allgemeiner. Auch der brutale Fundamentalismus eines „Islamischen Staates" (IS), der einen Gottesstaat erzwingen will, ist Ausdruck dieser Suche nach Identität jenseits der neo-liberalen Globalisierung.
Demgegenüber weist eine friedensorientierte Perspektive in Richtung auf Selbstbestimmung, lokale und regionale Autonomie, Föderale Beziehungen, multipolare kooperative Beziehungen im globalen Maßstab.

3. Das führt zum dritten Element, zum tendenziellen Übergang von der nach der Auflösung der Sowjetunion in den 90ern des vorigen Jahrhunderts entstandenen unipolaren Welt unter US-Hegemonie in Richtung einer **multipolaren, kooperativen Ordnung,** in der die alten Weltmächte mit den neu herangewachsenen auf Augenhöhe kooperieren – aber das will der jetzige Hegemon USA nicht zulassen. Die USA wollen eine solche Entwicklung mit allen Mitteln verhindern. Stichworte dazu sind besonders offen nachzulesen bei Zbigniew **Brzezinski** als bekanntestem Strategen der US-Politik seit 25 Jahren: Sicherung der US-Herrschaft über Eurasien. Um Eurasien zu beherrschen Russland unterwerfen; um Russland unterwerfen zu können, die Ukraine aus Russlands historischem Raum herausbrechen; um das zu können, die Ukraine in den westlichen Einflussbereich ziehen.(3)

Ukrainisches Kaleidoskop

Diese drei Grundströme überlagern sich in der extrem pluralistischen Realität der Ukraine, die sich aus ihrer Durchgangslage zwischen Ost und West, zwischen gestern und heute, zwischen Sowjetismus und Kapitalismus und aktuell zwischen Eurasischer und Europäischer Union ergibt. Man kann diese Situation mit einem Kaleidoskop vergleichen, das bei jedem Weiterdrehen neue Konstellationen seiner Glassteinchen zeigt. So bietet die Ukraine nach jedem Durchzug fremder Völker oder Mächte ein anderes Bild – die Hunnen und Völkerzüge im fünften; die Normannen, die die Kiewer Rus gründeten, im achten und neunten Jahrhundert; die Mongolen, die es zerstörten, im dreizehnten Jahrhundert; danach das Großreich Polen-Litauen von Norden, Türken und Habsburger von Süden, die Deutschen von Westen, das zaristische Russland und schließlich die Sowjetunion aus dem Eurasischen Zentrum.
Erstmalig in der Sowjetunion 1921 fand das Gebiet der Ukraine zu einer zwar nicht nationalen, aber verwaltungstechnischen Einheit. Nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 überlebte die neue Ukraine zwar als Zentralstaat, aber mit unterschiedlichen in-

neren Orientierungen nach Osten oder nach Westen, ohne gewachsene nationale Identität. Unter dem Versuch der Nach-Maidan-Regierung Kiews eine solche ukrainische Einheit zu erzwingen brach dieser reale Pluralismus des Landes auseinander. Er droht noch weiter auseinander zu brechen, wenn Kiew diese Politik fortsetzt.

Krim war nicht der Auslöser

Vor diesem Hintergrund ist noch einmal festzuhalten: Nicht die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation war der Auslöser des Bürgerkrieges in der Ukraine sowie des immer noch andauernden Sanktionskrieges, sondern die **langfristig angelegte Strategie der USA zur Aufrechterhaltung ihrer unipolaren Vorherrschaft**.
In Verfolgung dieser Strategie wurde die Ukraine seitens Vertretern der EU in eine Situation gebracht, sich zwischen einer Zugehörigkeit zur Europäischen oder Eurasischen Union entscheiden zu müssen, wurden die folgenden Unruhen angeheizt, wurde der Umsturz von außen betrieben. Auf den Umsturz folgten die Vorgänge in und um die Krim, die Entwicklung des Bürgerkriegs in der Ukraine, der Sanktionskrieg usw. usf. Erstaunlich genug, dass die Europäische Union diese Politik mitträgt, obwohl die Konfrontation mit Russland nicht nur Russland, sondern auch sie selbst schwächt, so dass die USA den lachenden Dritten machen können.
Die Einstellung der Kampfhandlungen, ebenso wie des Sanktionskrieges, der Übergang von der Konfrontation in den Dialog ist das, was von unserer Regierung und von Brüssel eindeutig gefordert werden muss – aber letztlich wäre auch die Einstellung der Feindseligkeiten nur die Voraussetzung, von der aus um den Frieden gerungen werden könnte. Es kann ja nicht darum gehen, einen Hegemon durch einen anderen auszutauschen, gleich wie er heißt. Letztlich werden wir eine friedlichere Welt nur gewinnen können, wenn wir die Grundfrage "Wie wir leben wollen" beantworten, wenn es uns gelingt die aufgerührte politische Situation dafür zu nutzen, das Gespräch um die Entwicklung von Perspektiven zu führen, die über die jetzt herrschenden Verhältnisse, sprich kapitalistische, profitorientierte Produktions- und Lebensweise, in eine Situation der Selbstbestimmung in kooperativer Gemeinschaft hinausweisen, in der nicht die Vermehrung des Geldes, sondern die Deckung des Lebensbedarfs Ziel der gemeinsamen Arbeits- und Lebensorganisation ist.

Rosarote Scheuklappen absetzen

Dabei zeigt das Beispiel der Ukraine unmissverständlich, auch dies muss ohne rosarote Scheuklappen wahrgenommen werden, dass die zur Zeit herrschenden Kräfte bereit sind, die Verwirklichung solcher Perspektiven wie einer radikalen Selbstbestimmung, einer Räte-Demokratie, einer Autonomie, eines Föderalisierung mit allen Mitteln im Keim zu ersticken – von der medialen Manipulation über den Umsturz einer demokratischen Regierung bis hin zum Einsatz von faschistischen Kräften und offenem Krieg gegen die zivile Bevölkerung.
Heute trifft es die Ukraine, wo es unter dem Tenor „Anti-Terror-Aktion“ exemplarisch vorgeführt wird – morgen trifft es andere.
Die NATO bereitet sich bereits auf den weltweiten Einsatz ihrer auf 30.000 Mann geplanten „Speersitze“ gegen „Separatisten“ und „Insurgenten“ als neue Form eines „hybriden Krieges“ vor. Begründet wird dies mit den Erfahrungen in der Ukraine und der angeblichen Aggression Russland. Die Ukraine wird ganz offensichtlich zum NATO Exerzierplatz, wie es scheint.
Aber es täusche sich niemand: Auch die gegenwärtige russische Regierung hat kein Interesse an einer gegen den Kapitalismus revoltierenden Ukraine. Nicht anders erklärt sich Russlands halbherzige Unterstützung der autonomen Gebiete im Osten der Ukraine. Russlands gegenwärtiger Präsident ist kein Sozialist, auch kein Demokrat. Er ist ein autoritärer, neo-liberaler Modernisierer, der sich gezwungenermaßen auf traditionelle Strukturen stützt. Sein Verdienst ist die Re-Stabilisierung Russlands, das sich einer westlichen Hegemonie jetzt nicht weiter beugen muss. Die gegenwärtige russische Regierung will nicht mehr und nicht weniger als ein Gleichgewicht der Kräfte in einer nicht mehr allein von den US-Amerikanern dominierten Weltordnung. Mit dieser Position ist Russland kein Kriegstreiber, aber selbstverständlich auch ein aktiver Bestandteil der aktuellen Konflikte.
Was also tun angesichts der heutigen Lage, um nicht in heillose Verwirrung zu geraten und sich an falsche Freunde zu verlieren? In der Antwort darauf möchte ich mich hier äußerst knapp halten: Es bedarf einer Doppelstrategie, denke ich, die erlaubt, das fundamentale Recht jedes Menschen und jedes Volkes auf Leben und Frieden zu verteidigen, sei es national oder international und jeglicher Kriegstreiberei entgegenzutreten. Zugleich ist es aber auch notwendig zu zeigen, dass es die innere Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise ist, die immer wieder zu Kriegen führt und wichtig auch Ideen zu entwickeln, wie Arbeit und Leben jenseits dieser Produktions- und Lebensweise kooperativ zu gegenseitigem Nutzen organisiert und eine andere Art des Wachstums geschaffen werden kann.

(1) http://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/attac-fruehjahrsratschlag-am-11-und-12-april-in-bremen
(2) Genaueres dazu ist unter den Stichworten, ’Nachsowjetisches Trauma‘, Nachholende Nationenbildung‘, sowie ‚unipolar“ oder ‚multipolar‘ zu finden, außerdem in den Büchern: „Spiel mit dem Feuer“, Papyrossa, sowie „Ukraine im Visier“, Selbrand. Zu bestellen: www.kai-ehlers.de
(3) Brzezinski, Zbigniew, Die einzige Weltmacht, fischer tb 14358

www.kai-ehlers.de
Siehe u.a. auch folgende Bücher von Kai Ehlers:
Kai Ehlers, die Kraft der ‚Überflüssigen‘, Pahl-Rugenstein
Kai Ehlers, Grundeinkommen – Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft, Pforte
(über den Autor zu bestellen: www.kai-ehlers.de)

Florian Rötzer: IWF bewilligt Milliardenkredit an die Ukraine

Die damit verbundenen Auflagen könnten für Unruhen sorgen

12.03.2015 - Der IWF hat beschlossen, der Ukraine einen vierjährigen Kredit über 17,5 Milliarden zu gewähren und damit das Land vor der drohenden Staatspleite zu retten, bzw. diese hinauszuschieben. (…)

Allerdings kommt der Kredit nicht den ukrainischen Menschen zugute, erfüllt werden lediglich Schuldenpflichten. Das könnte demnächst ähnlich wie in Griechenland zu Protesten gegen die Regierung führen, weil die Bevölkerung unter den mit den Krediten verbundenen Sparmaßnahmen noch mehr leiden wird.

Zwar hatte der ukrainische Präsident Poroschenko wohl gehofft, in der ersten Tranche mehr zu erhalten, als die 2,7 Milliarden US-Dollar, die der IWF bewilligt hat. Er hatte auf mindestens 5 Milliarden gehofft und erklärt, dass es desto besser sei, je mehr die Ukraine erhalte. (…) Die Auflagen sind groß und könnten die politische Stabilität untergraben. So muss das Rentensystem angepasst, also gekürzt werden, es müssen staatliche Angestellte entlassen werden, um den neoliberal gewünschten schlanken Staat zu erhalten, das Bildungs- und Gesundheitssystem muss reformiert werden, was heißt, dass die Privatisierung vorangetrieben werden soll, die Subventionen für Gas müssen abgeschafft und staatliche Unternehmen privatisiert werden. (…)

Nachgeschoben wird, dass die Krise auch eine Chance biete, mit der Vergangenheit zu brechen und eine "reformorientierte und nachhaltige Politik" einzuführen, die auf das private Eigentum setzt. Es werden allerdings auch die zahlreichen Risiken erwähnt, beispielsweise die Rezession und die negativen Auswirkungen des Konflikts mit der Ostukraine auf die Wirtschaft und das Finanzsystem. (…)
http://www.heise.de/tp/artikel/44/44378/1.html

Antifaschistischer Krieg in den 30er und 40er Jahren

Der erste gerechte Krieg von globalen Ausmaßen in der Geschichte der Menschheit

Eine Analyse aus der Sicht der Volksrepublik China

Der antifaschistische Krieg in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts war der erste gerechte Krieg von globalen Ausmaßen in der Geschichte der Menschheit. Er endete 1945, vor 70 Jahren, mit der bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte. Über zwei Milliarden Menschen in Europa, Asien, Afrika und Ozeanien (mehr als vier Fünftel der damaligen Weltbevölkerung) waren in den Krieg verwickelt. Wer diese bis dahin unvorstellbare Katastrophe erlebt hat, wird niemals jene Tage vergessen, als überall das Feuer des Krieges wütete.



China war das erste Land, das die faschistischen Angreifer bekämpfte, und erlebte den längsten Kampf. Es brachte große Opfer und erlitt schwere Verluste. (Die Zahl der chinesischen Todesopfer betrug mehr als 3,5 Millionen, und die wirtschaftlichen Verluste beliefen sich auf 100 Milliarden US-Dollar.) Ein wichtiger Teil des internationalen antifaschistischen Krieges, der Widerstandskrieg Chinas gegen Japan, hing eng damit zusammen.

Die Menschen werden niemals den **15. August 1945** vergessen, den Tag, an dem die japanische Regierung den Alliierten die bedingungslose Kapitulation des Landes ankündigte. Der japanische Militarismus, der zweitgrößte Kriegsverbrecher im Zweiten Weltkrieg, brach zusammen. Durch harte Kämpfe errangen die Chinesen am Ende den Sieg im nationalen Befreiungskrieg gegen Japan.

Chinas Widerstandskrieg gegen Japan war ein gerechter Kampf gegen einen Angriffskrieg, den japanische Militaristen gegen den Willen der Bevölkerung Japans provoziert hatten. Im Fall der Chinesen handelte es sich um einen Krieg gegen Aggression, bei dem sie die Staatssouveränität und die Ehre des Landes verteidigten.

Der Widerstandskrieg gegen Japan stellte einen Wendepunkt in der Geschichte des modernen China dar. Er beendete die Teilung, die seit dem Opiumkrieg 1840 herrschte. Er rüttelte die Chinesen auf, erfüllte sie mit einem gemeinsamen Hass auf den Feind und stärkte ihren traditionellen, nationalen Geist wie nie zuvor.

Der Widerstandskrieg gegen Japan war nicht nur ein Kampf zwischen der chinesischen Bevölkerung und den japanischen Militaristen oder ein lokaler Krieg zwischen China und Japan. Vom Standpunkt des internationalen **antifaschistischen** Kampfes betrachtet stellte Chinas Widerstandskrieg gegen Japan einen wichtigen Teil des Kampfes gegen Aggression auf der ganzen Welt dar, und der Kriegsschauplatz China war von entscheidender Bedeutung für den Zweiten Weltkrieg. Durch seinen Widerstandskrieg leistete China wichtige Unterstützung für den antifaschistischen Kampf an den Kriegsschauplätzen in Europa und im Pazifik, störte den Gesamtplan der japanischen Imperialisten, die die Weltherrschaft zu erlangen versuchten, vereitelte Japans Plan, nach Norden zu marschieren und in die Sowjetunion einzufallen, und hielt Japans geplanten Marsch nach Süden auf, der den Pazifikkrieg entfesseln sollte. Noch wichtiger ist aber, dass die Chinesen durch große Opfer Japans millionenstarke Truppen an der chinesischen Front festhielten, sodass Japan seine Streitkräfte im Fernen Osten und im Pazifischen Ozean nicht verstärken konnte. Das verringerte den Druck auf die Alliierten beträchtlich. Als der Pazifikkrieg ausbrach, gehörten den japanischen Streitkräften insgesamt 2,1 Millionen Soldaten an, von denen 1,4 Millionen an den Kriegsschauplatz in China geschickt wurden. Zu dieser Zeit kämpften weniger als 400.000 japanische Soldaten auf dem pazifischen Schlachtfeld, das mehrere Millionen Quadratkilometer maß. Der Kampf in China nahm also während der gefährlichsten Phase des Pazifikkriegs 67 Prozent der gesamten Streitkräfte Japans in Anspruch. Mit anderen Worten: Die Streitmacht, der China (ein einziges Land) Widerstand leistete, war dreimal so groß wie diejenige, gegen die mehr als zehn Länder unter Führung der Vereinigten Staaten kämpften. Die Anführer der Alliierten wussten das genau. Franklin D. Roosevelt, der damalige Präsident der USA, bemerkte einmal, wenn China nicht am Krieg beteiligt gewesen oder geschlagen worden wäre, dann wären weit mehr japanische Divisionen in andere Regionen versetzt worden und hätten sofort problemlos Australien und Indien besetzen und dann in den Mittleren Osten vorstoßen können.

Im Frühling 1942 schlugen die Vereinigten Staaten die Gründung einer chinesischen Kriegszone vor und luden Chiang Kai-shek ein, höchster Befehlshaber zu werden. Die chinesische Kriegszone bestand aus dem eigentlichen China und Vietnam, Thailand, Burma (heute Myanmar) usw., was klar darauf hindeutet, dass die Alliierten sich stark auf China verließen. Daher schlossen sich am Neujahrstag 1942 die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion mit China zusammen und gaben die Deklaration der Vereinten Nationen heraus. So wurde China zu einer der vier wichtigsten antifaschistischen Mächte. Im Dezember 1943 gaben China, Großbritannien und die Vereinigten Staaten gemeinsam die **Kairoer Erklärung** heraus. Darin waren die allgemeinen Prinzipien des Widerstands gegen japanische Imperialisten im antifaschistischen Kampf beschrieben. Auch die **Potsdamer Erklärung** im Juli 1945 gaben die chinesische, die amerikanische und die britische Regierung gemeinsam heraus, und sie fand weltweit rückhaltlose Unterstützung. (Die Sowjetunion schloss sich ihr im August an.) Sie läutete den Untergang der internationalen faschistischen Kriegstreiber ein und stellte gleichzeitig eine offizielle Anklage der japanischen Faschisten dar. Chinas Prestige und sein Einfluss ängstigten nicht nur die japanischen Kriegsherren, sie brachten China auch den Respekt aller Menschen ein, die sich aus dem eisernen Griff der Faschisten befreien wollten.

Dank an Stephanie Laimer (coorditrad) für die Übersetzung,
http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-05/08/content_440065.htm

*Als **Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg** bezeichnet man eine umfassende Invasion der Japanischen Armee in China, die am 7. Juli 1937 begann und bis zum 9. September 1945 dauerte. Nach dem Angriff der Japanische Armee auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941, Kriegseintritt der USA, war er ein Schauplatz des Pazifikkrieges und damit Teil des Zweiten Weltkrieges.*

8. Mai 2015 – 70 Jahre „Tag der Befreiung“

Nein zu Krieg und Faschismus – Für eine Politik der Verständigung und friedlichen Konfliktlösung

Die befreiten Antifaschisten des KZ Buchenwald hatten geschworen:
*"**Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel**."*

Nach der Befreiung Europas von Faschismus und Krieg vor 70 Jahren, bestand mit der Stärkung des Völkerrechts die Hoffnung auf die friedliche Lösung von Konflikten in den internationalen Beziehungen. Doch noch nie nach 1945 gab es mehr militärische Aggressionen und bewaffnete Konflikte als heute. Mehr als 16.000 Atomwaffen können alles menschliche Leben auf dem Planeten auslöschen. Weltweit werden jedes Jahr 1.700 Milliarden Dollar für Krieg und Rüstung ausgegeben. Neue Kriegsformen drohen. Der Einsatz von Kampfdrohnen senkt schon jetzt die Schwelle zum Krieg und untergräbt das Völkerrecht.

Wir wollen eine Welt ohne Krieg! Keine Kampfdrohnen! Atomwaffen abschaffen! Abrüstung jetzt!

70 Jahre nach Ende des von Deutschland verschuldeten Weltkrieges sind deutsche Soldaten wieder an Interventionskriegen beteiligt. Die Bundesregierung duldet Kriegsvorbereitungen und Interventionen durch militärische Verbündete von deutschem Boden aus. Die Regierenden möchten die „neue deutsche Verantwortung“ in Form weltweiter Militäreinsätze verwirklichen und Krieg zur Normalität machen. Selbst Kinder und Jugendliche sollen bereits dafür begeistert werden. Wir wollen ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr! 70 Jahre nach dem Krieg Deutschlands gegen die Welt kann Verantwortung nur heißen: Nein zur Militarisierung der Gesellschaft.Nein zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Nein zum Export von Waffen.

Der Krieg findet auch wieder in Europa statt. Deutschland trägt Mitschuld an der gefährlichen Entwicklung und dem Krieg in der Ukraine. Die Initiative der deutschen Kanzlerin und des französischen Präsidenten im Februar zum Minsker Abkommen war ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir treten ein für einen umfassenden Friedensprozess unter Beteiligung aller Konfliktparteien.

Kriege werden auch in den Köpfen vorbereitet: Der Hass auf den Anderen, die Ablehnung des Neuen und Unbekannten, des Fremden, das Treten auf den noch Schwächeren sind Bestandteile einer inhumanen, neoliberalen Gesellschaftsordnung, die Militarismus und Krieg, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Feindbilder und Nationalismus in sich trägt wie die Wolke den Regen.

Wir wollen ein Leben in Solidarität und Partnerschaft, eine Politik der Verständigung und der gemeinsamen Sicherheit.

Historische Verantwortung muss heißen: Nach der „verbrannten Erde“ und den 27 Millionen Toten, die der deutsche Faschismus allein in der Sowjetunion hinterließ, muss sich gerade Deutschland offensiv für eine Entspannungspolitik mit Russland einsetzen, die die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten berücksichtigt.

70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg heißt Frieden für uns:

- Nein zu Gewalt und Unterdrückung,
- ja zu friedlichen Lösungen von Konflikten,
- ja zu Demokratie und Partizipation,
- ja zu einer offenen Gesellschaft und sozialer Gerechtigkeit. Ohne Gerechtigkeit kann es keinen Frieden und keine Gewaltlosigkeit geben.

Dafür wollen wir gemeinsam am 10.05. 2015 als Abschluss der vielfältigen Aktivitäten um den 8. Mai in Berlin demonstrieren.

Berliner Aktionsbündnis "70 Jahre Tag der Befreiung" - 17. Februar 2015

Attac Berlin unterstützt den Aufruf zur Demonstration am 10. Mai:
http://attacberlin.de/startseite/neues-detailansicht/article/8-mai-2015-70-jahre-tag-der-befreiung/

IMI-Broschüre

Deutschland: Wi(e)der die Großmacht



Die Motivation, diese Broschüre zu erstellen, liegt auf der Hand: Nach dem von langer Hand geplanten und umgesetzten Umbau der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ (Weißbuch 2006) läutete der Auftritt von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 eine neue Etappe deutscher Großmachtpolitik ein. In bis dahin nicht gekannter Offenheit drängen seither große Teile aus Politik, Wirtschaft, Militär und Medien auf einen weltpolitischen Aufstieg Deutschlands. Gleichzeitig benennen sie auch offen die hierfür notwendige Bedingung: Die Bereitschaft, sich künftig häufiger militärisch-machtpolitisch in Szene zu setzen. Schnell hat sich die Informationsstelle Militarisierung (IMI) darum bemüht, sich mit den einzelnen Facetten dieses Themenbereiches intensiv zu beschäftigen. Auf dem IMI-Kongress im November 2014 wurden dann weitere Aspekte vertiefend analysiert und das Ergebnis dieser Arbeit liegt nun in Form dieser Broschüre vor. Sie hat einmal zum Ziel, diese neue deutsche Großmachtpolitik inhaltlich umfassend aufzuarbeiten. Vor allem aber geht es natürlich darum, Widerstand gegen diese Politik anzuregen, wozu diese Broschüre hoffentlich einen kleinen Beitrag leistet.

http://www.imi-online.de/2015/03/31/deutschland-wieder-die-grossmacht-2/; http://imi-online.de/download/grossmacht_web.pdf